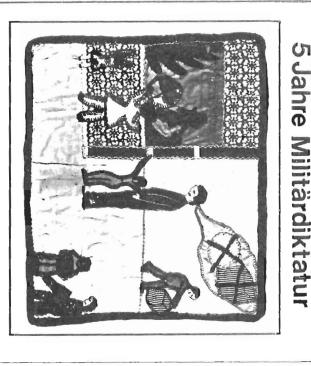
von Stoffbildern aus dem chilenischen Widerstand

olidaritätspreis 3.- DM

bordinationsgruppe der iilesofidaritätsgruppen Westberlin d LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN



WEBELLEBEN

MUT

2 mreuen Jæben

Chile - Der Mut zu ü 5 Jahre Militardiktatur

aderheft zur Ausstellung ausgegeben von

MPRESSUM

Sevignylpatz 5 1000 Berlin 12 Tel. 030/313 50 65 NACHRICHTEN

30 24 3

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 63

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

29.9.1978

Solidaritätspreis DM 2,-



NICARAGUA: COMANDANTE CERO

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: VOLKSAUFSTAND - PUEBLA: KIRCHE AM KREUZ-WEG - BRASILIEN: "ES RIECHT NACH VOLK"- ECUADOR: WAHL-MANIPULATION - KOLUMBIEN: AUSNAHMEZUSTAND

INHALT

- Der Volksaufstand in Nicaragua	3
II. LATEINAMERIKA — PUEBLA: Die Kirche am Kreuzweg	22
III. CHILE — Das lange Warten	25
IV. BRASILIEN – "Es riecht nach Volk…"	32
V. ARGENTINIEN— Oh, when the saints (Wirtschaft und Widerstand)— Solidarität: Freiheit für N. Moreno und N. Habegger	38 47
VI. BOLIVIEN Frist für die Formierung der Rechten	49
VII. ECUADOR — Manipulation der Wahlen	56
VIII. PERU – 10 Jahre Militärherrschaft: Zeit der Phasen und Phrasen	60
IX. KOLUMBIEN — Ausnahmezustand ohne Ausnahmezustand	68
X. LESERBRIEF	76

Vor kurzem hat der Peter Hammer Verlag in Wuppertal den 4. Band des berühmten historischen Romans "LOS VENGADORES DE LA PATAGONIA TRAGICA" des argentinischen Schriftstellers und Journalisten, Osvaldo Bayer, in spanischer Sprache herausgegeben. Es ist bemerkenswert, daß dieses Buch weder in Argentinien verlegt noch vertrieben werden kann.

(Distribución: Klaus Dieter Vervuert, Rheinstr. 21, 6000 Frankfurt 1)

IMPRESSUM

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 5 der CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich (mindestens 11 mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,-

Vorauszahlung auf: Sonderkonto des Chile-Komitees — "Hilfe für Chile" PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108 Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neuabo '78 Adresse: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL Sevignypletz 5 1000 Berlin 12 Tel. 030 / 313 50 65

REDAKTION: Redaktionskollektiv V.I.S.d.P.: Gisele Sommer



NICARAGUA

Der Volksaufstand in Nicaragua

Zur aktuellen Lage

Der Krieg in Nicaragua tobt weiterhin mit unverminderter Heftigkeit und wird seitens der Nationalgarde mit beispielloser Brutalität geführt. Seitdem das Kriegsrecht am 14.9. über das ganze Land verhängt worden ist, hat sie völlig freie Hand. Am 15.9. erklärte das Kommando der Nationalgarde, daß in den Kampfzonen keine Rücksicht mehr auf Zivilisten genommen wird. "Ihre offizielle Parole, 'Töten, bis der letzte Subversive zur Strecke gebracht ist', verfolgt die Garde mit brutaler Logik: Da jeder Subversiver ist, ob Frau, ob Kind, ob Mann, feuern sie in den Kampfzonen auf alles, was sich bewegt. Sie schießen selbst auf Kinder, Senor, ich habe es gesehen. Sie rotten ihr eigenes Volk aus. '(...) Gefangene werden nicht gemacht."(FR,20.9.)

Die Rückeroberung von Städten, über die sie die Kontrolle verloren hat, erkämpft sie mit unvorstellbarer Brutalität und unter Einsatz schwerer Waffen. In Leon, das am 18.9. zum zweiten Mal in Regierungshand fiel, setzte schon am Freitag, den 15.9., massive Bombardierung ein. Ganze Stadtviertel standen in Flammen. Unter der Führung von 500 für den Straßenkamf ausgebildeten Elitesoldaten, den "Schwarzen Baretten", wurde dann die Stadt gestürmt: Flugzeuge und Kampfhubschrauber fliegen tief über die Stadt, beschießen die Aufständischen hinter den Barrikaden und jagen die Bevölkerung in den Schutz der Häuser, um die Straßen zu räumen und ein Löschen der Brände zu verhindern. Daraufhin rücken Nahkampftruppen auf gepanzerten Lkws, Mannschaftstransportern und Jeeps an und versuchen, die Barrikaden zu überrennen, indem sie aus aufgepflanzten MGs auf alles schießen, was sie sehen. Meist folgt dann ein Kampf von Haus zu Haus, bei dem jedes Haus neu erobert werder muß. Augenzeugen berichteten, daß bei dem Sturm auf Leon "Nationalgardisten Frauen und Kinder als Schutzschilde gegen die Aufständischen Benutzen."(FR,18.9.) Eine Einwohnerin, die aus Leon flüchten konnte, berichtete:"Es ist die Hölle dort. Sie schießen auf alles, was sich bewegt. Wenn man ein Fenster öffnet, wird man beschossen."(FR,18.9.) Selbst vor dem Roten Kreuz machen die Nationalgardisten nicht halt. Ein Krankenhaus in Leon wurde zusammengeschössen, weil sich dort Aufständische befunden hätten, was sicherlich auch stimmt, weil viele schwer Verwundete dort eingeliefert waren. Zwei Rotkreuz - Helfer wurden hierbei getötet. Zwei Rotkreuz - Konvois, die aus Managua zu Hilfe gerufen worden waren, wurden 40 km vor Leon durch Flugzeugbeschuß zur Umkehr gezwungen. Auch in anderen Städten, in denen gekämpft wird, darf das Rote Kreuz nicht eingreifen; erst nach der Eroberung durch die Regierung dürfen sie die Leichen verbrennen!

Der genaue aktuelle Stand der militärischen Auseinandersetzungen ist ist nur schwer zu bestimmen. Seit dem 17.9. herrscht auch für die ausländische Presse totale Zensur, selbst ihre Telexverbindungen ins Ausland wurden unterbrochen; nur Telephonverbindungen sind noch möglich. Die Regierungssender verkünden ununterbrochen, daß die Nationalgarde alles unter Kontrolle hätte. Allerdings erobert sie seit fast zwei Wochen immer wieder die "letzte, von den Rebellen besetzte

Stadt". Die Sender der FSLN ihrerseits melden "unaufhörliche Erfolge, die sie 'zusammen mit dem Volk erringen'.(FR,2c.9.) Außerdem ist es verkürzt, Städte, die wirklich von der Nationalgarde erobert worden sind, unbedingt als unter ihrer Kontrolle stehend Zu betrachten, solange noch Menschen in ihnen leben. Berichten zufolge wurden selbst in Leon, das blutigst zurückerobert worden ist, von der Garde abgerissene Barikaden kurz danach wieder aufgebaut. Laut einer Reportage der FR vom 20.9. zumindest bis vor kurzem auch in Managua, in dem die Volkserhebung laut Regierungsberichten schon längst niedergeschlagen ist, die Kämpfe mit unverminder er Heftigkeit weiter.

Der am 14.9. vom Regierungsrundfunk als gefallen gemeldete Commandante Cero, Führer des Sturms auf den Nationalpalast (s.Bericht in dieser Ausgabe), erklärte am 16.9. auf einer Pressekonferenz in Costa Rica, die FSLN werde eine neue Offensive in dem Gebiet von Chimandenga, Rivas und dem Ocotalgebierge starten. Am gleichen Tag ist dann auch die FSLN nach der Eroberung der Militärstation von Penas Blancas bis nach Rivas vorgerückt. Die Nationalgarde hätte kaum Widerstand geleistet und viele hätten sich kampflos ergeben.

Laut Berichten der FSLN seien in der Zeit vom 9.9. bis Donnerstag, den 14.9., 66 Guerrilleros und 444 Nationalgardisten getötet worden. Seit Ausbruch der Kämpfe seien 550 Nationalgardisten desertiert und zur FSLN übergelaufen. Am Montag, den 11.9., hat jedoch die Nationalgarde Verstärkung von 500 Exilkubanern, 150 Guatemalteken und 85 Salvadorianern bekommen. Über 1000 Söldner kämpfen somit inzwischen auf seiten Somozas.

Die Führung der "Breiten Oppositionsfront" (Frente Amplio de Opposición FAO) sitzt inzwischen geschlossen in Costa Rica und ist jederzeit bereit, eine Provisorische Übergangsregierung zu bilden. Die NZZ vom 16.9. meldete, sie habe ein dreiköpfiges Führungsgremium zusammengestellt, dem der Anwalt Ramirez von der "Gruppe der 12" angehören, der Industrielle Rabelo Callejas von der bürgerlichen "Demokratischen Bewegung" und Cordovar Rivas von der "Demokratischen Befreiungsunion", der Partei von Chamoro.

Am 14.9. ging auch der Erzbischof von Managua nach Costa Rica ins Exil, nachdem er in Managua schon an die Wand gestellt und mit knapper Not entkommen ist. Am letzten Wochenende traf er mit anderen mittelamerikanischen Bischöfen und einflußreichen katholischen Gruppen zusammen und sie richteten einen offenen Brief an Carter, in dem sie ihn aufforderten, auch die wirtschaftliche Hilfe an Somoza einzustellen. Sie bezeichneten die Regierung in Nicaragua als ein "Regime, das sich auf Tod stützt" und von den USA mit"brutaler Gewalt an der Macht gehalten wird.

Heute, am 21,9,, erreichte uns unter Mittag eine Meldung, wonach die Nationalgarde das ganze Land unter Kontrolle hätte. Wenn dies auch sicherlich übertrieben ist, so scheint sie doch alle Städte zurückerobert zu haben. Ein ganzes Volk ist jedoch mit knapp 10000 bis an die Zähne bewaffneten Männern nicht völlig zu beherrschen. Gestern, am 20.9., nach dem Fall von Esteli, erklärte die FAO, sie werde iheren Widerstand fortsetzen und nicht aufgeben, bevor somoza gestür zt ist.

Doch auch gerade die Exilkubaner und die für ihre Brutalität und ihren Fanatismus bekannten Vietnam - Veteranen werden zusammen mit der Nationalgarde bis zuletzt kämpfen.



Die Kräfteverhältnisse

Der spektakuläre Erfolg der FSLN vom 22. August hat diese Organisation in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Spektakulärer und v.a. bedeutsamer als die Einnahme des "Nationalpalastes" und die erfolgreiche Befreiung von 66 politischen Gefangenen ist jedoch der sich u.a. in dieser Aktion ausdrückende politisch-strategische Aufschwung der Befreiungsbewegung, der für die einem zum vorschnellen Beleg der doch möglichen Fokusstrategie und für die anderen (z.B. BRD-Öffentlichkeit) kurzerhand zu einer "terroristischen" Aktion umfunktioniert wurde. (Ein Begriff, der offensichtlich unter dem Eindruck des Erfolges "klammheimlich" wieder fallengelassen wurde.

Die in der Einnahme des "Nationalpalastes" und den jetzigen Kämpfen zum Ausdruck kommende überraschende Stärke der Sandinistischen Bereiungsfront kündigte sich spätestens seit 1977 mit diversen militärischen Operationen an. Am 12.10.77 wurde die Nationalgarde bei Octal angegriffen, am 13.10.77 erfolgte ein Überfall auf die Kaserne von San Carlos in der Nähe von Costa Rica, am gleichen Tag nahmen die Sandinisten ein Kommando der Nationalgarde in Massaya ein. Nach der Ermordung des bürgerlichen Oppositionspolitikers Pedro Joaquim Chamorro am 10.
1. 78 begann eine neue militärische Offensive seitens der FSNL, die das ganze Jahr 1978 über nicht abgerissen ist und über die Stationen des Raketenangriffs(!) auf den Präsidentenbunker am 22.7.78 und die Einnahme des Nationalpalastes am 22.8. ihren augenblicklichen Höhepunkt im Bürgerkrieg erlebt.

Dieses kontinuierlich offensiver werdende militärische Vorgehen der FSNL in den letzten 2 Jahren - vom Angriff auf kleine Stationen der Nationalgarde in der Provinz bzw. auf dem Lande bis hin zum Angriff auf das 'Herz' der Metropole und Somozas - war begleitet von längerren Kampfpausen und gezielten Rückzügen, denen wieder dosierte Angriffe folgten - Angriffe und Rückzüge, denen immer wider ausgedehnte Massenkämpfe folgten bzw. vorausgingen, wie nach der Ermordung Chamorros der 17-tägige Generalstreik im Februar '78, der Generalstreik vom 19. Juli nach der Ermordung von 8 Schülern und der nun schon fast dreiwöchige Generalstreik, der in eine Art bewaffneten Volksaufstand übergegangen ist.

Aus welchen Gründen ist es der FSNL gelungen, derartige Erfolge zu erringen, wieso ist in diesem Fall die sonst in Lateinamerika allgemein gescheiterte Guerilla-Bewegung offensichtlich so erfolgreich?

Zur Diktatur Somozas

Die jetzigen Erfolge der Sandinisten sind nicht zu verstehen, wenn nicht Genese und Geschichte dieser Befreiungsbewegung kurz im historischen K^Ontext erläutert werden, ein Kontext, der sich an die Diktatur Somozas bindet, aus deren Besonderheiten der Befreiungskampf seine spezifischen Züge bezieht. Die Somoza-Dynastie beherrscht das Land seit 43 Jahren und verwaltet es gleichsam als ihren Privatbesitz, dank der Kontrolle über den Staatsapparat ist es ihr gelungen, ungeheure Reichtümer anzuhäufen. Die Somozas sind Besitzer von ca. 50 % des nationalen Reichtums des Landes, d.h. von 117 Unternehmen, Haciendas, Schiffslinien, Banken und Minen, und bereichern sich damit höchst persönlich, wie sie dadurch ebenso persönlich zu Ausbeutern des Volkes in den gerannten Unternehmen werden. Somoza ist damit nicht nur ein besonders grausamer Diktator(was zweifellos für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Diktatoren gilt), der als Sachwalter der 'Kapitalinteressen' und der 'Bourgeoisie' agiert, sondern ein Herrscher, der vor allem seine persönlichen 'Kantal interessen' vertritt und dem es gelungen ist, mitten in einer zumindest sektoral von modernsten Akkumulationsbedingungen bestimmten Land, eine nach dynastischen Gesichtspunkten aufgebaute Herrschaftsform zu errichten. Das damit selten persönlich vermittelte Herr-





schaftsverhältnis weist insofern sowohl "feudale" als auch "modernste" kapitalistische Züge auf, ist aber wegen dieser Koppelung weniger anonym und entsprechend durchschaubarer.

Abgesichert hat die Somoza-Dynastie dieses Imperium durch die ihr völlig ergebene Nationalgarde, die sie seit dem Amtsantritt 1936 mit Unterstützung der USA aufgebaut und bestens ausgerüstet hat. Zusammen mit der von Somoza selbst geschaffenen PLN (Liberal-Nationale Partei)hat er dadurch eine, den letzten Winkel Nicaraguas erfassende politischmilitärische Kontrolle errichtet. Ein Unterfangen, das von der geringen Ausdehnung des Landes begünstigt wurde und in Flächenstaaten wie Brasilien etc. nicht denkbar wäre.

Die Errichtung dieses politischen und ökonomischen Imperiums wäre allerdings nicht möglich gewesen ohne die massive Unterstützung der USA, deren besondere strategischen Interessen an Nicaragua (Vgl. hierzu Lateinamerika Jahrbuch 1 u.2) zu einer fast hundertjährigen Tradition militärischer Intervention und Besetzung geführt hat. Eine Geschichte, die-in diesem Ausmaß ebenfalls nicht mit den anderen Ländern des Kontinents vergleichbar- zu einer fast totalen Berherrschung und Abhängigkeit des Landes von den USA geführt hat. Die militärische Präsenz der USA, anfänglich in Gestalt eigener Soldaten, später dann in Gestalt von Somozas Nationalgarde erklärt einerseits die "Haltbarkeit" des Regimes, die sich über die Phase der populistischen Regierungen und progressiven Konjunturen Lateinamerikas hinwegretten konnte, und hat andererseits zu einer Tradition von zunächst antiimperialistischen, später dann antisomozistischen Befreiungskämpfen geführt, die in dieser KOntinuität einmalig ist.

Zur Geschichte der FSLN

Die Frente Sandinista de Liberacion Nacional knüpft deshalb nicht nur mit ihrem Namen an den Widerstandskampf der 20 er und beginnenden 30 er Jahre an (1934 wurde Augusto Cesar Sandino von den Truppen Somozas ermordet, nachdem er zuvor 10 Jahre lang einen v.a. von Bauern getragenen Widerstandskampf gegen die US-amerikanische Besetzung des Landes geführt hatte), sondern kann sich auch inhaltlich auf eine Tradition bewaffneter Befreiungskämpfe stützen. Allerdings hat es mehr als 20 Jahre nach der Zerschlagung der ursprünglichen Bewegung gedauert, bis 1962 die FSLN neu gegründet wurde.

Diese Gründung steht in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufschwung des Guerrilla-Kampfes in Lateinamerika im Anschluß an die kubanäsche Revolution. Im Unterschied zu fast allen Bewegungen des Kontinents, die im Anschluß an die kubanische Revolution die Fokusstrategie entwickelten und Ende der 60 er, Anfang der 70 er Jahre scheiterten, teilte die FSLN diese Niederlage nicht, sondern begann im Gegenteil gerade zu diesem Zeitpunkt (1974) mit ersten spektakuläreren Aktionen.

Die FSLN ist eine Front, die sich sozial und politisch aus den heterogensten Elementen in den 60 er Jahren gebildet hat, (Teile der konservativen Partei, Gruppen aus christlichen Parteien, Studenten etc.), deren gemeinsames Ziel die Zerstörung derDiktatur Somozas war und deren gemeinsamer Ausgangspunkt die Überlegung war, mit den herkömmlichen Mitteln, d.h. Wahlen gegen diese Art von Herrschaftssystem nichts mehr austrichten zu können und sich demgegenüber auf die Tradition des revolutionären Widerstands Sandinos bezogen.

Dieses soziale Profil gilt auch heute noch überwiegend für die Träger des sandinistischen Widerstands. Es sind v.a. Studenten, die die Aktionen tragen und die Bewegungn leiten. Bei den jüngsten Kämpfen wurde dies auch auf der Ebene der aktiven Unterstützung deutlich: es waren v.a. Schüler und Jugendliche- streckenweise kaum 14 Jahre alt- die die aktiven Kämpfe gegen die Nationalgarde tragen.

Die FSLN hat in den 60 er Jahren mit dem Aufbau einer Organisationsund Infrastruktur begonnen und fast ausschließlich in den Bergen bzw. auf dem Lande operiert und hier eine gewisse soziale Basis und organisatorische Verankerung hergestellt.Dies gilt in einem vergleichbaren Ausmaß nicht für das städtische Proletariat, wo die PSN (die KP) ihren Einflußbereich, hat, die FSLN allerdings mit erheblichen Sympathien rechnen kann.

Zu den Fraktionen und zur Politik der FSLN

Im Unterschied zu der relativ "unorthodoxen" Position der FSLN ("unorthodox", weil sie sich weder an der Linie der KPs einer bürgerlichdemokratichen Revolution, getragen von der "nationalen Bourgeoisie", orientiert, noch an der sich hierzu alternativ verstehenden Linie der radikalen Linken Lateinamerikas, die über den bewaffneten Kamplunmittelbar den Sozialismus errichten will), geht eine Fraktion der Sandinisten von der Notwendigkeit des Aufbaus einer proletarischen Partei als Voraussetzung der Revolution aus. Diese Strömung, die sich eng an das russische Revolutionsmodell" hält, sieht im Proletariat die einzig objektiv revolutionäre Klasse, die in beharrlicher Kleinarbeit in den Fabriken und Gewerkschaften auch zur subjektiv revolutionären Klasse zu machen sei.Ergebnis ihrer Verarbeitung der Niederlagen der Guerrilla-Kämpfe in Lateinamerika ist die Konzentration auf das städtische Proletariat und dementsprechend die Einschätzung der aktuellen Kämpfe der Sandinisten als verfrüht und "abenteuerlich".

Demgegenüber vertritt eine andere Gruppe eine modifizierte Fokustheorie, die über einen lang dauernden Guerrilla-Kampf bzw. Volkskrieg über die sukzessive Eroberung befreiter Gebiete-änlich wie in Vietnam- zur allmählichen Bewußtwerding des Volkes und militärisch-strategisch zur Übernahme der Macht führen soll. Die jetzigen Kämpfe der "offizieller Linie" werden von beiden Gruppen als strategisch falsch abgelehnt, wobei es sich offensichtlich um mehr als "lediglich strategisch-militärische Aspekte der Art der Führung des revolutionären Krieges" (vgl. z.B. E. Cardenal in LN 55) handelt. Der eigentliche Unterschied liegt auf der Ebene politischer Einschätz ung und Strategie, wo die FSNL davon ausgeht, daß der Aufstand jetzt möglich ist und zwar weder im Sinne eines Volkskrieges noch als Kulmination des Aufbaus der proletarischen Partei, sondern weil die Massen (also weder das Froletariat allein, noch z.B. die Bauern allein) "antisomozistisch" sind, bzw. bereit sind, "gegen Somoza zu kämpfen, aber nicht für den Sozialismus (Vgl. Alternativa 27.3.78). Diese Bereitschaft seitens der Mehrheit des Volkes (Bauern, Arbeiter, Subproletaria; Indios, Mittelschichten) gegen die brutale Repression, gegen die elenden Lebensbedingungen und gegen die unmenschlicher Ausbeutungsverhältnisse, für die Somoza steht, zu kämpfen, ist für die Sandinisten der Ausgangspunkt ihres Kampfes. Dies sind gewiß keine sozialistischen Zielsetzungen. Zentrale Forderung der Sandinisten ist eine "demokratische Volksregierung" (Vgl. zu diesem Begriff und Zusammenhang: F. Mires, Kuba, die Revolution ist keine Insel, Berlin, Rotbuch 187), die- soviel kann man sagen- weder sozialistisch, noch klassisch bürgerlichdemokratisch sein wird, sondern vielleicht treffender als "populistisch" zu bezeichnen wäre.

Diese Einschätzungen und Forderungen der Frente scheinen mehr reale klassenanalytische Bestimmungen zu enthalten als die beiden anderen Konzeptionen, insofern sie von dem auch für Nicaragua (ähnlich wie auf Kuba) geltenden Tatbestand eines minoritären Proletariats, einer verarmten und bis zum letzten ausgepreßten Schicht von kleinen Bauern und Landarbeitern, eines großen Subproletariats und einer heterogenen Mittelschicht ausgehen. Es geht ihnen deshalb nicht darum, unmittelbar den Sozialismus zu eskämpfen und selbst die Macht zu übernehmen, sondern zunächst darum, Somoza zu stürzen, was in Anbetracht seiner "polit-ökonomischen" Funktion erhebliche Auswirkungen haben wird und auf wirtschaftlicher Ebene, die Enteignung seines Besitzes bedeutet. Gegen diese Forderung hat weder die Bourgeoisie in Gestalt des Chamorro Clans etwas einzuwenden, da ihre Gegnerschaft den Somozas gegenüber gerade aus der Tatsache resultiert, daß sie ihnen gegenüber unter ungleichen Bedingungen konkurrieren muß, noch die übrigen Schichten. Denn eine Nationalisierung der Somona-Besitztümer tastet das bestehen-



de Fnach den Prinzipien abhängiger kapitalistischer Entwicklung funktionierende-Wirtschaftssystem Nicaraguas nicht strukturell an , bedeutet für die Masse des Volkes jedoch die reale Möglichkeit spürbarer Verbesserungen seiner materiëlen Situation Diese Möglichkeit einer gerade in Nicaragua besonders ausgeprägt vorhandenen Umverteilungspolitik bedeutet für diese viel. Es gibt also von dieser Seite aus gesehen für die Sandinisten keinen Anlaß, über diese ebenso durchführbare wie allseitig sozial getragene Forderung hinauszugehen.

Was das "Programm" nach dem Sturz von Somoza angeht, geht die Frente also nicht von einer alleinigen Machtübernahme aus. Sie fordert vielmehr-neben dem schon Erwähnten- das Ende der Repression, sine Ammestie, Freiheit der Gewerkschaften, Volksgruppen und politischen Parteien, Bildung einer provisorischen Regierung und Abhaltung allgemeiner Wahlen, wobei sie allerdings davon ausgeht, aufgrund der großen Sympathien, die sie im Volk genießt, die Mehrheit, oder zumindest eine sehr starke Position zu erringen.

Bei diesen ebenso gemäßigten wie kurzfristig zu realisierenden Forderungen scheint es sich nicht um einen taktischen Schlenker der FSLN zur Beruhigung der bürgerlichen Kräfte der Opposition , sondern um eine den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen entsprechende Einschätzung zu handeln.Die FSLN begründet dann auch die Forderung nach Demokratisierung mit dem Hinweis:"... denn ohne Demokratie kann die FSLN nicht siegen.Denn sie ist nicht stark genug, um die Nationalgarde zu besiegen(!) und die Macht zu übernehmen.." (Vgl. LN 55, S.62). Hinter dieser so schlicht klingenden Äußerung steckt das ganze Dilemma lateinamerikanischer Revolutionen und Befreiungsprozesse. Damit ist weniger das militärische Problem gemeint (wenngleich dies sehr wichtig ist), sondern unter "Sieg" wird hier richtigerweise auch eine Massenverankerung verstanden, die sich u.a. erst unter den Bedingungen öffentlicher Arbeit und Auseinandersetzung herstellen kann.

Der "gemäßigte" Charakter der aufgstellten Ziele ist- neben der Besonderheit der Somoza-Diktatur und der sozialökonomischen Struktur des Landes- ein wichtiger Grund für das Zustandekommen des breiten Antisomoza-Bündnisses, das mit Ausnahme der Somozas selbst, der mit dem Clan schon fast identischen PLN und der Nationalgarde, praktisch sämtliche Kräfte des Landes umfasst.

Organisatorisch in der FAO (Frente Amplio de Oposicion/Breite Oppositionsfront) zusammergeschlossen, umfasst dieses Bündnis von der politischen "Rechten" der UDEL (ein heterogenes Wahlbündnis mit konservativen Splittergruppen, der Chamorro-"Partei", Gewerkschaften, der Christlich-sozialen Partei und der KP) bis hin zur FSLN die gesamte politische sche Vertretung des Landes.

Inzwischen ist allerdings die "Gruppe der 12", die zunächst der wichtigste Sprecher der radikalen Opposition außerhalb Micaraguas war

(und von der Regierung aufgrund ihrer inzwischen erlangten Popularität bei der Einreise nicht verhaftet werden konnte) zum Träger der politischen Opposition schlechthin geworden, der gegenüber die anderen politischen Organisationen derFAO"verblassten" .Inzwischen haben sich die 12 zu "Sandinisten" erklärt bzw. zur FSLN bekannt und sind zum politischen Kristallisationspunkt der sandinistischen Opposition geworden.

Zur Spaltung der Armee

Für die Möglichkeit eines militärischen Sieges der FSLN ist die Frage nach dem Verhalten bzw. den Möglichkeiten einer Abspaltung der Armee wahrscheinlich von ausschlaggebender Bedeutung, da davon ausgegangen werden kann, daß eine konventionelle militärische Auseinandersetzung mit der Nationalgarde für die Befreiungsfront nicht gewinnbar ist. Der Hinweis auf Vietnam ist in diesem Zusammenhang nicht überzeugend, da- neben vielfältigen anderen Unterschieden- die USA und ihre jeweiligen Bündnispartner in Lateinamerika gerade aus dieser Niederlage gelernt haben, was sich in einer Perfektion der Ausrüstung und Ausbildung und v.a. einer extrem geschickten Schulung niedergeschlagen hat und in besonderer Weise für die Nationalgarde Somozas gilt.

Bislang scheint es kaum Anzeichen für größere Abspaltungsprozesse in der Armee zu geben, selbst wenn die Sandinisten von ca. 500 Überläufern sprechen. Die Chancen scheinen damit in Nicaragua schlechter auszusehen als im Kuba Batistas, wo der Abfall der Armee

eine entscheidende Bedingung des Sieges war.

Neben den erwähnten "Lernerfolgen" der Militärs liegt dies auch an dem extrem rigiden und repressiven Aufbau der Nationalgarde, der durch ein lückenloses Kontrollsystem von oben nach unten gekennzeichnet ist.Die einfachen Soldaten werden zwar extrem schlecht bezahlt (ca. 80% mtl.), sehen aber bemessen an ihrem sonstigen Lebensbedingungen in der Nationalgarde immer noch einen Aufstieg. Damit sind die Möglichkeiten für eine Spaltung sowohl unter dem Gesightspunkt der repressiven Kontrolle als auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Bindung-zumal die FSLN auch keine systematische Arbeit in der Armee entwickelt hat- sehr gering.



Zur Rolle Kubas und der UdSSR

Die Möglichkeiten eines Siegs hängen deshalb wesentlich davon ab, welche internationale Unterstützung die FSLN bekommt. Im Unterschied zur kubanischen Revolution, bei der die UdSSR allerdings zum bislang letzten Mal massiv und offensiv in Lateinamerika interveniert hat, betreibt die UdSSR heute noch weniger als 1959 eine Lateinamerikapolitik, die sie bewegen könnte, in Nicaragua über allgemeine Solidaritätserklärungen hinaus einzugreifen und den Befreiungskampf materiell oder gar militärisch zu Unterstützen. Geopolitische und strategische Interessenssphären der UdSSR sind z.Zt. Afrika und Asien. Im System der "friedlichen Koexistenz" un den Absprachen zwischen den Großmächten bedeudet dies eine gezielte Polik der Passivität hinsichtlich Lateinamerikas durch die UdSSR. Sie überläßt Lateinamerika den USA bzw. sich selbst, einen weiteren Konfliktherd mit den USA kann sie sich bei ihrer derzeit aggressiven Politik in La-Afrika nicht leisten.

Die Rolle der Kubaner wird deshalb hinsichtlich Nicaragua entscheidender sein. Kuba unterstützt den Kampf der FSLN politisch und hat sich ideologisch mit dem Kampf gegen die Somoza - Diktatur solidarisiert. Darüber hinaus unterstütz Kuba den Kampf der Sandinisten in gewissem Umfang auch materiell. Dies ist aber insofern begrenzt, als es keine militärische, schon gar nicht die Möglichkeit einer mililtärischen Intervention oder sonstiger direkter Eingriffe zur Unterstützung bedeudet. Die Gründe hierfür liegen darin, daß Kuba - nach dem Scheitern der Guerrillabewegungen in Lateinamerika, die es in den 46oer Jahen noch massiv unterstützt hat und auf die es schon aus eigenen politischen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen ge etzt hat - sein politisches Betätigungsfeld nach Afrika verlagert hat. Dies geschah nicht unbedingt freiwillig und unabhängig von der UdSSR.

Daneben hat aber Kuba nach wie vor Momente seier einst sehr autonomen "Dritte-Welt-Politik bewahrt, die sich in seiner Politik mit den Blockfreien niederschlägt und in Afrika den spezifieschen Charakter seiner Interventionen darstellt, bzw. diese erst ermöglicht hat. Für eine Stärkung dieser autonomen Politik hätte ein erfolgreicher Befreiungskampf in Nicaragua weitreichende Folgen. Im Rahmen des Spielraums, den Kuba nach seiner "aufgezwungenen Vernunftehe" mit der UdSSR noch hat, wird es ihn sicher unterstützen. zumal die Auswirkungen eines Sieges der Opposition und die Errichtung einer zumindest progressiven Regierung für Mittelamerika erheblich Auswirkungen Hätte.

NICARAGUA

Ein kämpfendes Volk braucht Hilfe und Solidarität. Von uns.

Ein Land seit über 45 Jahren in der Willkür eines Diktators. seiner Familie und der Konzerne. Das Volk verelendet.

Tausende kämpfen jetzt um die Freiheit und ein neues Nicaragua.

Wir wollen helfen. Durch Information und Geld.

Büro Nicaraqua c/o Angelika Pappe Ravensberger Straße 149 D 5600 Wuppertal 1

Konto 1014518500 Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Essen (BLZ 360 101 11)

Die Haltung der USA

Somoza selbst weiß, daß es für sein politisches Überleben ebenso notwendig ist, sich die Unterstützung der USA zu sichern, wie den Widerstand im eigenen Land zu besiegen. Die USA steht keineswegs eindeutig und geschlossen hinter Somoza. Breite Teile des US - Kapitals stehen in scharfem Widerspruch zu der Somoza - Diktatur und der ungeheueren Konzentration von Kapital in der Hand der Familie des Diktators, die ihren Entfaltungs- und Profitinteressen entgegensteht. So steckte das von relativ kurzfristigen Kapitalverwertungsinteressen geleitete State - Department mit hinter dem Generalstreik der nicaraguensichen Bourgeoisie im Januar/Februar und ließ ihn auch über die US - Botschaft abblasen, als er de Charakter eines Volksaufstandes anzunehmen drohte (s.LN.Nr.58,S.47). Letzter und besonders sichtbarer Höhepunkt des Konflikts zwischen Teilen des US- Kapitals und Somoza war die Verhaftung des Leiters der nicavaquensischen Coca-Cola Niederlassung in Managua am 12.9., dem Somoza vorwarf, einer der Urheber der Unruhen im Land zu sein.

Schon Anfang Juni letzten Jahres beschloß der ständige Ausschuß für ausländische Hilfe in den USA, mit 22 zu 21 Stimmen, die jährliche Militärhilfe der USA an Nicaragua im Wert von 3,1 Millionen Dollar wegen flagranter Verletzung der Menschenrechte zu streichen. Dies jedoch setzte eine Bestechungsoffensive von Somoza und seiner Lobby gegenüber US- Abgeordneten in Gang und rief andererseits die am erikanischen Militärstrategen und Geopolitiker auf den Plan. Der ehemalige Studienkommilitone Somozas auf der West Point - Militärakademie John Murphy hielt eine glänzende Verteidigungsrede für Somoza, in der er die Existenz von politischen Gefangenen, Hinrichtungen, Folterungen und Verschwundenen leugnete. Er hob die Bedeutung von "unserem festesten Alliierten in Lateinamerika" für diesen Kontinent hervor und betonte die Wichtigkeit der Unterstützung durch ihn in internationalen Gremien. "Immer, wenn die Vereinigten Staaten Nicaraqua baten, es möge zur Verteidigung der Positionen von Israel in den Vereinten Nationen sprechen - und dies wurde oft von der nordamerikanischen Mission gefordert,- unterstützte die nicaraguensiche Deligation die Positionen von Israel."(Excelsior, Mexiko . ., 7.8.77) Der Beschluß des Ausschußes wurde von dem Repräsentantenhaus mit 225 zu 180 Stimmen aufgehoben. Ähnliches Tauziehen wiederholte sich noch des öfteren und am 15.9. erklärten die USA die Militärhilfe zum letzten Mal für gestrichen. Auf Schleichwegen über Israel liefert die USA jedoch noch weit mehr Waffen an Nicaragua, als über die offizielle Militärhilfe, die nur 15% der US- Hilfe darstellt, erfaßt werden können.

Die Carter - Administration bezieht eine Art Kompromißposition gegenüber den militärisch-strategischen und geopolitischen Interessen der
USA, vertreten durch das Pentagon, und den Kapitalinteressen, hauptsächlich vertreten durch das State - Department und unterstützt z.B.
von der Regierung von Venezuela. Sie übt seit einiger Zeit ganz sanften Druck auf Somoza unter dem Vorwand der Menschenrechtskampagne aus.
Sie hatte sich mit dem Diktatcr auf eine Beschränkung seiner Amtszeit auf 1981 geeinigt. Bis dahin sollten die Bedingungen von Wahlen im Sinne der USA geschaffen werden. Dies bedeuret eine Neustrukturierung der bürgerlichen Opposition mit einem starken, aber gemäßigten Oppositionsführer an der Spitze, der die Rolle des im Januar von den Somoza-Schergen ermordeten Chamoro weiterführen könnte.

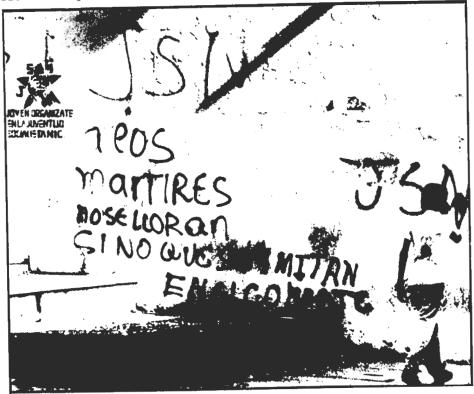
Bis dahin scheint dem Weißen Haus Somoza der Unterstützung wert zu sein. Aus diesem Grund gerieten die USA "trotz ihrer völligen Übereinstimmung in Fragen der Menschenrechte" heftig mit Venezuela aneinander, das den sofortigen Rücktritt von Somoza fordert, während "Washington - außer wenn sich eine unerwartete Explosion der Gewalt. vollzieht - es bevorzugt, eine friedliche Lösung voranzutreiben, indem es seinen Einfluß im Land ausnutzen will."(El Dia, Mexiko D.F., 11.6.78.)! Carter schrieb persönlich Ende Juni einen allen Realitäten Hohn sprechenden Brief an Somoza, in dem er ihm für die Verbesserung der Menschenrechte in Nicaraqua gratulierte. Anknüpfungspunkt hierfür ist offensichtlich die Zusage Somozas, eine OAS-Menschenrechtskomission ins Land reisen zu lassen. Ende Juli, zur Zeit einer Debatte im State-Department über Menschenrechte in Nicaraqua, wurde der geheime Brief von Freunden Somozas in der Presse veröffentlicht. um die Debatte zu beeinflussen und die Unterstützung Carters für Somoza zu verdeutlichen. Und zuletzt Ende August erhielt Somoza wieder eine Zahlung aus Washington: 10 Millionen US-Dollar (SZ,13.9.)

Die US- Regierung scheint noch immer an der Strategie der Carter-Administration festzuhalten, auch wenn sich die unmittelbare Taktik aufgrund der sich zuspitzenden Ereignisse leicht ändert.

Eine direkte Intervention der USA zur Untersützung Somozas ist, auch wenn es "die heuchlerische Politik von Carter nicht erlaubt, diese Möglichkeit auszuschließen,"(FSLN-Führer in: Alternativa, Bogota, 27.3.78) so qut wie unmöglich, weil der innenpolitische Druck gegen einen solchen Schritt zu groß und die außenpolitischen Folgen unabsehbar wären. Stattdessen Terstärkt die Carter-Administration den Druck auf Somoza, ohne die Unterstützung für ihn einzustellen: Der einflußreiche US-Senator Frank Church, der schon vor fast einem Jahr, als Somoza sich bei ihm über die Undankbarkeit der USA beklagte, zu ihm sagte: "Es ist unbestritten, daß Sie den Vereinigten Staaten viele Gefälligkeiten erwie en haben, aber es ist auch unbestritten, daß Sie dafür auch schon sehr gut bezahlt worden sind."(El Día, Mexiko D.F. 24.11.77), forderte Carter am 14.9. öffentlich auf, alle Wirtschaftshilfe an Nicaragua einzustellen, sich den Forderungen anderer amerikanischer Staaten nach Einberufung einer OAS- Konferenz über Nicaraqua anzuschließen und den Ausschluß aller Mitglieder des Somoza -Clans von der politischen Macht und die Abhaltung freier Wahlen zu fordern. Er begründete dies damit, daß die Opposition so stark sei, daß der "Diktator eindeutig am Ende" ist. Die US- Regierung schloß sich daraufhin der Forderung nach einer OAS Konferenz an, die heute (Donnerstag) Nacht in Washington zusammentreten soll, die jedoch nur sicherstellen soll, "daß der Konflikt nicht auf andere Länder in Mittelamerika übergreift"(Telex-Frühmeldung, 21.8.) Außerdem forderten sie Somoza quf, sich zu Verhandlungen mit"allen rechtmäßigen politischen Kräften des Landes bereitzuerklären und die OAS als Vermittlerin anzuerkennen. Hierzu sollen alle Beteiligten sofort einen Waffenstillstand schließen und bereit sein, "Konnzessionen zu machen und Opfer zu bringen"(NZZ,16,9.). Gleichzeitig erklärte die US- Regierung, sie sei nicht dazu bereit, Somoza zum Rücktritt aufzufordern. Dies kann nur bedeuten, daß sie es entweder bei der gegenwärtigen Situation in Nicaragua nicht für möglich (oder wünschehswert?) erachtet, einen "Somozismo ohne Somoza" durchzusetzen, d.h., das System in Takt zu lassen und nur die Führungsperson auszutauschen. Andererseits möchte sie nicht die FAO und eine von ihr gebildete Übergangsregierung unterstützen, die dann auch die Billigung der FSLN hätte. So sieht sie nur die Möglichkeit, Somoza weiterhin zu halten und gleichzeitig verstärkten Druck hinsichtlich eines Arrangements mit der bürgerlichen Opppsition auf ihn auszuüben. Dies erhöht aber

widerum den Handlungsspielraum Somozas und ermöglicht es ihm, unterdem Rückgriff auf die Hilfsmittel aus den USA (vorallem Geld, Söldner und militärische Ausbilder) eine Lösung auf seine Art zu suchen, nämlich durch brutalstes Zusammenschießen des Widerstands diesen zu brechen. Es gibt also mehr als "gewisse Indizien" dafür, "daß Washington Somoza so lange halten will, bis die Aufständischen erschöpft und ausgeblutet aufgeben; um ihn dann fallen zu lassen." (FR, 20.99.)

Auch bei den Söldneranwerbungen, die gegenwärtig in den USA abgewickelt werden, beschränkt sich die US- Regierung, diese hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den amerikanischen Gesetzen prüfen zu lassen. Während die Regierungen von Guatemala und El Salvador sofort geflissentlich die von FSLN-Sprechern aufgestellte Beschuldigung, Söldner ihrer Länder seien in Managua eingetroffen - unseren Informationen zufolge handelt es sich sogar um reguläre Einheiten dieser Länder - dementierten, erachten es die USA offensichtlich nicht für nötig, eine Erklärung dazu abzugeben, für das Eintreffen dieser Söldner und von 500 Exilkubanern direkt verantwortlich zu sein. Auch über die amerikanischen Instruktoren, Green Baretts und Vietnam-Veteranen, die über einschlägigdErfahrungen im Krieg gegen Völker verfügen und die "Antiguerrillaoperationen" anleiten, schweigt sich Washington aus.



Die Märtyrer beweint man nicht, wenn man sie nicht im Kampf nachahnt.

Im folgenden übernehmen wir in gekürzter Fassung einen Bericht des Dichters Gabriel Garcia Marquez über den Überfall der FSNL auf den Nationalpalast in Managua, abgedruckt in 'Alternativa', September 1978.

Der Coup der Sandinisten — Der Überfall auf das "Haus der Schweine"

Der Plan erschien als eine allzu einfache, verrückte Idee. Es ging um die Besetzung des Nationalpalastes in Managua am hellichten Tag mit nur 25 Mann, die Geiselnahme der Mitglieder der Deputiertenkammer und als Lösegeld die Befreiung aller politischen Gefangenen. Der Nationalpalast, ein altes zweistöckiges Gebäude, enthält außer dem Senat im ersten Stock und der Deputiertenkammer im zweiten das Wohnungsministerium, das Regierungsministerium und die Generaldirektion für Finanzen, weshalb es das bekannteste öffentliche Gebäude in Managua ist. Deswegen gibt es dort auch immer schwer bewaffnete Polizeibeamte an jeder Tür, weiter zwei an den Trppen zum zweiten Stock, und zahlreiche Leibwächter der Minister und Parlamentarier. Zu den Hauptzeiten befinden sich mit Angestellten und Publikum nicht weniger als 3000 Personen dort.

Der Plan existierte seit 1970, aber er wurde erst in diesem heißen August in die Praxis umgesetzt, als es hinreichend klar wurde, daß die USA sich entschieden hatten, Somoza zu helfen, auf seinem blutigen Thron bis 1981 auszuharren. Die nationale Leitung der FSNL beschloß daraufhin, angefeuert durch die öffentliche Unterstützung, eine eindeutige Antwort zu geben. Die Aktion wurde mit dem geheimen Namen Operacion Chancherra, d.h. Eroberung des 'Hauses der Schweine' (Nationalpalast), ir Gang gesetzt.

Cero, Uno und Dos

Die Verantwortung für die Operation lag auf drei gut erprobten Kämpfern. Der erste war der Mann, der sie konzipiert hatte und der sie kommandieren sollte; sein wahrer Name ist Eden Pastora. Er ist ein Mann von 42 Jahren, davon 20 mit sehr intensiven Kampferfahrungen. Sohn einer konservativen Familie besuchte er die Jesuitenschule und studierte danach drei Jahre Medizin an der Universität in Guadelajara, Mexico. Drei Jahre von fünf, weil er mehrmals die Kurse unterbrach, um zu den Guerilleros seines Landes zurückzukehren; nur, wenn er geschlagen war, kehrte er zur Medizin zurück. Seine älteste Erinnerung ist der Tod seines Vaters, der von der Guardia Nacional des Anastasio Somoza Garcia ermordet wurde, als er 7 Jahre alt war. Als Kommandant der Operation erhielt er, einer tozditionellen Vorschrift der FSNL entsprechend, zur Bezeichnung die Nummer CERO (O).

An zweite: Stelle wurde Eugo Torres Jimenez eingesetzt, ein alter Guerillero von 30 Jahren. Er hatte schon an dem berühmten Überfall auf ein Fest der Eltern Somozas teilgenommen und man hatte ihn in Abwesenheit zu 30 Jahrer Gefängnis verurteilt. Von da an lebte er in Managua im Untergrund. Sein Name war, wie bei der vorherigen Operation Nummer UNO (1).

Die Nummer DOS (2), einzige Frau des Kommandos, ist Dora Maria Tellez, 22 Jahre alt. Auch sie studierte drei Jahre Medizin in Leon. "Aber ich gab aus Enttäuschung auf" sagt sie, "es war zu deprimierend, mit soviel Mühe unterernährte Kⁱnder zu heilen, damit sie drei Monate später mit einem noch schlimmeren Grad von Unterernährung zurücktehen." Sie kommt von der Nordfront 'Carlos Fondeca Amador'. Seif Januar 1976 lebt sie im Untergrund.



Die drei Komandanten bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Panama. Auf dem Boden der Koffer mit Geld

Zur Vorbereitung der Operation

Weitere 23 junge Männer vervollständigten das Kommando. Die Leitung der PSNL wählte sie mit viel Sorgfalt unter den am meisten erfahrenen und im Kampf erprobten Männern der regionalen Kommitees in Nicaragua aus. Am meisten überrascht an ihnen ihre Jugend. Mit Ausnahme von Pastera war das mittlere Alter des Kommandos 20 Jahre.

Die 25 Mitglieder des Kommandos trafen sich zum ersten Mal an einem geheimen Ort in Managua drei Täge vor dem angesetzten Termin. Außer den drei bereits erwähnten kannten sie sich nicht untereinander. Sie hatten auch nicht die geringste Idee von der Natur der Operation. Man hatte ihnen nur gesagt, daß es eine gewagte Aktion sei und mit einem großen Risiko für ihr Leben verbunden. Alle hatten es akzeptiert.

Allerdings hatten die drei Führer einen perfekten Plan, mit wissenschaftlicher Genauigkeit gezeichnet, und einige Wochen vor der Aktion kannten sie alle Einzelheiten des Gebäudes auswendig, als hätten sie ihr genzes Leben dort verbracht. Der für die Aktion ausgewählt- Termin war Dienstag, der 22. August, weil an diesem Tag eine Sitzung der geplanten Nationalversammlung eine zahlreiche Anwesenheit garantierte. im 9.30 am Morgen dieses Tages, als die Wachdienste bestätigten, daß eine Versammlung der Deputiertenkammer stattfand, wurden die 22 Männer in den genauen Plan eingeweiht.

Die Idee der Aktior war, sich als Patrouille der Grundausbildungsschule für die Infanterie der Guardia Nacional auszugeben. Dementsprechend trugen sie clivgrüne Uniformen und Militärstiefel. Zudem erhtelten sie neben anderen zehn Nylonstrümpfe zur Fesselung von Geiseln und drei Katten mit Vorhängeschlössern, um von innen alle Schlösser abschließen zu können. Zuletzt wurden die Waffen verteilt, die sich in richts von denen der Guardia Nacional unterschieden, da sie beinahs alle im Kampf mit dieser gewonnen wurden. Den einzigen Widerstand der Männer gab es in der Stunde, in der die Haare und Bärte abgeschnitten wurden, die sie mit so viel Stelz im Kampf hatten wurdesen lassen.

Der Chef kommt!!!

Um 11.50 am Morgen begann mit der gewöhnlichen Verspätung die Deputiertenkammer ihr Sitzung im Blauen Salon. Nur zwei Parteien nehmen daran teil: die Liberale, die die öffizielle Partei Somozas ist und die Könservative, die die Rolle der legalen Opposition spielt. Neben vielen Journalisten waren insgesamt 67 Deputierte anwesend, davon waren zwei für die FSNL ihr Gewicht in Gold wert: Luis Pallais Debayle, Vetter von Anastasio Somoza und José Somoza Abrego, Sohn von General José Somoza, der ein Halbbruder des Diktators ist.

Die Debatte hatte um 12.30 gerade begonnen, als zwei Ford-Lieferwagen, grün bemalt wie Militärautos mit grünen Sonnendächern und Holzbänken hinten, gleichzeitig vor den zwei Seitentüren des Nationalpalastes hielten. An jeder dieser Türen stand eine Wache. Mit schnelen militärischen Anordnungen stiegen von jedem Wagen drei Trupps Soldaten ab. Der erste, der an der Osttür abstieg, war CERC, gefolgt von drei Trupps. Die letzte war von DOS kommandiert. Sobald er auf der Erde war, schrie CERC: Achtung! Der Chef kommt! Die Wache an der Tür begab sich sofort an seine Seite und er befahl einen anderen seiner Männer an die andere Seite. Dann stieg er die Treppe zum zweiten Stock mit den gleichen barbarischen Schreien empor wie die Guardia Nacional, wenn sich Somoza nähert. Die beiden nächsten Wachen im oberen Stock wurden entwaffnet, ebenfalls mit dem Ruf: Der Cehf kommt!

Dann hatte die Menge auf den Korridoren die Schreie gehört, die bewaffneten Guardisten gesehen und versüchte zu fliehen. In Managua ist es beinahe ein sozialer Reflex: wenn Somoza kommt, flieht alle Welt. CERO hatte nun den besonderen Auftrag, den Blauen Salon zu betreten und die Deputierten abzulenken, da zr wußte, daß fast alle bewaffnet waren. DOS deckte diese Operation von der Haupttür, von der man unten den Haupteingang beherrscht. In ihm, der ein schmiedeeisernes Gitter hat, standen zwei bewaffnete Männer, einer von ihren ein Kapitän der Guardia Nacional. Dieser wurde kurz darauf in einem plötzlichen Feuergefecht getötet, der andere Mann verwundet. Zwei Guerilleros übernahmen die Bewachung des Haupteingangs. Dann wurden alle Türen mit Vorhängeschlössern verschlossen.

DOS ging inzwischen zum Biauen Salon bis zum Ende des Korridors, wo die Bar der Deputierten liegt. Als sie entschlossen zu schießen, die Tür mit dem Gewehr aufdrückte, sah sie ein Knäuel von Menschen auf dem Teppich, die die Schüsse zu hören Versuchten. Die Leibwachen der Deputierten ergaben sich ohne Widerstand im Glauben, daß es sich um Guardia Nacional handele.

CERO drückte gleichzeitig die zweite Tür ein und fand eine völlig aufgelöste Deputiertenvarsammlung, die konsterniert zur Tür starrte. Um nicht von ehemaligen Mitschülern erkannt zu werden, schoß CERO eine Kugelsalve gegen die Decke und schrie: Die Guardia! Alle Mann zu Boden! Alle Deputierten warfen sich auf den Boden hinter den Pulten, außer Pallais Debayle, der gerade telefonterte und wie versteinert dasaß. Die meisten erklärten später, sie hätten einen Putsch der Guardia Nacional gefürchtet und ihre eigene Füsiljerung erwartet.

Der dritte Trupp unter Nummer TRES öffnete die Tür des Regierungsministeriums und ließ den Leibwächtern des Ministers keine Zeit zu schießen. Im HInterzimmer fanden sie den Agronom José Antonio Mara, Regeirungsminister und demidierter Nachfolger von Somoza, der die Hände hob, schon ehe es ihm befohlen wurde.

Als UNO etwas später die Tür zum Blauen Salon öffnete, als auch DOS gerade die Seitentür öffnete, blieben sie erstaunt stehen. Sie sahen CERO am Präsidententisch stehen und Schmähungen ausstoßen aber niemandem im Umkreis. Sie dachten alles sei schiefgelaufen und bemerk-

19

ter dann, daß der Saal leer schien, weil die Deputierten auf dem Beden lagen. Danach herrschte Schweigen im Gebäude. Die ganze Operation hatte, wie vorausgesehen, genau drei Minuten gedauert.

Die Unterhändler

Somoza erhielt davon Nachricht, gerade als er sich zum Frühstück setzte. Seine erste Reaktion war der Befehl, ohne Unterschiede auf den Nationalpalast zu schießen. So geschah es. Aber die Patrouillen der Guardia Nacional konnten sich nicht nähern, weil die sandinistischen Trupps sie mit Feuer enpfingen. 15 Minuten später folg ein Heliocopter über den Nationalpalast und schoß mit Maschinengewehrsalven gegen die Fenster, Einer der Guerilleros, No. 62, wurde verwundet. 20 Minuten nach seiner Anordnung erhielt Somoza den ersten direkten Anruf aus dem Inneren des Gebäudes. Es war sein Vetter, Pallais Debayle, der ihm die erste Botschaft der FSNL Übermittelte. Entweder solle er das Feuer einstellen, oder sie begänne Geiseln zu erschießen. Daraufhin befahl Somoza, die Belagerung zu beenden. Dann kam ein weiterer Annuf von Debavle, der Somoza informierte, daß die FSNL folgende UNterhändler vorschlage: Monsignor Miguel Obando Bravo, Erzbischof von Manaqua, Monsignor Manuel Salazar y Espinosa, Erzbischof von Leon und Monsignor Leovigildo Lopez Fitoria. Erzbischof von Granada. Somoza akzeptierte.

Etwas später trafen sich auf die Bitte der Sandinisten auch die Botschafter von Costa Rica und Panama mit den Bischöfen. Die Sandinisten hatten die harte Aufgabe der Verhandlung der Zähigkeit von DCS überlassen, die am Nachmittag, um 2.45 den Bischöfen die Liste der Bedingungen sandte: sofortige Befreiung der politischen Gefangenen, deren Liste beigefügt war. Rückzug der Guardias auf 300m Entfernung vom Palast, sofortige Akzeptierung der Forderungen der Arbeiter im Streik des Hospitalgremiums, 10 Mio. Dollar und die Garantie, daß das Kommando und die befreiten Gefangenen nach Panama reisen könnten. Die Verhandlungen dauerten bis Mittwoch um sechs Uhr abends und die ersten 24 Stunden schien keine Einigung in Sicht. Die Petition, die außerdem im Radio Verlosen werden sollte und ein langes politisches Kommunique der FSNL, das von langer Hand vorbereitet war. schien für Somoza inakzeptabel. Aber etwas anderes erschein ihm sogar unmöglich, die Freilassung aller Gefangenen. Tatsächlich wurden in die Liste auch 20 sandinistische Gefangene aufgenommen, die ohne Zweifel im Gefängnis ermordet worden waren. Opfer der Folter und der Massenexekutionen der Regierung, deren Existenz aber die Regierung leugnete.

Somozas Taktik

Nach der ersten, zienlich zweideutigen Botschaft Somozas, war es klar, daß er Zeit zu gewinnen versuchte, überzeugt, daß 25 junge Leute nicht fähig seien, für lange Zeit bei der Stange zu bleiben. Deshalb verlangte er zuerst einmal 24 STunden Bedenkzeit. In seinem zweiten Brief um 8.30 am Mittwoch morgen zeigte er sich bereit, Bedingungen zu akzeptieren. Im Nationalpalast hatten sogar um 3 Uhr Mitternachts Verhandlungen stattgefunden und bewiesen, daß Somoza sich irrte. Die Guerilleros hatten auf eigene Initiative die wenigen Frauen und Kinder evacuiert und hatten dem Roten Kreuz die toten und verwundeten Soldaten übergeben. Die allgemeine Stimmung war ruhig und diszipliniert. Im ersten Stock, wo sich die niederen Angestellten versammelt hatten, schliefen viele friedlich in Sesseln und auf Schreibtischen. Es gab nicht das geringste Zeichen von Feindscligkeit. In einigen Büros hatte man sogar Caffee für die Sandinisten bereitet und viele der Geiseln drückten ihre Sympathie und Solidarität aus.

Im Blauen Salon, wo sich die 'goldenen' Geiseln befanden, stellten die Vermittler ebenfalls Ruhe fest. Im Verlauf der Stunden zeigte

sich eher Abneigung gegen Somoza wegen seiner Verzögerungstaktik. Die Guerilleros ihrerseits zeigten sich sicher und wohlerzogen, aber auch entschlossen. Thre Antwort auf das zweite Dokument war endgültig: wenn es innerhalb von vier Stunden keine definitive Antwort gab, würden sie anfangen, Geiseln zu exekutieren. Somoza bekam Angst vor einem Volksaufstand, wie er sich an verschiedenen Orten des Landes zu zeigen begann. Daher akzeptierte er am Mittwoch nachmittag um 1.30 die härteste der Bedingungen, die Verlesung des politischen Dokuments der FSNL durch die Sender des Landes. In Wahrheit war Somoza wohl seit Mittwoch mittag bereit zu kapitulieren, obwohl es noch keine Übereinstimmung gab. Die Gefangenen in Managua erhielten schon die Order zu packen und aus dem Inneren des Landes wurden schon viel früher die Gefangenen nach Managua gebracht. General Torrijos in Panama und Präsident Carlos Andres Perez waren bereit, die Transportaktion zu koordinieren. Am Mittwoch nachmittag standen jeweils ein Flugzeug aus Panama und Venezuela auf dem Flughafen von Panama bereit und warteten auf das Ende der Verhandlungen. Diese endeten tatsächlich um vier Uhr nachmittags. In der letzten Stunde versuchte Somoza, den Guerilleros eine Frist von drei Stunden zu setzen, um das Land zu verlassen, aber diese lehnten es ab, bei Nacht auszureisen. Die 10 Mio. Dollar wurden reduziert auf 500.000, aber die FSNL entschied, nicht weiter zu verhandeln, erstens, weil das Geld in jedem Fall eine sekundäre Bedingung war, aber besonders auch, weil die Mitglieder des Kommandos anfingen, gefährliche Anzeichen von Müdigkeit zu zeigen, nach zwei Tagen ohne Schlaf und unter so starkem Druck. Die ersten schweren Symptome bemerkte CERO an sich selbst, als er merkte, daß er die Lage des Nationalpalastes in Managua nicht mehr bestimmen konnte. Kurz darauf bekannte ihm UNO, daß er Opfer einer Halluzination gewesen sei. Da begriff er, daß es dringend nötig sei, dieses Drama zu beenden, das auf die Minute 45 Stunden gedauert hatte.









Eine jubelnde Verabschiedung

Am Donnerstag Morgen um 9.30 verlieben 25 Sandinisten, 5 Unterhändler und 4 Geiseln den Nationalpalast mit dem Ziel Flughafen. Die Geiseln waren die wichtigsten Personen: Luis Pallays Debayla, Jose Somoza, Jose Antonio Mora und der Deputierte Eduasos Chamenro. Zu dieser Zeit befanden sich 60 Gefangene aus dem ganzen Land än Bord der zwei Flugzeuge aus Panama, wo alle wenige Stunden vorher um Asyl gebeten hatten. Es fehlten selbstverständlich die 20, die niemals mehr aufstehen können.

Die Sandinisten hatten als letzte Bedingung gestellt, das es keine Militärs in Sicht gäbe und keinen Verkehr auf der Straße zum Flughafen. Keine der Bedingungen orfüllte efch, weil die Regierung die Guardia Macional auf die Straße befahl, um jede Manifestation öffentlicher Sympathie zu verhindern. Die Absicht war umsonst. Eine gaschlossene Ovation geleitete den Schuldus und die Menschen befanden sich auf der Straße, um den Sieg zu feiern; eine lange Schlange von Autos und Motorrädern geleitete ihn bis zum Flughafen. Der Deputierte Chamorro zeigte sich beeindruckt von dieser Explosion öffentlichen Jübels. Kommandant UMO, der neben ihm saß, sagte mit dem guten Humor der Erleichterung:

" Sehrem Sie, das ist das einzige, was man sich nicht mit Geld kaufen kamm."



Die freigelassenen politischen Gefangenen in Panama

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA AUCH IN CHILE

Trotz der scharfen politischen Kontrollen, denen das gesamte Universitätsleben in Chile unterliegt, ist es am 6. September 1978 zum ersten Mal seit dem Putsch zu einer offenen Demonstration internationaler Solidarität gekommen. Am Vormittag versammelte sich eine größere Gruppe von Studenten in einem Innenhof des Campus Oriente der Katholischen Universität von Santiago, um eine Rede des Studentenvertreters der Theologischen Fakultät Jorge Carrasco für Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Nicaragua zu hören. Die Versammlung wurde sehr schnell von einer anderen Studentengruppe gestört, die unter Hochrufen auf Pinochet und die Militärjunta darauf bestand, daß nur der von der Universitätsspitze eingesetzte Studentenpräsident das Recht habe, im Namen der Studenten zu sprechen. Daraufhin kam es zu einer längeren Schlägerei zwischen beiden Gruppen. Der Vorfall ist umso bemerkenswerter, als sich an der Katholischen Universität vor allem die Töchter und Söhne der reicheren Schichten von Santiago konzentrieren. Sie gilt deshalb seit jeher als Hort der Reaktion. Die Bildungspolitik der Junta hat diesen Zug zur Elite-Universität eher noch verschärft. Die unter militärischer Kontrolle stehende Universitätsspitze hat den Vorfall auf die Agitation von Marxisten und Christdemokraten zurückgeführt und versprochen, alles zu tun, damit sich ähnliche Dinge nicht wiederholen. Schon am Tag zuvor war es zu ähnlichen Demonstrationen an der Juristischen Fakultät der Staatsuniversität gekommen, als Studenten gegen das Verbot einer Versammlung protestierten, in der über die mangelnde Beteiligung der Studenten an Problemen der Universität gesprochen werden sollte.

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA AUCH IN KOLUMBIEN

26. August 1978

Auf ihrer Versammlung am 26.8. werde ein Antrag von mehreren Tausend Anwesenden verabschiedet, der die Unterstützung eines Boykotts von Somoza vorsieht. Tosender Beifall!

Man bat den lateinamerikanischen Generalsekretär der Internatio nalen Föderation für Transportarbeiter (ITF), Medardo Gomero, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und sie weiterzuleiten. Er kündigte an, daß er in Kürze dem Generalsekretär der gesamten Organisation in London vorschlagen werde, alle Transportarbeiter dazu aufzurufen, einen Boykott gegenüber der Somoza Diktatur durchzuführen. In der ITF sind etwa neun Millionen Arbeiter auf der ganzen Welt organisiert. Die ITF denunzierte die Militärdiktaturen im Süden Lateinamerikas, unterstützte verfolgte Arbeiter und führte Boykotts durch (Alternativa No. 178, S. 24, Bogota 4.-11.Sept)

6. September 1978

Die kolumbianische Regierung erläßt ein neues Sicherheitsstatut (vgl. entsprechender Artikel in dieser Nummer der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN), nach dem u.a. auch die Information über die Kämpfe in Nicaragua und Solidaritätskungebungen für die Frente Sandinista verboten bzw. unterdrückt werden können und sollen. Eine Radiostation in Barranquilla wurde bereits aus diesem Grunde zu einer Geldstrafe verurteilt. Hat man Angst, daß der Kampf der Befreiungsbewegung im benachbarten Länd sich auf Kolumbien ausdehnen könnte?

LATEINAMERIKA

PUEBLA: Die Kirche am Kreuzweg

Trotz heftiger Kritik aus den Reihen mehrerer nationaler Bischofs-konferenzen scheint es dem konservativ-reaktionären Kreis um Bischof López Trujillo (Kolumbien) gelungen zu sein, im Verein mit dem Vatikan die Weichen für die demnächst in Puebla beginnende Dritte Allgemeine Konferenz der Lateinamerikanischen Bischöfe so zu stellen, daß ein Anknüpfen an den befreienden Geist des Aufbruchs, wie er die vorige Konferenz in Medellín 1968 beherrschte, kaum noch möglich ist.

Der neugewählte Papst Johannes Paul I. hat die von seinem Vorgänger für die Zeit vom 12. bis 28. Oktober nach Puebla (Mexiko) einberufene Dritte Lateinamerikanische Bischofskonferenz nicht abgesagt, wie es sein Recht gewesen wäre. Er wird allerdings auch nicht, wie das zunächst von ihm erwartet wurde, selbst an der Konferenz teilnehmen. Der trotz seines von allen Seiten anerkannten Engagements für die Armen als strenger Antikommunist bekannte neue Papst ist sich offenbar sicher, daß die progressiven Bischöfe, die eine sozial und politisch engagierte Kirche "des Volkes" und nicht eine nur evangelisierende Kirche "für das Volk" wollen, auch ohne seine Anwesenheit im Zaum gehalten werden können.

Die Bedeutung der Konferenz von Puebla ist nicht nur an der Tatsache abzulesen, daß weit mehr als die Hälfte aller katholischen Christen in Lateinamerika lebt. Sie geht vor allem auch darauf zurück, daß seit der historischen Konferenz von Medellin große Erwartungen in die erneuernde Kraft der lateinamerikanischen Kirche gesetzt werden und daß wichtige nationale Kirchen wie die von Nicaragua, Brasilien oder Chile im Kampf für die Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und politische Befreiung und gegen die Willkür der Militärdiktaturen eine sehr wichtige Rolle spielen und dabei dringend des Rückhalts durch die Gesamtheit der lateinamerikanischen Bischöfe bedürfen. In diesem Sinne ist Puebla nicht nur ein Ereignis für die lateinamerikanischen Katholiken, sondern für alle Lateinamerikaner.

Die Vorbereitung und Organisation der Konferenz durch das Generalsekretariat des Lateinamerikanischen Bischofsrats (CELAM) unter Führung von Bischof López Trujillo (Kolumbien) läßt allerdings erkennen, daß es der Hierarchie vor allem darum geht, die seit Medellin stark entwickelte "Theologie der Befreiung" als geistige Grundlage des sozialen und politischen Engagements der Kirche in den Bann zu tun. Im Sinne einer reaktionär verstandenen Zwei-Reiche-Lehre soll der Begriff der Erlösung an die Stelle des Begriffs der Befreiung treten, soll die Kirche sich aus den Händeln dieser Welt, aus dem Kampf gegen Unterentwicklung, soziale Not und politische Unterdrückung herauslösen und der Evangelisation als ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden.

Um unter den Vertretern der lateinamerikanischen Bischöfe eine Mehrheit für dieses Konzept zu erreichen, wurde kein Mittel als zu schäbig empfunden. Auf das zur Strukturierung der Diskussion gedachte Vorbereitungsdokument, an dessen Erarbeitung der als Erz-

feind der Theologie der Befreiung bekannte belgische Jesuitenpater Roger Veckemans einen führenden Anteil hatte, sind wir in den LATEIN-AMERIKA-NACHRICHTEN schon früher eingegangen (vgl. Nr. 60, S. 22-26). Es diente als Grundlage für die Diskussionen in den nationalen Bischofskonferenzen und in vier Regionen außerordentlich unterschiedlicher Größe: Mexiko, Mittelamerika und Panama; Westindien; das nördliche Südamerika und schließlich der Südkegel des Kontinents einschließlich Brasiliens. Die heftige Kritik aus einzelnen Ländern konnte auf diese Weise als ein Meinungsbeitrag innerhalb eines sehr breiten Spektrums dargestellt werden, Das gilt insbesondere für die sehr engagierte Bischofskonferenz Brasiliens, deren - nicht nur zahlenmäßiges - Gewicht sicher fast so stark ist wie das der ersten beiden Regionen zusammengenommen. Aber nicht nur das: Die brasilianische Bischofskonferenz wurde von den Organisatoren der Konferenz von Puebla öffentlich gedrängt, auf ein Drittel der ihr nach dem allgemein angewandten Schlüssel zustehenden Delegierten zu verzichten, und mußte sich wohl oder übel fügen. Statt 55 Delegierten senden also die brasilianischen Bischöfe nur 37 nach Puebla. Selbst zusammen mit den in ihrer Mehrheit fortschrittlichen Delegierten aus Paraguay, Bolivien, Chile, Peru, Panama, Nicaragua, El Salvador und Guatemala wird ihre Zahl jetzt kaum mehr ausreichen, um sich gegen die sehr konservativen Bischöfe Kolumbiens und Cubas und die mehr einer unpolitischen Tradition verbundenen Vertreter Mexikos, Venezuelas und Costa Ricas, zu denen dann noch die Vertreter des Bischofsrats und des Vatikans kommen, durchzusetzen. Die zur Konferenz zugelassenen 21 Vertreter der Ordensgeistlichen wurden von den regionalen Bischofskonferenzen ausgewählt und bedurften der Bestätigung durch den Vatikan, dürften also auch kaum für Überraschungen sorgen. Ein wesentlicher Unterschied zu Medellin besteht schließlich darin, daß es den teilnehmenden Bischöfen in Puebla nicht erlaubt sein wird, Berater bei sich zu haben, die in der Lage wären, binnen kurzer Zeit gut ausformulierte Beschlußvorlagen einzubringen. So wird sich die Konferenz schon aus organisatorischen Gründen darauf beschränken müssen, das inzwischen etwas umformulierte Vorbereitungsdokument in seiner Grundstruktur zu akzeptieren und nur noch über die Ausformulierung einzelner Passagen zu diskutieren. Die Weichen sind gestellt. Es bleibt jetzt nur noch abzuwarten, wie stark sich die progressiven und kritischen Bischöfe trotz all dieser Manipulationen engagieren, um doch noch eine Weiterführung und Aktualisierung der Ergebnisse von Medellin zu erreichen.

Für Interessierte an diesem Thema gibt es inzwischen eine Reihe von wichtigen Aufsatz- und Materialsammlungen zur Vorbereitung auf die Konferenz von Puebla:

- Pueblo-Puebla, Die Christen, die Kirche und die Militärdiktaturen in Lateinamerika, herausgegeben von der ESG Essen, Wittenbergstr. 14-16, 4300 Essen.
- The Church at the Crossroads, Christians in Latin America from Medellin to Puebla (1968-1978), herausgegeben von IDOC International, Via S. Maria dell'Anima 30, I 00186 Roma, Italien. Hier findet man auch eine ausführliche kommentierte Bibliographie zur Theologie der Befreiung.
- Weitgehend identisch mit dem vorigen Titel ist die Nummer 43-45 der spanisch-sprachigen Zeitschrift CHILE-AMERICA, Trastevere 221/5, I 00153 Roma, Italien.
- Nueva Sociedad Nr. 36, La Iglesia: Un desafío político?, Apartado 61712, Chacao, Caracas 106, Venezuela.
- "Kirche in Lateinamerika", Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden.

Nach Abschluß des vorstehenden Artikels erschien eine Meldung der Katholischen Nachrichten-Agentur über eine Stellungnahme von Papst Johannes Paul I. zum soeben beendeten Deutschen Katholikentag. Diese Stellungnahme gibt in einer nicht zu übertreffenden Deutlichkeit den Ton für die Konferenz von Puebla an und bestätigt alle Befürchtungen der progressiven Christen in Lateinamerika. In der Meldung der KNA heißt es:

"Eindringlich warnte der Papst davor, christliche Hoffnung und menschliche Befreiung miteinander zu verwechseln. In diesem Zusammenhang erteilte er Bewegungen wie 'Christen für den Sozialismus' und Strömungen wie 'Tneologie der Befreiung' eine klare Absage. Die Behauptung, daß die politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung des Menschen mit der Erlösung durch Jesus Christus übereinstimme, halte er für falsch. Das Reich Gottes stimme nicht überein mit dem Reich des Menschen. Christen könnten nicht an der Seite der Marxisten und Leninisten kämpfen und nur von irdischer Zukunft, nicht aber vom ewigen Bezug des Menschen sprechen. 'Ubi Lenin, ibi Jerusalem - wo Lenin, dort Jerusalem' - diese Lehre habe mit dem Christentum nichts gemein."

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk, Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Hilfe für Chile

CHILE

Das lange Warten

Fünf Jahre nach dem blutigen Militärputsch vom 11. September 1973 ist General Augusto Pinochet immer noch Präsident von Chile. Trotz wachsender Schwierigkeiten und zunehmenden Drucks von innen und außen – Opposition der Luftwaffe, Schwierigkeiten mit den USA wegen des Mordfalls Letelier, Widerspruch des Bürgertums in Vertassungsforden, Augusta der landwirtschaftlichen Produktion, Unruhen unter Kupferbergarbeitern und Studentan und nicht zuletzt Grenzstreitigkeiten mit Argentinien – hat Pinochet es immer wieder verstanden, seinen Willen durchzusetzen und seine Macht zu behaupten. Dabei macht er sich das Fehlen einer Alternative zunutze, die wenigstens vorläufig von allen seinen Gegnern akzeptiert werden könnte. Die bürgerliche Opposition wartet gebannt auf effektive Hilfe aus den USA. Aber es scheint, daß sie niemals kommen wird.

Ende Juli schien das Ende der Herrschaft Pinochets nahe zu sein. General Gustavo Leigh, Luftwaffenchef und Juntamitglied und unmittelbar nach dem Putsch ein überzeugter Verfechter faschistischer Ideen und Praktiken, bereitete sich durch immer neue Absetzbewegungen für neue Aufgaben vor, die er nach dem bald schon zu erwartenden Ende der Pinochet-Diktatur würde übernehmen können. Er wußte, daß er fast die gesamte Generalität der Luftwaffe hinter sich hatte, und forderte so unbekümmert einen beschleunigten Übergang zu einer zivilen und demokratischen Regierung. Nicht von heute auf morgen, aber doch innerhalb von fünf Jahren und also wesentlich schneller als Pinochet. Nebenbei ließ er durchblicken, daß er es durchaus für möglich hielt, daß der Präsident in den Mord an dem früheren chilenischen Außenminister Orlando Letelier direkt verwickelt ist.

Mit allem hatte Leigh offenbar gerechnet, nur nicht mit seiner plötzlichen Absetzung als Luftwaffenchef und Juntamitglied. Nach dem Statut der Junta hätte sie auch eigentlich unmöglich sein müssen. Aber Pinochet fand einen Weg, sich der Opposition der Luftwaffe zu entledigen. Ein Interview im Mailänder Corrière della Sera, in dem Leigh seinen bisherigen Erklärungen nichts Wesentliches hinzugefügt hatte, wurde zum Anlaß genommen, ihm schwere Verstöße gegen die Prinzipien des 11. September vorzuwerfen; und binnen drei Tagen, zwischen dem 21. und 24. Juli, gelang es dem Juntachef, seine Kollegen Merino von der Marine und Mendoza von der Polizei zu überreden und unter allen Luftwaffengenerälen wenigstens einen ihm ergebenen Mann zu finden, den General Fernando Matthei.

Der neue Mann in der Junta

Leigh wurde wegen "dauernder Unfähigkeit" zur Bekleidung seiner Ämter abgesetzt und von Matthei abgelöst, der bisher Gesundheits-minister war, in der Rangliste der Luftwaffe aber nur den zehnten



Platz einnahm. Auf diese Weise wurden acht Generäle übergangen, die deshalb sofort den Dienst zu quittieren hatten. Weitere zehn Generäle traten von sich aus zurück, um so gegen die Absetzung Leighs und die Einmischung der Junta in Angelegenheiten ihrer Waffengattung zu protestieren, sodaß schließlich außer Matthei nur noch ein weiterer General übrigblieb. So mußten mit einem Schlag achtzehn Oberste zu Generälen aufrücken. Man spricht sogar davon, daß einige der neuen Generäle nur auf Drängen von Leigh die Beförderung angenommen haben.

General Matthei ist deutscher Herkunft, hat die Deutsche Schule in Santiago besucht und einen Teil seiner militärischen Ausbildung in den USA erkalten. Er hat während seines ganzen Lebens nur eine Aufgabe gesehen: die Luftwaffe. Mit der Drohung, im Zweifelsfall die Luftwaffe aufzulösen, hat Pinochet offenbar auch erreicht, daß Matthei sich bereit erklärte, die ihm angebotenen Posten zu übernehmen. Als weitgehend unpolitischer Mensch ist er heute ein

ebenso brauchbares Werkzeug in der Hand Pinochets, wie er es in der Zeit nach dem Putsch in der Hand von Leigh war, als er die Luftkriegsakademie leitete, in der die verfassungstreuen Luftwaffenoffiziere gefangengehalten, gefoltert und zu hohen Strafen verurteilt wurden. Ein besonders gutes Verhältnis verbindet ihn mit den deutschen Freunden der chilenischen Militärdiktatur. So ist er in der als Folterzentrum ins Gespräch gekommenen deutschen Siedlung Colonia Dignidad immer gern gesehen und genießt die besondere Verehrung des Deutsch-Chilenischen Freundeskreises e.V.. der sich ganz der Aufgabe verschrieben hat, Propaganda für die Diktatur Pinochets zu machen. Matthei eignet sich denn auch hervorragend als Interviewpartner und Propagandist im deutschen Fernsehen, wenn er ganz naiv in deutscher Sprache sein einziges Argument herbetet, daß das arme, unterentwickelte Chile leider für die Demokratie noch nicht reif sei und sich kein informierter Redakteur findet, der diesem Unsinn widerspricht.

Wie empört die Stimmung bei den abgesetzten Luftwaffengenerälen war, zeigt ein Interview, das der bisherige Chef des gemeinsamen Generalstabes und ehemalige Arbeitsminister General Nicanor Diaz Ende August der Zeitschrift HOY (Nr. 65) gegeben hat. Darin verglich er die Absetzung Leighs mit der Behandlung der Dissidenten in der Sowjetunion und forderte – natürlich als "Erfüllung" der Putschpläne vom 11. September 1973 – die sofortige Wiederherstellung der vollen Demokratie.

Die DINA auf der Anklagebank

Auch an einer anderen Front konnte Pinochet bisher geschickt einer Gefährdung seiner eigenen Stellung aus dem Wege gehen. Die Untersuchung des Mordes an dem ehemaligen chilenischen Außenminister Orlando Letelier vor zwei Jahren in Washington hat zu immer neuen Erkenntnissen über die direkte Beteiligung des Geheimdienstes DINA an der Planung und Durchführung dieses Mordes geführt. Nachdem die Justizbehörden der USA im August die Auslieferung des ehemaligen DINA-Chefs General Manuel Contreras - jahrelang engster Vertrauter Pinochets - und zweier weiterer Heeresoffiziere verlangt haben, sah sich der Junta-Chef gezwungen, der Verhaftung seiner Getreuen zuzustimmen. Ende September soll die dreihundert Seiten starke Anklageschrift gegen Contreras als Grundlage des Auslieferungsverfahrens überreicht und veröffentlicht werden.

Die einzig interessante Frage im Zusammenhang mit dem Mordfall Letelier ist heute nur noch, ob die direkte Beteiligung Pinochets an dem Mordplan nachgewiesen werden kann. Daß Contreras schuldig ist, daran zweifelt heute in Chile kaum noch jemand. Die Beteiligung Pinochets könnte aber wohl nur nachgewiesen werden, wenn die Auslieferung der drei Angeklagten tatsächlich geschieht. Und obwohl die entsprechenden Auslieferungsverträge zwischen den USA und Chile sehr eindeutig sind, sieht alles danach aus, daß es Pinochet mit Hilfe der korrumpierten chilenischen Justiz gelingen wird, eine Auslieferung zu verhindern. Ein Mittel dazu könnte sogar sein, auf Anklagen des Solidaritätsvikariats der katholischen Kirche gegen Contreras wegen des Verschwindens politischer Gefangener zurückzugreifen und ihm deswegen den Prozeß zu machen.

Nach Meldungen der chilenischen Presse hat General Contreras noch am 20. April zwölf oder vierzehn Koffer mit Dokumenten in die süd-liche Hafenstadt Punta Arenas gebracht und dort dem deutschen Schiff "Badenstein" mitgegeben. Wenn die Nachricht stimmt, hat also Contreras wichtige Dokumente "in Sicherheit" gebracht - an irgendeinem Ort entlang der unbekannten Route der "Badenstein" oder di-

rekt bei Freunden in Deutschland. Was die Dokumente beweisen könnten, kann man sich unschwer vorstellen: Sie würden alles enthalten, was ihn und seine Freunde belasten könnte, erst recht aber alles, womit er seinerseits erpressen kann. Pinochet wird sich also hüten müssen, eine Auslieferung zuzulassen. (QUE PASA Nr. 382).

Der Grenzstreit mit Argentinien

Die prekäre Situation innerhalb des chilenischen Militärs bekommt besondere Bedeutung angesichts des sich ständig zuspitzenden Grenz-konflikts mit Argentinien, der inzwischen soweit gediehen ist, daß zu einem Krieg nicht mehr viel fehlt. Ende August wurden die bisher direkt geführten Verhandlungen zwischen beiden Ländern abgebrochen. Seither erklären führende argentinische Militärs immer ungehemmter ihre Bereitschaft zum Krieg. Strategisch wichtige Exporte von Argentinien nach Chile wurden verboten. Der Transport von aus Brasilien importierten Fahrzeugen über argentinisches Gebiet nach Chile wurde untersagt. Chilenische Landarbeiter, die seit langer Zeit im argentinischen Teil Patagoniens ansässig sind, wurden von einem Tag auf den anderen nach Chile ausgewiesen.

Bei dem Grenzkonflikt geht es um drei an sich fast völlig unbedeutende kleine Inseln im äußersten Süden des Kontinents, auf denen acht chilenische Familien ein kärgliches Leben führen. Die Streitfrage ist, ob der Beagle-Kanal, der von beiden Seiten als Grenze zwischen Argentinien und Chile akzeptiert ist, nördlich oder südlich dieser Inseln oder zwischen ihnen hindurch verläuft. Nachdem der Konflikt jahrzehntelang geschwelt hatte, haben sich beide Länder in den sechziger Jahren darauf geeinigt, ein internationales Schiedsgericht unter der Schirmherrschaft der britischen Krone anzurufen und sich dem Spruch dieses Gerichts bedingungslos zu fügen.

Dieses Schiedsgericht hat nun 1977 eindeutig und einstimmig zugunsten der chilenischen Position entschieden. Inzwischen waren aber schon längst nicht mehr die drei Inseln selbst der eigentliche Kernpunkt des Streites, sondern die Hoheitsrechte auf dem freien Meer, deren Abgrenzung durch unterschiedliche Regelungen des Besitzrechts an den drei Inseln entscheidend verändert wird. Mit dem Schiedsspruch zugunsten Chiles war dieses Land faktisch ein Anrainerland des Atlantischen Ozeans geworden, was nicht nur die argentinischen Militärs im Nerv ihrer geopolitischen Vorstellungen trifft, sondern auch Konsequenzen für den möglichen Zugriff auf die unter dem Meeresboden vermuteten Bodenschätze und für die Abgrenzung von Fischereizonen hat.

Die argentinische Regierung hat deshalb vertragswidrig den internationalen Schiedsspruch für null und nichtig erklärt. Trotzdem hat sich Pinochet immer wieder auf Verhandlungen einlassen müssen. Entscheidend dafür war, daß die chilenische Regierung in mindestens dreierlei Weise erpressbar war:

Erstens hat sich die chilenische Regierung sowohl durch das Terrorregime im Innern als auch durch ihre dogmatisch antikommunistische Außenpolitik international derartig isoliert, daß sie wirklich gute Beziehungen nur noch mit Ländern wie Uruguay, Paraguay, Nicaragua, Südafrika, Südkorea, der Volksrepublik China und Bayern unterhält. Auch die eindeutig positive Rechtsposition Chiles kann daher in dem Grenzstreit mit Argentinien nicht für eine Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit und Diplomatie zugunsten der chilenischen Regierung genutzt werden.

Zweitens verfügt die argentinische Regierung offenbar über Beweise, die eine Beteiligung von Pinochet an der Ermordung des Generals Prats im Oktober 1974 in Buenos Aires belegen. Prats war bis kurz 29

vor dem Putsch von 1973 Oberbefehlshaber des chilenischen Heeres gewesen, bis er von Pinochet abgelöst wurde. Im argentinischen Exil war General Prats noch immer eine gefährliche Alternative zu Pinochet. Deshalb hatten ihn chilenische: Agenten ermordet. Den Mordfall Letelier mag Pinochet vielleicht noch durchstehen können. Einen zusätzlichen Mordfall Prats aber kann er sich kaum leisten. Ganz offenbar hat Argentiniens Präsident Videla diese Karte bei direkten Verhandlungen im Februar dieses Jahres ausgespielt und so Pinochet zu Verhandlungen erpreßt.

Drittens ist die argentinische Armee der chilenischen nicht nur zahlenmäßig weit überlegen. Das gilt in besonderem Maße für die entscheidenden Waffengattungen der Marine und der Luftwaffe. Wenn argentinische Flugzeuge vom Stützpunkt Mendoza jenseits der Anden aufsteigen, können sie binnen weniger Minuten über Chiles Hauptstadt Santiago sein. Nur in buchstäblich letzter Minute könnten sie überhaupt von der chilenischen Luftabwehr registriert werden.

Die Erpreßbarkeit Pinochets bedeutet nicht nur die mögliche Preisgabe von errungenen Rechtspositionen, sondern stellt auch objektiv einen kriegstreibenden Faktor dar. Die argentinischen Militärs zeigen sich, je näher das Jahr 1979 heranrückt, immer stärker bereit, das Risiko eines Krieges zu wagen. 1979 jährt sich zum hundertsten Mal der Pazifikkrieg, in dem Chile seinen Nachbarn Peru und Bolivien große Teile der Pazifikküste abnahm. Die Beziehungen zwischen den argentinischen und peruanischen Militärs sind sehr gut. Und der durch einen Putsch an die Macht gekommene bolivianische Präsident Pereda hat ausdrücklich erklärt, daß wegen der für 1979 zu erwartenden außenpolitischen Situation die Wahlen in seinem Land erst 1980 stattfinden könnten.

Die argentinischen Generäle haben die "Ehre Argentiniens" bereits in einer Weise mit einer positiven Lösung der Grenzfrage verknüpft, daß jede Kompromißlösung innenpolitisch einen schweren Rückschlag für sie bedeuten müßte. Deshalb jetzt der Abbruch der Verhandlungen.

Die innenpolitischen und innermilitärischen Folgen des Konflikts in Chile sind zwiespältiger. Einerseits würde die Ablösung Pinochets, verbunden mit einem außenpolitischen Kurswechsel, die internationale Position wesentlich verbessern und die Erpreßbarkeit durch den Mordfall Prats beseitigen können. Da aber weder innerhalb noch außerhalb des Heeres eine genügend starke und entschlossene Fronde für den Machtwechsel bereit steht, stabilisiert der Grenzkonflikt noch die Position des Oberkommandierenden Pinochet.

Der Konflikt um die Verfassung

Am 11. September, dem fünften Jahrestag des Putsches, hat Präsident Pinochet erneut klargemacht, daß er nicht bereit ist, seine Macht abzutreten oder auch nur etwas an dem von ihm entwickelten Fahrplan für die "Institutionalisierung" zu ändern. Nach seinen Worten soll:

- die Militärregierung noch mindestens sechs Jahre im Amt bleiben,
- vor 1985 keinerlei politische Wahl stattfinden,
- das erste Parlament von der Militärjunta ernannt werden,
- ein von der Junta erarbeiteter Verfassungsentwurf ohne Alternativen in den entscheidenden Fragen durch eine Volksabstimmung sanktioniert werden.

Eine direkt nach dem Putsch von der Militärjunta eingesetzte Verfassungskommission hat im August nach der Weltrekordzeit von fast

Das Werk enthält außer der Festlegung auf eine autoritäre, sorgfältig gegen die Schwankungen des Volkswillens abgesicherte Regierungsform kaum etwas wesentlich Neues. Der Klassencharakter des
Projekts wird am deutlichsten, wo es um die für die Wirtschaftspolitik entscheidende Frage der Führung der Zentralbank geht. Sie
soll jeweils vierzehn Jahre im Amt bleiben und sogar von der Regierung völlig unabhängig sein. An der Spitze der Zentralbank sitzen
heute die sogenannten Chicago Boys, die sich vorläufig kaum davon
vertreiben lassen werden. Von diesem Hebel aus hätten sie die Möglichkeit, jeder zukünftigen Regierung, die nicht die Interessen
der Exportbourgeoisie und des Auslandskapitals an die erste Stelle
rückt, durch Abdrehen des Geldhahns das Leben unmöglich zu machen.

Die bürgerliche Opposition aller Schattierungen hat in zunehmend öffentlicher Diskussion die Frage der zukünftigen Verfassung zum Hauptthema der letzten Monate gemacht. Unabhängig von einander entstanden zwei Gruppen, die sich mit der Ausarbeitung von Verfassungsentwürfen beschäftigen: eine von der Anwaltskammer eingesetzte Kommission von Experten auf der einen Seite, eine frei zusammengetretene Gruppe von Juristen und ehemaligen Parlamentariern praktisch aller politischen Parteien auf der anderen Seite. Diese zweite Gruppe ist inzwischen auf achtzig Köpfe angewachsen, hat den Sozialdemokraten Sanhueza – erster Justizminster Allendes, später aber in der Opposition zur Unidad Popular – zum Präsidenten, den ehemaligen Parteipräsidenten der Christdemokraten Aylwin zum Koordinator, zählt aber zu ihren Mitgliedern auch Mitglieder der rechten Nationalen Partei sowie der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Ob diese beiden Kommissionen fertige Verfassungsentwürfe in die Debatte bringen werden, ist noch unklar. Der entscheidende und von der Linken energisch unterstützte Punkt ist die Verfahrensfrage. Nach Meinung der Opposition darf keine Verfassung ohne die aktive Beteiligung des Volkes an der Ausarbeitung, und das heißt: ohne die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung zustandekommen. In diesem Punkt gibt es aber von Pinochet nur ein knallhartes Nein.

Die Zerstörung der Landwirtschaft

Die bürgerliche Opposition unter der Führung der Christdemokraten hat sich so sehr auf die Frage der Verfassung konzentriert, daß von einer Kritik an der Wirtschaftspolitik, die trotz Produktionssteigerung in der Industrie immer noch katastrophale Auswirkungen für die Masse der Bevölkerung hat, kaum etwas zu hören ist. Tatsächlich ist inzwischen die Macht der Exportbourgeoisie so gewachsen, die Abhängigkeit von den Gläubigerbanken im Ausland so groß, daß der bürgerlichen Opposition vorläufig nur sehr vorsichtige Änderungen in der Wirtschaftspolitik nach einem Machtwechsel möglich erscheinen. Damit verliert sie aber immer mehr den Rückhalt bei der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung. Es ist unter diesen Umständen nicht erstaunlich, daß im Gewerkschaftsbereich die Initiative längst nicht mehr bei der christdemokratischen Gruppe der "Zehn" liegt, sondern an die vor einiger Zeit gegründete Nationale Gewerk-

31

schaftskoordination (CNS) gegangen ist, in der linke und christdemokratische Gewerkschaftsführer in Anknüpfung an die Traditionen der früheren Gewerkschaftszentrale CUT eng gegen die ultraliberale Wirtschaftspolitik der Regierung zusammenarbeiten.

Diese Wirtschaftspolitik hat im letzten Jahr ein neues Opfer gefunden: die Landwirtschaft. Die Ernteergebnisse gingen 1978 bei Zuckerrüben um über 60 Prozent, bei Weizen, Gerste, Mais und anderen Produkten um durchschnittlich 27 Prozent zurück. Diese katastrophale Situation, die entweder eine große Steigerung der Weizeneinfuhren oder noch mehr Hunger für die Bevölkerung bedeutet, ist geradezu bewußt herbeigeführt worden. Im Bestreben, die landwirtschaftliche Produktionsstruktur den Bedingungen des Weltmarkts anzupassen, wurden praktisch alle Subventionen gestrichen, was für die Landwirte und Parzellenbauern bedeutete, daß sie sich bei steigenden Preisen für Düngemittel und Insektizide und bei hohen Kreditzinsen an den schwankenden und insgesamt niedrigen Weltmarktpreisen orientieren sollten. Das Ergebnis war eine erhebliche Verringerung der Aussaat. Das angestrebte Ziel, den Anbau von Produkten für den Export auf diese Weise zu fördern, kann praktisch nur langfristig erreicht werden, indem man die Masse der Parzellenbauern ruiniert und vertreibt. Denn für den Export kommen praktisch nur Wein sowie bestimmte Obst- und Gemüsesorten infrage. Für deren Produktion braucht man aber geeignete Böden, hohe Investitionen und lange Wartezeiten, alles Bedingungen, die nur von einigermaßen kapitalstarken Mittelund Großbetrieben erfüllt werden können.

Der Konflikt im Kupferbergbau

Seit Ende Juli ist es in dem für die Außenwirtschaft Chiles entscheidend wichtigen Kupferbergbau zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Die Bergarbeiter verlangten höhere Löhne und bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen und weigerten sich zum Zeichen des Protests, die Kantinen zu besuchen. Der von der Junta eingesetzte "Gewerkschaftsführer" Bernardino Castillo wurde in einer Versammlung in der größten Kupfermine der Welt in Chuquicamata, wo sich der Konflikt abspielt, niedergeschrieen. Daraufhin wurden sechs Wortführer der Begarbeiter fristlos entlassen. Die Kumpel steckten aber nicht zurück, sondern verschärften noch ihren Kantinenstreik, um jetzt sowohl die Wiedereinstellung ihrer Kollegen als auch Lohnsteigerungen durchzusetzen. Ein zwischen den lokalen Gewerkschaftsführern und der Spitze der nationalen Kupferbehörde erarbeiteter Kompromiß - Wiedereinstellung der sechs Arbeiter und Ende des Kantinenstreiks - scheiterte am Willen der Mehrheit der Kumpel, den Kantinenstreik fortzusetzen. Darauf antwortete die Regierung mit der Verhängung des Belagerungszustandes über die gesamte Provinz El Loa und mit der Verhaftung von zunächst 13. später nochmals 17 Leuten, vorwiegend Technikern, denen die Herstellung und Verbreitung subversiver Flugblätter vorgeworfen wurde.

Die sechs Bergarbeiter sind zwar inzwischen wiedereingestellt, aber die Auseinandersetzung geht weiter. In der Öffentlichkeit hat die Regierung versucht, die Bergarbeiter als besonders gut bezahlte und überhaupt privilegierte Arbeiter darzustellen. Dabei muß man wissen, daß die Lebensmittelpreise und Mieten in der entlegenen Zone um Chuquicamata im Durchschnitt doppelt so hoch liegen wie in der Hauptstadt Santiago und daß die Lohnkosten pro produzierte Tonne seit 1973 auf die Hälfte gesunken sind. In internationalen Wirtschaftsberichten wird die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheiten und des Streikrechts als "komparativer Vorteil" der chilenischen Kupferminen beschrieben.

33

BRASILIEN

"Es riecht nach Volk..."



Brasilien, August 1978: über 170 tausend Lehrer in Sao Paulo und Parana im Streik, die "Bewegung gegen die Lebenshaltungskosten" sammelt 1,24 Millionen Unterschriften gegen die brutale Wirtschaftspolitik der Diktatur und demonstriert mit 20.000 Menschen vor der Kathedrale gegen Hunger und Ausbeutung, in Sao Paulo begann zum Monatsbeginn ein Streik der Bankangestellten: 7.000 führten ihn an und wurden von ca. 120.000 unterstützt, während, nach den Mai-Streiks in der Metallverarbeitenden- und Automobil-industrie von Sao Paulo, nun auch eine Streikwelle das größte Stahlwerk von Minas Gerais - die "Belgo-Mineira" einige Tage lahmlegte.

Die soziale Bewegung gegen die Diktatur von General Geisel und den "Stratagem" des Regimes, General Golbery do Couto e Silva, wächst.

Immer deutlicher werden die Risse in der militärischen Hierarchie sichtbar, innerhalb derer sich nun auch die militär-politische Opposition gegen Geisel, Colbery & Konsorten durch die Unterstützung der dissidenten Kandidatur des General Euler Bentes Monteiro formiert.

Den Drohungen und der offenen Repression des Regimes zum Trotz erreicht die soziale Bewegung ein stets wachsender Organisationsniveau und bietet dem Regime die Stirn.

So geschehen zuletzt am 2. September, als zum ersten Mal 28 Gewerkschaft aus den unterschiedlichsten Branchen in Rio de Janeiro zusammentrafen un aus der Sicht der Diktatur sogleich"drei Verbrecher" gegen die "national Sicherheit" begingen. Nämlich: 1. "sie trafen zusammen", was nach Buchstabe und Geist der in der Mussolini'schen Carta del Lavoro inspirierten faschistischen Arbeitsgesetzgebung verboten ist, 2. die anwesenden Gewerkschaftsführer bekundeten "uneingeschränkte Solidarität" mit den stre kenden Lehrern und Bankangestellten, die schon nach dem Gesetz 4.330 nicht genehmig t waren und nun, nach einem neuen Dekret(1632) verschärft wurden und, schliesslich, der 3. Verstoß: die Gewerkschaftsführer wagten es, den "Panzerwagen" des Regimes, nämlich das "Reform-Pa ket" von Geise anzugreifen. Sie bekundeten in der Öffentlichkeit, diese "Reformen" seie für eine Minderheit von Privilegierten konzipiert, und forderten deshalb die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung unter breiter Einbe ziehung der Arbeiterklasse.

Kommt die CGT?

Das Treffen von Rio steht in der Kontinuität einer Reihe "intersyndicale: Zusammenkünfte, die im Oktober 77 im Bundesstaat Rio Grande do Sul eingeleitet wurden, auf denen bislang mindestens 6 wichtige Manifeste und Programme verabschiedet wurden, die sich frontal gegen die Wirtschaftspolitiert Regierung richten, die Geisels "Reform-Pa kete" (April 77 und Juni 78) entlarven, wo Generalamnestie und eine Verfassunggebende Versammlung gefordert wird.

Deutlich wird jedoch dabei die Tendenz, die erstens die Unerschrockenheit der Arbeiterführer offenbart und zweitens die schrittweise, vor dem Hinheit ans Licht rückt. Einheit hier gemeint als "Einheit der Klasse", gibt es doch auch unter den neuen sog. "authentischen" Gewerkschaftsführern spürbare ideologische Differenzen, die jedoch angesichts der gemeinsamen Anstrengungen für den Abbau der Spaltung der Bewegung und den Wiederaufba einer demokratischen CGT zur ücktreten. Einigkeit wurde auch unter den Wahlen des kommenden 15. November zu unterstützen. In Sao Paulo hat die Linke der MDB eine Liste "dos candidatos populares e progressistas" (fortschrittlicher "Kandidaten-Pool") aufgestellt, wovon einige jedoch von der Rechten "angefochten" wurden wegen ihrer "ehemaligen subversiven Tätigkei Studentenverbandes UNE.

Eine Brücke zwischen Gewerkschaftsbewegung und "Bewegung für die Lebenshaltungskosten", das heißt zwischen Kampf am Arbeitsplatz und Kampf für die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen, ist die Kandidatur des Vorsitzenden der "Lebenshaltungskosten-Bewegung", Aurélio Peres. Er ist

Kandidat der MDB für das
Amt eines Kongressabgeor
dneten. Seit 1968 ist er
aktives Mitglied der Gewerkschaftsbewegung von
Sao Paulo. 1974 wurde er
verhaftet und eine Woche
lang bei der politischen
Polizei vom Terrorkommen.
DOI/CODI gefoltert. Seine
Kandidatur wird vor aller
von den Arbeiterbezirken
Sao Paulos getragen.



"Lula" und Fernando H. Cardoso

Im Juni versuchte das Regime die "Rettung nach vorn" durch die Bekanntmachung eines "Reformpa kets" - das zweite seit Geisels Amtsübernahme im
März 1974 -, das zwar die berüchtigte Ausnahmegesetzgebung, die mit den
sog. "Institutionellen Akten" umschrieben wird, außer Kraft setzt, mit
neuen sog. "salvaguardas", das heißt "Schutzmaßnahmen" jedoch Selbstrettung zu üben versucht.

Damit werden im Wesentlichen die Ermächtigungen des Staatspräsidenten beschnitten: keine der Kammern der Legislative darf nunmehr außer Kraft gesetzt werden, Enthebung politischer Mandate dürfen nicht mehr ausgesprochen werden, die "Wiederwählbarkeit" politisch Entmachteter wird erneut eingeführt und der Passus "auf Lebenszeit" gestrichen, die Todesstrafe ist nur für Fälle "militärischen Hochverrats" vorgesehen und aufgehoben ist das Beschlagnahme- und das Verbannungsrecht, womit die Diktatur hunderte von Brasilianer auf Lebenszeit die Staatsbürgerschaft aberkanntund ins Exil geschickt hatte. Nicht berührt wurde jedoch das "Gesetz der Nationalen Sicherheit" - das die Grundlage ist und "Philosophie" der Ermächtigungsgesetze - und eingeführt wird nun, seit dem Putsch von 1964, ein "Verfassungsrat" (=Conselho Constitucional) auf der Grundlage des neuen Artikels 159. Dieser "Rat" setzt oder soll sich nach den Vorstellungen von General Golbery ("geistiger Vater" des Regimes) aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten, den Vorsitzenden des Senats und der Abgeordnetenkam mer, sowie dem Justizminister und einem "repräsentativen Minister der Stréitkräfte" zusammensetzen. Der "Rat" erhält Vollmachten zur Verordnung des vorübergehenden Ausnahmezustandes sowie des "nationalen Notstands" ein Begriff der auch erstmalig als "Sicherheitskategorie" in die Verfassung eingeführt wird.

Nicht berührt von dem "Reformpa ket" wurde auch die äußerst repressive Sozial- und Arbeitsgesetzgebung , die zum Beispiel das Streikrecht außer Kraft gesetzt hat und "horizontale Gewerkschaftsverbindungen ", das heißt Solidarität zwischen verschiedenen Berufsgruppen verbietet, um damit die gegenwärtige Spaltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Form der Einzelgewerkschaften aufrechtzuerhalten und die Gründung einer neuen Gewerkschaftskonföderation - der CGT - zu verhindern.

Ohne künftig - wie auch in der Vergangenheit - den Kongress davon unterrichten zu müssen, kann die Regierung über ihren "Verfassungsrat" zum Beispiel den "nationalen Notstand" ausrufen, um in der Gewerkschaftsbewegung zu intervenieren. Die Regierungspartei ARENA erhielt bereits Instruktionen, gegenüber der Opposition der MDB im Kongress keine Konzessionen bei der Wahl dieses repressiven neuen Arsenals zu machen, aber Geisel muss zusehen, wie sein Projekt stets auf Widerstand und Ablehnung stösst und dies teilweise in den eigenen Reihen. Traditionelle Regierungsanhänger stellten in den vergangenen Wochen"mit Bestürzung" fest, daß während ihrer Abwesenheit ihre Wohnungen nach Unterlagen oder "Beweismaterial" über "mögliche Absprachen mit der Opposition" hinsichtlich der Unterstützung der Kandidatur Euler Bentes und der Ablehnung des "Reform-Programms" von Sicherheitsdiensten der Streitkräfte - vor allem dem neuerdings sehr aktiven CIE/Heeres-Informationszentrum - durchsucht wurden.

Und während die soziale Basis des Regimes durch die Abkehr selbst von Zig Unternehmern stetig schwindet, übt Geisel "Einigelungs"politik, und die Zeichen einer Verhärtung der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Streitkräfte nehmen quantitativ und qualitativ deutlichere Konturen an.

Die militärisch-politische Krise

"Abstreiten , daß es innerhalb des Heeres divergierende Meinungen gibt, ist absurd", gesteht ein hoher Offizier, der die Kandidatur Euler Bentes Monteires unterstützt. Und: "Die militärische Einheit, wie sie von einigen

Generälen gesehen wird, die am Tag des Soldaten (25. August / Anm. d. Red. Ansprachen darüber gehalten haben, gibt es nicht. Würde es diese so viel beschworene Einheit wirklich geben, bräuchte man nicht dauernd davon zu reden – genauso wenig ist es überzeugend, wenn sich einer auf die Strass stellt und schreit, wie sicher unsere Strassen sind ...







Ariel Pacca: gegen Euler und Figueiredo



Euler Bentes: Unterstützung wächst

..Wir können nicht behaupten, daß unsere Hauptstütze sich unter den Generälen befindet. Können Sie sich vorstellen , daß jemand in deren Alter noch fähig ist, seinen Standpunkt zu ändern? Wir haben auch Generäle, aber wir sind vor allem zahlreich unter den Haup leuten, unter den jüngeren Offizieren. Um die Wahrheit zu sagen: ich habe viel mehr Vertrauen in eine Bewegung, die sich von unten nach oben aufbaut. Was von oben nach unten aufgesetzt wird , beruht ja meistens auf Gewalt und ist deshalb kurzlebig. Nun werden schon Stimmen und eine Tenden laut, die unsere Bewegung in Zusammenhang bringen wollen mit dem. was zum 25. April in Portugal führte, also mit der sog. kommunistischen Unter wanderung der Streitkräfte. Dies ist ein Versuch, uns gegenüber den rechts stehenden hohen Abteilungen der Streitkräfte zu diskreditieren. *Demokraten' wie Geisel , Figueiredo und anderen kann man keinen Glauben schenken- sie w aren es niemals und plötzlich treten sie als solche in Erscheinung. Und in diesem Zusammenhang 'winken' sie mit einem Reformprojekt, das das Land wirklich nicht in demokratische Zustände überführen wird. Gemeint ist damit vor allem jenes 'April-pa ket' - eine der größten Absurditäten, die Geisel seither begangen hat. Dieses 'Pa ket' wurde ja







von ihm, Petrônio Portella und Golbery do Couto e Silva beschlossen. Dies taten sie, um uns glaubhaft zu machen, dies wäre ohne Druck der 'Rechten' geschehen. Deshalb sind wir der Meinung, in Brasília, cine provisorische Regierung mit Euler Bentes an der Spitze schaffen zu müssen, der seinem Nachfolger eine inzwischen stabile Regierung übergeben wird. Das *Pa ket' verlängert ja das Präsidialmandat auf 6 Jahre und wir halten das für absurd; dies ist einer der größten Fehler, die Geisel begangen hat.

Ammestie ?Wir sind dafür, aber es muss eine Generalamnestie sein. Eine Ammestie mit politischen Einschränkungen ist nicht vertretbar, denn es ist eine Maßnahme, die uneingeschränkt all die begünstigen soll, die verhaftet- und unter den noch herrschen den Bedingungen verurteilt wurden. Das umfasst natürlich auch diejenigen, die Banken überfallen haben und die inzwischen erkannt haben, daß das Volk andere tausend Möglichkeiten für seine eigene Organisation besitzt, ohne dabei auf Mittel wie Überfall und Mord zurückgreifen zu müssen !(...)

Aber: ein gewaltsamer Aufstand des Volkes wirdkommen, nur können wir natürlich nicht voraussagen wann. Wenn dem nicht so ist, wie soll denn das Land der Last einer Auslandsverschuldung in Höhe von 40 Milliarden Dollar und anderer beschämender Zustände, wie den Ausverkauf unserer Reichtümer an die multinationalen Konzerne, begegnen. Wir können noch nicht voraussagen, wann dieser Aufstand kommt.

Wir müssen ein eigenes Modell entwickeln, ohne (ideologische) Importe jedweder Art. Brasilien muss nicht japanisch oder nord-amerikanisch sein; Brasilien muss brasilianisch sein.

Verfassunggebende Versammlung? Ja. Mit freiheitlichen Debatten, damit sich alle politischen Strömungen in Ruhe organisieren können. (...)"

Die militär-politische Krise verschärft sich: anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Nationalen Unabhängigkeit von Portugal (7. September) haben in zahlreichen Landesteilen, aber vor allem in den südlichen Regionen Brasiliens, Truppenkonzentrationen in den Kasernen stattgefunden, wobei die befehlshabenden Generäle den Offizieren die Bedeutung der Kandidatur von General Figueiredo (Geheimdienstchef) klarzumachen bzw. zu "verkaufen" versuchten. In Rio de Janeiro kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil Offiziere auf zahlreiche Festnahmen von Kollegen hinwiesen , die wegen angeblichem Verstoss gegen das "Heeres-Regiments-Statut" hinter Gitter wanderten. So geschehen mit Oberst Tarcisio Ferreira, der innerhalb eines Jahres zum 2. Mal für mindestens 30 Tage einsitzt. Tatsächlich handelte es sich dabei um die offene Kritik an der Kandidatur Figueiredos, die immer weitere Kreise zieht. Schwierigkeiten haben die Generäle mit der Elite-Kampfgruppe der Fallschirmjäger, die General Hugo Abreu, einem der abtrünnigen Generäle aus dem Oberbefehlsstab und Drahtzieher der Kandidatur Euler Bentes(siehe LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 62), besonders verbunden sind.

Putschgerüchte werden laut, und innerhalb dieser Krise ohne Beispiel musste General Dilermando Gomes Monteiro, Befehlshaber der II. Heeresdivision

37

(zuständig für die "Sicherheit" im Bundesstaat Sao Paulo und Umgebung), öffentlich, in der Presse und im Fernsehen, diesen Putschgerüchten mit einem Dementi entgegentreten.

Die Zerreissprobe nähert sich trotzdem ihrem kritischen Punkt mit dem Franrücken des 15. Oktober, wenn in Brasilia ein "Wahlkollegium", bestehend aus den Kammern des Senats und der Abgeordneten, Geisels Nachfoger "nomminieren" wird.

Wie brasilianische Zeitungen berichten, haben nun die oppositionellen Offiziere die "Kasernen verlassen", und es ist eine breit-angelegte "Anwerbungskampagne" statt, mit dem Ziel, einen größtmöglichen Teil der re gierungstreuen Politiker aus der ARENA herauszubrechen, damit sich das Kräfteverhältnis zugunsten von Euler Bentes noch bis zum 5. Oktobe verschiebt. Dann nämlich, so wurde bekanntgegeben, werden die abtrünnig Politiker der ARENA sich öffentlich zur Unterstützung Euler Bentes bekenen.

Unvergleichlich hoch ist das Prestige Euler Bentes in der Öffentlichkei wo das Meinungsforschungsinstitut "Gallup" festellen musste, daß Euler Bentes bereits im August 35% gegen 34% der Wählerschaft Figueiredos in Sao Paulo auf seiner Seite hatte.

Figueiredos Chancen, von dem genannten Wahlmännerkollegium erfolgreich ernannt zu werden, sind kraft des noch herrschenden Ausnahmezustandes zi lich groß, obwohl auch hier, dank der verblüffenden Naivität und der of fenherzigen und an Absurdität grenzenden Arroganz Figueiredos, Verdruss spürbar wird in dem Bunker der Rechten. Figueiredo hatte schon öfters, seit der Bekanntgabe seines Namens als "Kronprinz" Geisels, keinen Hehl aus seiner Impulsivität und Reizbarkeit bei kritischen Fragen von Journalisten gemacht, wenn er eingestand zu "expludieren"(!), wenn er geärgert werde. Jüngstes "Prachtstück" Figueiredo'scher Ansch aulichkeit, war seine Antwort auf die Frage eines Journalisten, der den General fra te, was dieser denn von den Volksmobilisierungen in seinem Land halte. Figueiredo(der "besessener Pferdenarr" ist): "ICH ZIEHE DEN GERUCH VON PFERDEN DEM GERUCH VON VOLK VOR..."

Die hohe Generalität, die im Oberbefehlsstab die Kandidatur Figueiredos lancierte, ist sich der stetig wachsenden Impopularität bewusst, und es häufen sich Spekulationen über eine "dritte Lösung".

Ein "Tertius" würde im Falle der zunehmenden Radikalisierung beider Kandidaturen und angesichts der wachsenden Mobilisierung an der Basis(Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, Kasermen) die Lösung sein, die Geisel & Co. angeblich anvisieren. Besonders im Gespräch ist Gneral Arie Pacca - Oberbefehlshaber des Heeres.

Neben dieser in Erwägung gezogenen Möglichkeit, einen Ausweg aus der mi litär-politischen Krise zu finden, kam auch wieder die Formel "Verfassur gebende Versammlung mit Geisel" ins Gespräch. Will sagen: durch einen "weißen Putsch" würde Geisel selbst eine neue Amtsperiode von 6 Jahren mit der Verabschiedung seines "Reform-Pa kets" antreten.

Beide Alternativen des Regimes würden sicherlich nicht widerstandslos vor der wachsenden Bewegung dissidenter Offiziere hingenommen. Im Norden und Nordosten des Landes (1/3 der brasilianischen Bevölkerung) verstärkt sic der Einsatz der Militärs für Euler Bentes, der hier jahrzenhntelanges Prestige kraft seiner nationalistischen Einstellung zu Fragen der infrastrukturellen Entwicklung dieser Regionen geniesst.



Figueiredo: "Ich mach's Maul nicht mehr auf. Die sagen, ich sei ein Esel!..."

ARGENTINIEN

Oh, when the saints...

Entgegen mancher trium alistischer Äußerungen von Montonero-Führern in der Einschätzung der VM '78, sind ohne Zweifel die Militärdiktatoren aus der Fußball-WM gestärkt hervorgegangen. In der französischen Zeitschrift Politique Hebdo vom 17. Juli wird ein Interview mit dem Generalsekretär der Peronistischen Montonero-Partei, Mario Eduardo Firmenich, mit der Überschrift eingeführt: "Warum Videla verloren hat." In einer ähnlichen Tonart liegt eine in der Zeitschrift Proceso vom Juli veröffentlichte Unterhaltung mit dem militärischen Chef des Ejército Montonero (Montonero-Heer), Kommandant Horacio Mendizábal, der die politische Relevanz der mehr als 20 militärischen Operationen der Montoneros während der WM '78 überschätzt. Alle Meldungen und Berichte in der Presse oder in persönlichen Gesprächer sind sich darin einig, daß die WM den Militärs erheblichen Nutzen eingebracht hat.

Dieser Erfolg erleichterte den so oft zerstrittenen Fraktionen innerhalb der drei Waffengattungen, die am 31. Juli erfolgte Neuaufteilung der Macht und internen Kompetenzen geschlossen anzugehen. General Videla schied aus dem aktiven Militärdienst und damit aus der Militärjunta aus, um als "Zivilist" das Amt des Präsidenten zu übernehmen. Diese Diskussion um den "4.Mann" zog sich über ein Jahr hin und wurde mit äußerster Heftigkeit zwischen den beiden Hauptkontrahenten Admiral Massera und General Videla bis hin zur Ermordung von persönlichen Mitarbeitern



VIOLA



ausgetragen. Massera nun mußte den Marineoberbefehl und damit die Mitgliedschaft in der dreiköpfigen Militärjunta an seinen Nachfolger, Admiral Lambruschini, am 15. September abtreten. General a.D. Videla wurde in seiner Macht eingeschränkt. Dennoch scheint die Videla-Fraktion insgesamt einen leichten Sieg davongetragen zu haben.

Soweit erkennbar ist das Prinzip der neuen Machtkonstellation, das labile Gleichgewicht zwischen den Militärfraktionen durch Verlagerung von Kompetenzen auf eine größere Zahl von höchsten Offizieren zu festigen. Der Präsident behält zwar die alleinige Befugnis, die Zusammensetzung des Kabinetts zu bestimmen, bei der Ernennung von Provinzgouverneuren oder anderen hohen staatlichen Ämtern ist er jedoch von der Zustimmung der Militärjunta angewiesen. In ihr sitzen nun General Viola als Nachfolger Videlas, Admiral Lambruschini und Luftwaffenbrigadier Agosti, der noch in diesem Jahr seinen Hut nehmen muß. Alle Fragen, die die nationale Sicherheit oder die Entscheidung über Krieg und Frieden betreffen, werden im sog. Comité Militar, bestehend aus Junta und Präsident, entschieden. Als ausführendes Organ ist diesem Militärkomitée der Generalstab der vereinigten Streitkräfte zugeordnet. Die Kontrolle über die Streitkräfte aber liegt nun in den Händen der Stabschefs der drei Waffengattungen.

Nun sind es die 10 höchsten Offiziere, die sich in unterschiedlicher Gewichtung die Macht teilen und argwöhnisch einander kontrollieren werden. Videla selbst ist auf die Funktionen eines Ministerpräsidenten heruntergestuft worden.

Von politischer Öffnung in Richtung Demokratie, wie manche bürgerliche Oppositionspolitiker gehofft hatten, kann indes keine Rede sein. Der inflationäre Gebrauch des Wortes Demokratie in den Ansprachen aller hohen Offiziere, die Beteuerungen, irgendwann zur repräsentativen Demokratie zurückkehren zu wollen, erweisen sich als taktisches Kalkül zur Beschwichtigung der zaghaften widersprüchlichen Menschenrechtskritik der Carter'schen Administration und überzeugen eigentlich nur noch die KP Argentiniens von der demokratischen Aufrichtigkeit der Militärdiktatur. Zuweilen scheint es, als ob die KPA den Abschluß von Handelsverträgen mit den kommunistischen Staaten Osteuropas als einen Sieg der argentinischen Arbeiterklasse interpretieren möchte und die relative Toleranz der Streitkräfte gegenüber den Moskau-Kommunisten als demokratischen Beweis ausgeben will. Da ist es nicht verwunderlich, wenn die UdSSR jede Menschenrechtskritik gegenüber Argentinien in internationalen Organisationen durch ihr Veto zu Fall bringt, wie sich dies wieder einmal auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Genf Mitte September zugetragen hat.

Die Ideologie der Generäle

Die faschistoide Ideologie der argentinischen Generalität hat sich indes nicht gewandelt. Am 29.Mai, dem Tag der Streitkräfte, hielt General Ibérico M. Saint-Jean, der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, die folgende Rede:

Nur die Gottesfürchtigen können in dieser entscheidenen Stunde der Menschheit leben, umgeben von Unbestimmtheiten, Halbwahrheiten and pflichtvergessenen Handlungen.

In einer Welt, in der die systematische Verwirrung schon Verträge benötigt, in der sich blutige Diktaturen als Demokratien bezeichnen, in der das Opfer mit dem Täter verwechselt wird, in der Mord revolutionäre Gerechtigkeit ist, in der terroristische Delinquenten Spezialformationen sind und die Menschenrechte eine politische Farbe annehmen, haben Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und Toleranz gegenüber denen keinen Platz, die unsere Spaltung suchen.

In diesem Kampf werden nur die lebensfähigen Völker überleben. Der Rest wird zu einer Perle mehr im Rosenkranz der Länder werden, die von der kommunistischen Welt unterjocht sind.

Jahrelang lernten wir, daß es in jedem unserer Völker Menschen gab, die wegen ihrer Aufrichtigkeit und reinen Seele ausgenutzt wurden. Es waren die sog. nützlichen Idioten. Heute, auf dieser Höhe des Kampfes, glaube ich an die Existenz der Nützlichen, aber für die Idioten gibt es keinen Platz mehr. Das mächtigste Heer ist auf unserer Seite. Wir können auf die Vernunft, die Tatsachen und die Geschichte verweisen. Es fehlt nur die Stärke des Geistes und ein tiefes nationales Gefühl, um unseren christlichen Lebensinhalt zu verbreiten. Derjenige, der die Freiheit genießen und nutzen will, muß bereit sein, für sie zu kämpfen und sie im Kampf zu erhalten. Derjenige, der sich dazu nicht traut oder nicht dafür kämpfen will, verdient die Versklavung. Solch wichtige Unternehmungen sind nichts für die Kleinmütigen. Diese haben keine weiterführenden Aufgaben. Sie begnügen sich damit, so bequem wie möglich zu leben und die Härten der Opposition zu vermeiden.

Aldo Moro, wie viele andere Opfer, hätten zu ihren Lebzeiten verteidigt werden und nicht erst nach ihrem Tod beweint werden sollen; denn viele der Staatsvertreter, die für seine Seele beteten, beherbergen und beschützen internationale Mörder, die nach dem modernen Lexikon als Terroristen zu bezeichnen sind. Haben die Sozialdemokraten, Christdemokraten, Kommunisten und Eurokommunisten das Recht, sich zu wundern, wenn sie gemeinsame Erklärungen mit den terroristischen Verbrechern Firmenich, Vaca Narvaja, Gelman oder Laguzzi verfassen? Erklärungen, die sie mit blutgefleckten Dollars bezahlen. Haben diejenigen das Recht, sich zu wundern, die uns verurteilen, wenn ihre Informationsquelle die tendenziöse Amnesty International ist, die sich um die Menschenrechte in Argentinien sorgt, aber mit dem Mantel des Schweigens die Gemetzel in Ungarn, der Tschechoslowakei, in Indochina, Angola oder Vietnam bedeken, ihrem Schicksal überlassen, und an die sich heute keiner mehr erinnert?

Welche Maßstäbe werden in der westlichen Welt angewandt? Wir haben das Recht, das zu erfahren! Während wir in internationalen Organisationen Gegenstimmen oder Enthaltungen erhalten, die von Entscheidungen der Regierungen herrühren, die die Hüter des Westens sein wollen, Länder also, die sich schier wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in unserem Land zerreißen, so widmen sich diese Länder in ihrer Gesetzgebung der Legalisierung der Abtreibung! D.h. sie unterdrücken de facto und nach dem Gesetz das elementarste und erste Menschenrecht, das Recht auf Leben, das Recht geboren zu werden, das Recht zu sein.

Diejenigen, die uns vom Ausland her diffamieren und die Niederlage bei einem sportlichen Ereignis uns wünschen oder einen wissenschaftlichen Kongreß mit absurden und fantastischen Geschichten von Völkermord garnieren, kennen uns nicht. Sie wissen nicht, wie schnell wir die Fäden enger ziehen und unseren Geist stählen. Sie wissen nicht, daß wir die Kinder der legendären spanischen Eroberer sind, Kinder der Weite der Pampa, und daß deshalb in uns das Blut freier Menschenfließt.

Diese armen Kläffer wissen nicht, daß sie schlafende Gefühle in der Tiefe unserer Seelen wecken, denn wir sind Kinder eines Vaterlandes, das mit Blut und Tränen errichtet wurde, das keine Grenzen kannte, als es um die Herstellung der Würde des Menschen ging, der mannhaft seine Freiheit auf allen Gebieten verteidigt und seine Liebe dazu in der Sprache von Cervantes besingt."(Proceso Nr.88, 5.7.78, S.11)

x) gemeint sind die Montoneros, die von Perón als peronistische Spezialformationen bezeichnet wurden.

Immer noch Wirtschaftskrise

Wie auch immer die drei Waffengattungen das interne Gleichgewicht wiederhergestellt zu haben scheinen: Es bleibt solange labil, wie die Wirtschaftskrise nicht gelöst ist. Der kurze Boom der WM'78 ist dem traurigen Alltag gewichen. Für 1978 wird wieder mit einem negativen Wachstum von etwa 2 % gerechnet (vgl. LAER VI/34).

		1974			
+ 4,4 aufige Sc	- 1,4	+ 6,5	+ 6,1	+ 3,1	+ 2,7

Im vierten Jahr der Wirtschaftskrise kann die Diktatur nur auf zwei Erfolgszahlen hinweisen: auf den hohen Außenhandelsüberschuß, der für das 1. Halbjahr 1978 1,303 Mio US & ausweist, und auf das gute Ernte-ergebnis der Saison 1977/78, das mit 28,99 Mio t gegenüber der vorangegangenen Saison zwar einen Rückgang von 2,5 Mio t bedeutet, dennoch aber für Argentinien das zweithöchste jemals erzielte Ernteergebnis ist

Schwierig dagegen ist es für die Agraroligarchie, die Rekordernte auf dem Weltmarkt unterzubringen, weil andere führende agrarproduzierende Länder wie Australien und die U.S.A. ebenfalls gute Ernteergebnisse aufweisen können. Ein Trost mag es daher sein, daß die VR China den bedrängten Großgrundbesitzern solidarisch zur Seite steht und erneut unter Beweis stellt, daß es den Befreiungskampf der 3. Welt gegen die beiden Supermächte allseitig und mit lukrativen Handelsabkommen unterstützt. Kurz vor Reisebeginn des Wirtschaftsministers, Industriellen und Großgrundbesitzers Martinez de Hoz in die VR China im Juni dieses Jahres wurde eine Handelsvereinbarung unterzeichnet, in welcher die VR China den argentinischen Landoligarchen die Abnahme von 1 Mio t Mais und Brotweizen bis 1981 garantiert (vgl.Wirtschaftsbericht Lateinamerika der Deutschen Bank, Juli 1978). Schon 1977 stand China mit 871 274 t nach Brasilien an zweiter Stelle der Käuferländer argentinischen Weizens, gefolgt von Polen mit 613 241 t, Marokko, Italien, Rumänien (289 553 t) und der UdSSR (261 857 t) (vgl. Wirtschaftsbericht der Deutschen Überseeischen Bank, März 1978). Daß ein fast einmonatiger Hafenarbeiterstreik im Juli die Verschiffung der Ernteerträge in meist kommunistisch regierte Länder behinderte, mag eine Ironie der Geschichte sein (mehr dazu weiter unten).

Die Ratten verlassen das Schiff

Eine starke Rezession durchläuft weiterhin den Industriesektor, dessen Produktionsziffern in den meisten Branchen nach einer leichten Erholung 1977 (Bruttoindustrieprodukt 1977 = + 3,8 %, 1976 = - 4,7 %) wieder rückläufig sind, so in der Chemie-, Petrochemie-, Plastik-, Gummi-, Papier-, Aluminium-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie. Vor allem die Autoindustrie, die einen Anteil von 10 % am Bruttoindustrieprodukt und von 4 % am Bruttoinlandsprodukt aufweist, ist von einer schweren Krise geschüttelt. Die 11 Kfz-Hersteller (nach Rangfolge) Fiat, Renault, Ford, GM, Chrysler, Peugeot, Citroen, IME, Mercedes, Saab und Deutz teilen sich einen Markt, der sich durch Lohnabbau und Konsumrückgang seit drei Jahren ständig verkleinert.

Luxus-, Mittelklasse- und Kleinwagenmodelle zwischen 1975 und 1977/78

	PKW-Produktionsziffern in Stück und Prozent				
	Luxusmodelle	Mittelklassemodelle	Kleinwagenmodelle		
1975	55.123 / 29,7 %	20.416 / 11,0 %	110.061 / 59,3 %		
1977	60.862 / 36,2 %	18.494 / 11,0 %	88.770 / 52,8 %		
1978 ^{x)}	65.000 / 39,9 %	18.000 / 11,0 %	80.000 / 49,1 %		

x) vorläufige Schätzung

mag dies verdeutlichen:

Demnach erzielten die Autokonzerne nur bei Luxusmodellen eine Marktexpansion 1977 gegenüber 1975. Die Produktion dieser Modelle stieg um 10,4 %. Die Produktion der Mittelklassewagen war dagegen rückläufig (- 9,5 %), die der Kleinwagen sogar stark rückläufig (- 19,5 %). Auch für 1978 hält dieser Trend an. Die Kfz-Produktion wird auf 210 Tsd bis 215 Tsd Einheiten geschätzt (PKW und Nutzfahrzeuge). Dies würde einen Produktionsrückgang von 8,65 % gegenüber dem Vorjahr und von 27 % gegenüber 1973 bedeuten. Das folgende Schaubild zeigt den ständigen Rückgang der Kfz-Produktion seit 1973, dem Jahr mit der höchsten Produktionsziffer:

(in Tsd)	1973	1974	1975	1976	1977	1.Hälfte 1978
PKWs	219,4	212,1	185,6	142,1	168,1	minus 16,4 %
Nutzfahrz.	74,3	74,2	54,3	51,4	67,2	minus 27,9 %
Kfz insges	. 293,7	286,3	240,4	193,5	235,3	
Traktoren	-	24,5	18,8	23,9	25,7	minus 75,5 %

Quellen: LAER, ADEFA, Wirtschaftsberichte Deutsche Bank

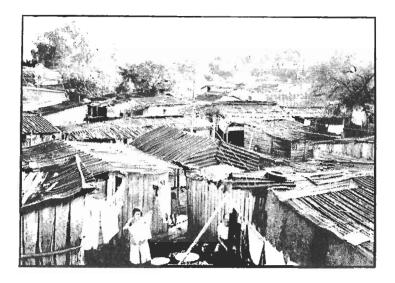
Sichtbarster Ausdruck dieser Situation war die Entscheidung von General Motors Anfang August, die Kfz-Produktion in Argentinien innerhalb von 60 Tagen einzustellen. Der größte Konzern der Welt mit einem Weltumsatz 1977 von 127,6 Mrd DM (SZ, 26.8.78), was dem 26fachen der für 1978 vorgesehenen argentinischen Staatsausgaben entspricht, hält die Marktsituation nicht mehr für attraktiv genug, um eine mindestens 10prozentige Gewinnmarge langfristig zu garantieren.

Die etwa 5.000 GM-Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze. Ihnen wird es kaum möglich sein, in der von Krisen geschüttelten Autoindustrie unterzukommen. Weitere 25.000 Beschäftigte der Zuliefererindustrie werden ein ähnliches Los teilen müssen. Wieder einmal muß Argentinien als dramatisches Schulbeispiel herhalten, um zu zeigen, wie abhängiger Kapitalismus funktioniert.

Als das multinationale Kapital Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre

43

in der argentinischen Autobranche investierte, wurde damit die weit entwickelte nationale Autoindustrie zerstört, wurden tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Wenn dasselbe Kapital seine Investitionen, die in der Zwischenzeit ein zigfaches an Gewinnen erbrachten, wieder abzieht, dann bleibt nur noch ein Trümmerhaufen zurück; Heerscharen von Arbeitslosen, die die Elendsviertel der Großstädte bevölkern.



Für General Motors bedeutet diese Entscheidung keine großen Unkosten; möglicherweise können diese durch einige Sonderschichten bei Opel Rüsselsheim wieder kompensiert werden. Die GM-Filiale in Argentinien hat für das Mutterhaus in Detroit nur einen geringen statistischen Wert hinter dem Komma, etwa daß sich die Beschäftigtenzahl des Weltkonzerns in zwei Monaten um 0,6 % von 840.000 auf 835.000 verringern wird.

Die argentinischen Automobilarbeiter, in der Gewerkschaft SMATA organisiert, die wiederum Mitglied des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) ist, sollten von ihren westdeutschen Kollegen Solidarität erwarten können. In Argentinien werden die gewerkschaftlichen Rechte von der Diktatur geknebelt. Die SMATA steht unter Millitäraufsicht. Das Streikrecht ist abgeschafft worden, Verhandlungen zwischen Arbeitervertretern und Betriebsleitung sind verboten. Der Generalsekretär der SMATA, Rodriguez, ist ins Exil getrieben worden, der Generalsekretär von SMATA-Cordoba, René Salamanca, befindet sich schon über zwei Jahre im Gefängnis. Der gesamte Betriebsrat von GM ist verhaftet oder entführt, gefoltert oder ermordet worden. Hier wäre die so oft beschworene internationale Solidarität der Gewerkschaften einmal in die Fraxis umzusetzen.

GM ist nicht der einzige Multi, der sich aus dem "Argentinien-Geschäft" zurückzieht. Der Schweizer Konzern Motor Columbus hat die Elektrizitäts gesellschaft Italo Argentina de Electricidad, die Groß Buenos Aires mit Strom versorgt, für 93 Mio US & an den argentinischen Staat verkauft. Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, einer der Direktoren dieser Gesellschaft, ist nun eigener Herr im Hause. Ein weiterer Schweizer Konzern, der Aufzugs-Hersteller Flor Otis, bietet seine Firma Otis Elevators in Buenos Aires zum sofortigen Verkauf an.

Es scheint, daß selbst das multinationale Kapital wenig Vertrauen in die argentinische Wirtschaftsentwicklung hat und lieber seine Investitionen in andere lateinamerikanische Länder wie Brasilien, Mexiko oder Venezuela lenkt. In dieser Hinsicht ist das Wirtschaftsmodell der Diktatur, das explizit auf die Interessen der Multis zugeschnitten wurde und in der Kombination von Lohnsenkung, Gewerkschaftsverfolgung und Terror Argentinien zu einem Billiglohnland folterte, gescheitert. Zu einem günstigen Investitionsklima gehört offenbar mehr als politische und ökonomische Unterdrückung. U.a. irritiert der seit 3 1/2 Jahren gehaltene Welthöchststand der Lebenshaltungskosten. Entgegen den Erwartungen des Wirtschaftsministers vom März dieses Jahres von etwa 60 %, lag die Inflationsrate im August bei 177,6 % (1977 = 160,4 %). So jedenfalls beurteilen es auch japanische Großunternehmer. Eine Untersuchungsgruppe des Mitsubishi-Konzerns kam zu dem Ergebnis, daß Argentinien ein für Auslandsinvestitionen wenig attraktives Land ist. Es liegt auf der Attraktivitätsskala am untersten Ende des Minusbereichs (vgl. Denuncia, Mai 1978). 1977 wurden lediglich 20 Mio US & Auslandsinvestitionen für Kapitalanlagen beantragt. 1978 wird einen Investitionsabfluß erbringen.

Kritik aus den eigenen Reihen

Auf dem Anfang September abgehaltenen 2. Industriekongreß der Industriellenvereinigung der Provinz Buenos Aires wurde heftige Kritik am Wirtschaftsminister geäußert. Im Abschlußdokument wird von einem Scheitern der aktuellen Wirtschaftspolitik gesprochen. Des weiteren heißt es dort: Es ist unmöglich, die Produktion aufrecht zu erhalten und die Arbeitsplätze zu sichern, wenn nicht die aktuelle sozio-ökonomische Orientierung grundlegend geändert wird... Entweder werden Maßnahmen ergriffen, um das Steuer herumzureißen, oder unser Produktionsapparat wird von einer äußerst kleinen Gruppe von Spekulanten multinationaler Interessen beherrscht" (La Opinión, 12.9.78).

Aber auch die so lang gehätschelte Agraroligarchie äußert Unzufriedenheit. Die Großgrundbesitzer fordern eine Abwertung des Peso, die dem Inflations ythmus entspricht. So lag die Abwertungsrate in den ersten fünf Monaten bei "nur" 29,2 %, während im gleichen Zeitraum die Preise um 51,9 % stiegen. Dieses Mißverhältnis hätte die Exportgewinne aus Agrarexporten um ca. 40 % vermindert. Aus Protest gegen diese Wechselkurspolitik trat daher der stellvertretende Agrarminister Carlos A. Lanusse, ein äußerst begüterter Großgrundbesitzer, Anfang September zurück (LAER VI/35). Sollte Martinez de Hoz jedoch dieser Forderung nachgeben, hätte dies einen weiteren inflationären Effekt zur Folge. So steht der Wirtschaftsminister zwischen allen Fronten: gehaßt von der Arbeiterklasse, kritisiert von der nationalen Industriebourgeoisie und der Agraroligarchie und verlassen von manchem multinationalen Großunternehmen. Einzig die Finanz- und Grundstücksspekulanten können zufrieden sein. Die aus der Kontrolle geratene Inflationsrate macht Kreditgeschäfte zu einer sicheren und schnellen Bereicherungsquelle. Die Zinsen müssen der Inflationsrate immer um einige Punkte voraus sein. Die Schuldentilgung kann nur auf kurze Zeiträume angelegt sein. Dementsprechend werden die Bankaktien bis zu 350 % ihres Nominalwertes gehandelt, während die Industrieaktien für 10 - 80 % ihres Nominalwertes zu haben sind (vgl.Clarin, 19.8. 78). Ähnliches ist auf dem Boden- und Immobilienmarkt zu beobachten. Auf der Suche nach vor der Inflationsschraube sicheren Anlagemöglichkeiten hat die Bourgeoisie ein "run" auf den Grundstücksmarkt gestartet. Selbst perifere Grundstücke in Groß-Buenos Aires werden heute zu westdeutschen Großstadtpreisen gehandelt.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

* * * *

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Argentinien - Hilfe

Der Hafenarbeiter-Streik vom Juli

Gegen den anhaltenden Lohnverfall ergriffen die Hafenarbeiter von Buenos Aires am 11. Juli Kampfmaßnahmen. Sie forderten eine 100 prozentige Erhöhung der Nachtschicht- und Wochenendvergütung. Ähnliche Forderungen wurden in Rosario, dem zweitgrößten Hafen des Landes, und in Necochea, einem bedeutenden Getreideverschiffungsort im Süden der Provinz Buenos Aires, aufgestellt. Während in Rosario und Necochea der drohende Streik mit der Zahlung von Sondervergütungen durch private Stauereifirmen abgewendet werden konnte, verschärfte sich die Situation in Buenos Aires. Der Juli ist der Hauptmonat der Getreideverschiffung in Argentinien. Mit Dienst nach Vorschrift und der Verweigerung der Nacht- und Wochenendschichten sank die Verladetätigkeit auf 50 % der normalen Hafenkapazität. Mehr als 100 Frachter lagen vor dem Hafen auf Reede und einige Hundert Lastwagen stauten sich an den Hafeneingängen.

Die Exporteure begannen damit, Frachter und Lastwagen nach Montevideo/ Uruguay umzulenken, und die Regierung drohte, den Hafen von Buenos Aires unter Kriegsrecht zu stellen. Um den Bummelstreik der über 10.000 Hafenarbeiter zu brechen, wurden von der Hafenverwaltung 1.500 Arbeitslose für Nachtschichten angeheuert, die Verladung auf andere Häfen umgeleitet.

Mit Überstundenverweigerung solidarisierten sich daraufhin die Hafenarbeiter des gesamten Landes mit ihren Kollegen in Buenos Aires. Mehrere Bombenanschläge der Montoneros verstärkten den Druck auf die Hafenverwaltung. Am 14.7. explodierte eine Bombe in der Wohnung des Hafendirektors, am 15.7. im Hauptgebäude der staatlichen Handelsflotte, und am 17. Juli verursachte ein Anschlag auf die Hafenverwaltung erheblichen Sachschaden. Anfang August wurde der Arbeitskonflikt schließlich beigelegt. Die Hafenverwaltung gab den Forderungen der Hafenarbeiter nach.

Es ist gewiß damit zu rechnen, daß die Streiktätigkeit im Lande in den nächsten Monaten zunehmen wird. Die Fußball-WM konnte nur für kurze Zeit das Elend der Arbeiterklasse übertünchen. Die Diktatur versucht, dies durch Lohnzugeständnisse zu vermeiden. Kurz nach Beendigung des Hafenarbeiterstreiks wurde zunächst einmal der Mindestlohn von 30.000 auf 60.000 Pesos angehoben. Das entspricht 72 US-Dollar nach dem Wechselkurs vom 11.9.78. Nach Schätzungen kann eine Familie mit zwei Kindern damit 10 Tage leben. Wichtiger jedoch ist die Entscheidung der Regierung, den Unternehmen eine größere Flexibilität für Lohnerhöhungen einzuräumen. Ab dem 1. August können die Unternehmer Lohnerhöhungen bis zu 75 % über dem jeweiligen Basislohn geben. Ab April lag die Flexibilitätsspanne bei 35 % plus 10 % bei Produktivitätssteigerung.

Am 11.9. schließlich gab die Regierung eine Lohnerhöhung für die Beschäftigten im staatlichen Sektor von 36% rückwirkend für den 1.9.78 bekannt (La Opinión, 12.9.78). Doch scheinen die Gewerkschaften sich damit nicht zufrieden geben zu wollen. La Fraternidad, die Gewerkschaft der Lokführer, deren ehemaliger Präsident Juan F. Esquerra zusammen mit Rogelio Papagno von der Bauarbeitergewerkschaft nach zwei Jahren milder Haft Anfang August freigelassen worden war, fordert eine Lohnmilder Haft Anfang August freigelassen vorden var, fordert eine Lohnmilder Haft Anfang August freigelassen vorden var, fordert eine Lohnmilder Haft Anfang August freigelassen vorden var, fordert eine Lohnmilder Bo Tsd Pesos (L.Op.12.9.78).

Die Diktatur scheint mit den Rechtsperonisten in einen Dialog treten zu wollen, um damit die Unruhe unter den Arbeitern und die zu erwartenden Streiks verhindern zu können. Nutznießer dieser Doppelstrategie (Lohnzugeständnisse und Dialog mit einigen Rechtsperonisten) waren nicht nur Esquerra und Papagno, der vor dem Putsch stets gute Beziehungen zum Heer pflegte, sohdern auch der Privatgefangene des aus der Militärjunta ausgeschiedenen Marineoberbefehlshabers Massera, Lorenzo Miguel, der skrupellose Chef der mächtigen Metallarbeitergewerkschaft UOM.



Rogelio Papagno



Lorenzo Miguel

Ein Erfolg außenpolitischen Drucks und der internationalen Solidaritätsarbeit dagegen ist das "Wiederauffinden" als verschwunden gemeldeter Personen. Am 12.9. veröffentlichte das Innenministerium in der Tageszeitung La Opinión/Bucnos Aires eine Liste von 139 Namen verschwundener Personen, die damit als offiziell gefangen anerkannt wurden. Schon Anfang August veröffentlichte die Polizei eine Liste von 201 Personen, die in Gefängnissen wiederaufgetaucht seien.

Die westdeutsche Werft Blohm & Voss in Hamburg hat die Ausschreibung zum Bau von 6 Fregatten für die argentinische Kriegsmarine mit einem Wert von 950 Mio US-Dollar gegen starke ausländische Konkurrenz gewonnen (LAER VI/30).

47

Wenn deutsche Demokratie exportiert wird...

"35 argentinische Professoren aus Córdoba - alle ehemalige deutsche Stipendiaten - drückten gestern in einem Brief an den deutschen Konsul in Córdoba "ihr tiefes Gefühl der Frustration und des Mißfallens über die Verbreitung von Informationsmaterial in deutschen Kollegs, in welchem mit groben Fehlern und Entstellungen über die Wirklichkeit in unserem Land berichtet wird". Unter den Unterzeichnern befinden sich Forscher, Universitätsdozenten und besonders angesehene Freiberufliche, die zu Beginn ihrer Laufbahn irgendwann einmal Stipendiaten von deutschen Institutionen wie Alexander von Humboldt-Stiftung, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Heinrich-Hertz- und Konrad-Adenauer-Stiftung waren.

Der Protestbrief an den Konsul wurde durch die Verteilung einer Informationsschrift in den deutschen Schulen vor der Fußball-Weltmeisterschaft motiviert. In dieser Schrift stand u.a.:

"Das gesamte Land gehört praktisch reichen Familien, deren Einfluß fast unbegrenzt ist und deren Privilegien mit allen Mitteln verteidigt werden." (Clarin, 23.8.78)

SOLIDARITÄT

Freiheit für Nahuel Moreno

Wie mehrere brasilianische Tageszeitungen berichteten, verhaftete am 22.8.78 die DEOPS, die brasilianische politische Polizei, 22 sozialistische politische Aktivisten. 19 von ihnen gehören der brasilianischen Convergencia Socialista an, eine in Brasilien legal auftretende politische Strömung, deren Ziele die Wiedereinführung der Demokratie, die Einhaltung der Menschenrechte und der Aufbau einer sozialistischen Partei u.a. sind.

Die anderen drei Verhafteten sind bekannte ausländische trotzkistische Führer: Antonio Sa Leal, Mitglied der Revolutionären Arbeiterpartei Portugals (PRT), Hugo Bressano und seine Frau Rita Strasberg de Bressano von der argentinischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PST). Hugo Bressano, bekannt unter dem Namen NAHUEL MORENO, ist Mitbegründer der PST und ihr Chefideologe. Moreno ist durch seine zahlreichen theoretischen Arbeiten bekannt geworden.

Ein Mitglied der UNO, das ihn im Gefängnis besuchte, versicherte, daß die brasilianische Regierung das argentinische Ehepaar nicht an Argentinien ausliefern werde. Die Erfahrungen mit der Militärdiktatur Brasiliens zeigen jedoch (siehe oben), daß der Versicherung der Regierung nicht unbedingt Glauben geschenkt werden kann. Bis zu ihrer Freilassung schweben NAHUEL MORENO und seine Frau RITA STRASBERG in Lebensgefahr.

Die spanische Sozialistische Partei P.S.O.E. und die portugiesische PRT haben dazu aufgerufen, sich auf internationaler Ebene für Leben und Freiheit der verhafteten Politiker einzusetzen.

Freiheit für Norberto Habegger

Am 23.August 1978 fand in Mexiko City eine Pressekonferenz statt, zu der Frau Florinda de Habegger eingeladen hatte. Frau Habegger bestätigte dabei, daß ihr Mann, NORBERTO HABEGGER, Journalist und Sekretär des Politischen Zweiges des Movimiento Peronista Montonero, in Brasilien offenbar vom argentinischen Geheimdienst entführt wurde und seitdem verschwunden ist. Nach Meinung von Frau de Habegger muß ihr Mann zwischen dem 3. und dem 5. August in Rio de Janeiro verschleppt worden sein. Habegger befand sich zu der Zeit in Brasilien auf der Durchreise, um Solidaritätsaktivitäten zu organisieren.

Die Pressekonferenz wurde vom Vorsitzenden des Lateinamerikanischen Journalistenverbandes geleitet, der die Verfolgung von Journalisten und die gute Zusammenarbeit der Geheimdienste der Militärdiktaturen bei der Verschleppung von Personen anprangerte. Die Verschleppung Habeggers ist der erste bekannt gewordene Fall eines Argentiniers, der auf brasilianischem Staatsgebiet verhaftet wurde.

Presseerklärung

Kontakt: Rainer Kursch Schützenstr. 14 4100 Duisburg 11 41 Duisburg 11

9. August 1978

Am 29. März 1978 entrollten wir in der 80. Minute des Europacupspiels zwischen dem VFL Borussia Mönchengladbach und dem 1.FC Liverpool ein Transparent mit der Aufschrift ARGENTINA '78 - FUSSBALL JA FOLTER NEIN.

Daraufhin reagiert jetzt der VFL B.Mönchengladbach am 10. Juli mit einer Zivilklage beim Amtsgericht Düsseldorf. Der europäische Fußballverband UEFA hatte den Verein B. Mönchengladbach mit einer Geldstrafe von 2.000 Schweizer Franken (umgerechnet DM 2.300) belegt. Diese Strafe will der Verein durch Gerichtsbeschluß auf uns abwalzen.

Tatsache ist: Das Europacupspiel wurde durch unsere Demonstration weder unterbrochen noch gestört. Es ist bei Bundesliga- und Europacupspielen oft zu beobachten, daß Vereinsanhänger mit Fahnen auf das Spielfeld laufen. Diese Fußballfans werden in der Regel nicht bestraft.

Man muß daher annehmen, daß die relativ hohe Geldstrafe unserer politischen Spielfeldiemonstration die Einschränkung demokratischer Rechte zum Ziel haben soll.

Wir werder so etwas nicht stillschweigend hinnehmen. Es wird im September zu einem Prozeß kommen, und wir werden weiter darüber berichten.

Bitte solidarisiert euch mit uns. Richtet Protestschreiben an den Verein Borussia Mönchengladbach Böckelstr. 165

4050 Mönchengladbach

(Vgl. dazu: Lateinamerika Nachrichten 59 vom 4.5.78, S.29/30)

BOLIVIEN

Frist für die Formierung der Rechten

Der Putsch des "Kronprinzen"

Die zwei Wochen nach.den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 9. Juli 1978 hatten ein fast operettenhaftes Gepräge. Höhepunkt dieser Wochen war der Putsch des Banzer-Zöglings, des Generals Pereda Asbun gegen seinen militärischer und politischen Ziehvater. Der Putsch vom 21. Juli kam für alle politischen Beobachter völlig unerwartet, da Pereda noch am 19. Juli bei der Wahlkommission die Annullierung der an-Beblich von ihm gewonnenen Wahlen und die Abhaltung von Neuwahlen gefordert hatte.

Dieser für bolivianische Verhältnisse ungewöhnlich unblutige Putsch lief ziemlich reibungslos über die Bühne und nach 50 Stunden mußte Banzer seinen in fast sieben Jahren zäh verteidigten Präsidentensessel

Noch am Mittwoch nechmittag (19.7.) hatten Banzer und Pereda eine lange Unterredung Mehabt. Fünf Stunden später stand Pereda an der Spitze seiner putschenden Truppeneinheiten in St. Cruz. der traditionellen Hochburg der reaktionären Kräfte Boliviens und Ausgangspunkt schon des Banzer-Putsches vom 21.8.1971 .

Nachdem Pereda Santa Cruz militärisch besetzt hatte und die gesamten in La Paz stationierton Luftwaffeneinheiten seinem Befehl Molge geleistet hatten, nach Santa Cruz zu fliegen, war er für den entscheidenden Schlag gegen Banzer gerüstet. In seiner ersten Stellungnahme in Santa Cruz begründete er seinen Putsch mit der Notwendigkeit. "Bolivien aus den Krallen des internationalen Kommunismus und Extremismus zu retten". die in der Gestalt der UDP von Siles Zuaze die Macht durch einen "kalten Putsch" übernehmen wollten.



Erneut wurden am 21. 7. die Straßen der wichtigsten Städte Boliviens von Panzern und Soldaten besetzt.

Im Laufe des 21. Juli schlugen sich die meisten Einheiten auf Feredas Seite, so daß an diesem Preitagnachmittag nur noch ein Teil der Garnisonen in La Paz auf Seiten von Banzer stand. In einer Radio- und Pernsehansprache am Preitagmittag verlangte Banzer von Pereda, seine putschistische Haltung aufzugeten, und versprach gleichzeitig, den nationalistischen Kurs einzuhalten und zu vertiefen. Banzer schickte drei seiner wichtigsten Mitarbeiter nach Santa Cruz zu Verhandlungen, die sich nur noch von der Härte und Unnachgiebigkeit Peredas überzeugen konnten.

Nach der Kückkehr der drei Banzer-Beauftragten hielt Pereda bereits in Sonta Cruz eine Rundfunkansprache, in der er sich als neuer Präsident Boliviens bezeichnete.

Um 19 Ühr hielt Banzer eine erneute Ansprache, in der er seinen Rücktritt bekanntgab. Gleichzeitig übergab er die Macht an eine Militärjunta, die ihrerseits die Macht wenige Stunden später an den inzwischen angereisten General Pereda Asbun übergab.



Zutiefst vom Verrat seiner Waffenbrüder betroffen, konnte Banzer die Tränen beim Abschied nicht zurückhalten.



Die Auswirkungen der gefälschten Wahlen

Wie schon in LM 62 berichtet, konnte Pereda trotz massiver Wahlmanipalationen nicht die absolute Mehrheit hinter sich vereinigen, so daß der nächste Präsident hätte vom Kongreß gewählt werden müssen, in dem die Opposition gegen Banzer die Mehrheit hatte.

Die Wahlmanipulationen der Neglerung zugunsten Peredas weren noch gröber und plumper als ursprünglich angenommen: So wurden zum Beispiel 756 neue

Wahllokale bekanntgegeben und legalisiert, von denen die Opposition nichts wußte und zu denen sie keine Stimmzettel bringen konnte. Auf dem Land erreichte der Jahlschwindel schon groteske Züge. So wurden in Huntajata, einem kleinen Dorf am Ufer des Titionca-Sees, das eine direkte Straßenverbindung nach La Paz hat, ohne einleuchtende Erklärung die Wahlurnen von Offizieren der Larine abgeholt, um sie in die Hauptstadt zu bringen. Die Wahlurnen wurden auf ein Patrouillenboot aufgeladen, und noch nach Tagen konnten die Touristen die orangegefärbten Stimmzettel der Oppositionsliste der PUDP auf den blauen Wellen des Titicaca-Sees schwimmen sehen.

Als die Ergebnisse in den Städten deutlich eine Niederlage des Regierungskandidaten ankündigten, unternahm die Wahlfälschungsmaschinerie der Regierung verzweifelte Versuche, um Poreda noch die absolute Mehrheit zu sichern. So wurden in Potosi, wo die PUDP die Mehrheit der Stimmen hintersich vereinigen konnte, wegen angeblicher Übertragungs-irrtümer die Ergebnisse der FUDP um 15 % nach unten gedrückt und dafür die von Pereda um 200 % aufgestockt, was zum "Sieg" Peredas in diesem Departement führte.



Die Führende Mitglieder der oppositionellen FUDP Hernan Siles Zuazo (MNRI) und Artonio Aranibar (MIR) bei der Pressekonferenz in der Sie die Anullierung der Wahlen forderten.

Am Ende proklamierte die Wahlkommission den Sieg Peredas mit 51 % der Stimmen. Die Presse Boliviens hob jedoch helvor , daß eine Addition der Zahlen der Wahlkommission selbst zeigt, daß ganze 102,5 % der Wahlberechtigten an den Wahlen teilgenommen hätten!

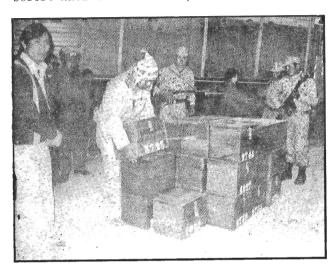
Die ganzen zehn Tage der Erinmehaussählung waren von Veröffentlichungen der Opposition über Wahlfälschungen der Regierung begleitet geweson. Auf die Vorwürfe der internationalen Beobachter reagierte die Regierung in allen Med-ien mit Verleumdungen. Unter anderem wurde die groteske Behauptung aufgestellt, Witty Brandt als Chef der Sobialistischen Internationalen habe 1,8 Millionen Dollar an den bolivianischen MIM gegeben, damit dieser seinerseite die ausländischen Wahlbeobachter von Pax Romana, vom englächen Parlament, vom Meltkirchenrat, von der Gesellschaft für Menschenrechte und von einem Hitgelied des Verfossungsgerichtes in Mordthein-Testfalen Lectächen.

Die gesamte Opposition stellte sich schützend vor die ausländischen Beobachter und der MTR dementierte jene Behauptung einer Unterstützung durch die Sozialistische Internationale. Um den tatsächlichen Sieg der Opposition an den Wahlurnen zu verteidigen, trat der Präsidentschaftskandidat der UDP, Dr. Hernan (iles Zuazo, am is Juli in den Hungerstreik; auch die Haltung der übrigen Opposition war geschlossen. In diesem Zusammaenhang unterlief Benzer ein interessanter Versprecher. In einer Rede sagte er: " Die Regierung hat mit dem Wahlbetrug nichts zu tun - Malle es einen gibt..."

Ein Familienkrach und seine Hintergründe

Am 19.Juli wurde wurde Pereda zum kegietungspalest bestellt und dort kamen Banzer und Pereda zu folgender Übereinkunft: Pereda sollte vor der Wahlkommission um die Annullierung der Wahlen "angesichts der massiven Wahlfälschungen durch die Opposition" (!) bitten. Dafür sollte Banzer gleichzeitig zurücktreten und die Macht an eine Junta abtreten; neue Wahlen sollten kurze Zeit danach stattfinden.

Eine Stunde nachdem die Wahlkommission der Bitte Peredas stattgegeben hatte, gab Siles Zuazo seinem Hungerstreik auf: Banzer aber gab in einer Fernsehrede bekonnt, daß er erst am 6.August die Macht an eine Junta abgeben würde. Pereda sah sich getäuscht und betrogen und vlog sofort nach Santa Cruz ab, um seine Machtergreifung einzuleiten.



Die Armee sorgte dafür, daß die "richtigen" Wahlurnen unbeschädigt ankamen.

Der Hauptgrund dafür, daß Banzer gegen die Abmachung mit Pereda verstieß, bestand darin, daß Banzer aus der für die erste Augustwoche fällige Militärversammlung der Kommandierenden der größten Einheiten in La Paz gestärkt gegen seine Widersacher in den eigenen Reihen hervorgehen wollte. Diese Widersacher waren es gewesen, die ihn Anfang Dezember 1977 gezwungen hatten, von einer Kandidatur für die Präsidentschaft abzuschen.

Diese Niederlage war die erste von Seiten dieser Gruppe, die Banzer zu erleiden hatte, - und es sollte nicht die lotzte sein. Die zweite Niederlage Banzers innerhalb der Armee wurde ihm Mitte Mürz 1973 beigebracht, als er auf Grund der Nötigung der Mehrheit der Offiziere gezwungen wurde, die von ihm selbst einige Jahre zuvor wiederaufgenommenen Beziehungen mit Chile abzubrechen.

Mitte Bärz - gebon mitten im Wankampf - vergehiechtetten alen auch geine Beziehungen zu Pereda, was damais gebon von der Zeitschrift Bo-livin Litre bekanntgegeben wurde. Damals strich Banzer einen Großteil des Geloot jas die Regiorung für den Wahlkampf Feredas bereitgestellt autte. Kurz danden fand die "Vereamming der Kommandierenden der großen und kleinen Einheiten" in La Paz statt, wo Banzer vorschlug, den Konstitutionslinderungsproseß aufzuhalten und die Wehlen zu vorschleben. Dabei stieß er auf massiver Widerstand von jüngeren Offizieren, die hinter Pereda standen, unter diesen auch der heutige Innenminister Rico Toro.

Bim Rücktritt Banzers gleichzeitig mit der Annullierung der Wahlen hütte für Banzer auch eine im politischen Leben außerhalt der Kadernen schwere Niederlage bedoutet. Denn ein roloher Schritt hütte ein Gedtündnic
geiner Verwicklungen in den Wanlbetrug Ledeutet.



Die von Banzer eingesetzte Militär-Junta dankte zwei Stunden später ab.

Eine Überreaktion des "Milchtopfs"

Der bei Banzer durchaus nicht ungewöhnliche Verrat gegenüber engen Verbündeten (Fall seines Ex-Innenministers Selich 1972, Victor Paz 1974, Mario Gutierrez 1977) trachte diesmal das Maß zum Überlaufen. Pereda ist in tolivien unter anderem als Milchtopf bekannt, der auch bei kleiner Erhitzung sofort überquillt. Er schritt sofort zum Putsch, ohne sich politisch abzusichern. So sind zum Beispiel die Angehörigen der US-Botschaft zum ersten Mal seit vielen Jahren nicht im voraus angewiesen worden, Vorräte zu horten. So wurde auch die Bourgeoisie von La Paz von dem Putsch überrascht.

Die Unterstützung holte sich Pereda in erster Linie aus den Kreisen der Agrarbourgecisie in Santa Cruz mit dem Hauptversprechen ,die Linke zu vernichten. Von Anfang an standen hinter Pereda die in Santa Cruz starken Schnuggler (nach neuesten Angaben soll die in einem Jahr in Bolivien eingeführte Schnuggelware die immense Höhe von 113 Millionen Dollar erreicht haben!), die Viehzüchter und die Falange. Dieselten Gruppen: rauften sich nach dem erfolgreichen Putsch auch heftig um die Staatspfründe. Die kegierung verschaffte den Viehzüchtern als Sold für ihre Unterstützung eine ansehnliche Erhöhung des Fleischpreises. Pereda konnte sich auch in Santa Cruz am stürksten fühlen, da er dort militärisch auf die Unterstützung seiner ehemaligen Kamaraden und Kadetten zählen konnte. Politisch konnte er die Unzufriedenheit der Bourgeoisie mit der Konstitutionalisierung und der wirtschaftlichen Rezension, die sich im Agrarsektor zuerst bemerkbar gemacht hat, ausnutzen.

54

Die Nacht der weinenden Generäle



Als Banzer das Regierungs-Palast verließ, floßen kräftige Krokodilstränen.

Peredas erste Amtshandlung war die Absetzung jener Junta, die ihm de Macht übertragen hatte und ihre Entlassung als Oberkommandierende der drei Waffengettungen. In den darauf folgenden Tagen wurden alle wichtigen Positionen in der Armee und Polizei ausgewechselt. Die Neubesetzung mit Männern der harten Linie deutete noch darauf hin, daß Pereda sein politisches Versprechen zu erfüllen gedachte. Dazu gehötte die Einstellung von Oberstleutnant Rico Toro als Innenminister, der durch seine extrem rechte Position allgemein bekannt ist. Schon unter General Ovando zeichnete er sich durch seine militanten Aktionen gegen die linken Organisationen und die Universitätsstudenten aus.

Banzer und etliche seiner engsten Mitarbeiter zeigten sich von ihrem erzwungenen Rücktritt sehr gerührt. Vor der Öffentlichkeit vergossen sie heiße Abschiedstränen. Man spricht von der "Nacht der weinenden Generäle".

In Erwartung eines großen repressiven Schlages gingen die Linken sofort nach dem Putsch und der Ernennung Rico Toros zum Innenminister in den Untergrund.

Politik der weichen Handschuhe

Diese Repressionswelle blieb jedoch aus, da die Zustimmung der USA zu der Putschregierung noch fehlte und die US-Regierung - wie selten zuvor inn den gemeinsamen Beziehungen - ihre Anerkennung nicht sofort aussprach. Die fehlende innere und außenpolitische Unterstützung zwang die Regierung zu einer vorsichtigen Haltung gegenüber der Opposition. Dies zeigte sich in der Freilassung von 135 politischen Gefangenen.

Der Plan Peredas, eine Art Parlament auf Grund der gefälschten Wahlergebnisse zu schaffen , wurde vereitelt. Pereda versuchte auch, mit den Parteien in ein Gespräch zu kommen, um eine "Regierung der nationalen Konzentration" zu schaffen, was aber auf allen Seiten auf Ablehnung stieß.

55

Ja die Amerannung des Auslandes, tesonders der USA, zu erringen, fing Pereda an, versommiche Töne gegenüber seinen erklärten Gegnern anzuschlagen. Der erreichte Organisationegrad der Opposition zwang ihn, eine Politik der welchen Handschuhe" einzuleiten. So wurde zum Beispiel der Ausnahmezustand, das Staatssicherheitsgesetz sowie die zivike Dienstpflicht aufgehoben – alles Gesetze, die in den letzten Jahren die juristische Fassade für die diktatorischen Regimes gebildet hatten.

rerêde errong seinen ersten innenpolitischen Sieg am 1. August, als er eine Verschiebung der ursprünglich für Anfang August geplanten Militärversammlung durchsetzte und damit Zeit gewann, um seine Position im Militär durch mundreisen und so weiter zu konsolidieren.

Wenigo Tage später wurde Peredas Regierung von den USA anerkannt. Am C. August hielt Pereda seine lang erwartete Rede, in der er Wahlen für 1980 versprach. Die gecamte Opposition antwortete darauf mit der Forderung, die Wahlen im ersten Halbjahr 1979 abzuhalten. Sie setze Pereda eine Prist bis zum S. September, einen Termin für die Wahlen in den nächsten sechs Monaten zu bestimmen. Pereda versuchte nun, auf Zeit zu spielen.

Nach seinen Aussagen wünscht Pereda, das Wahlgesetz zu revidieren (wie das bleibt umklar), ferner verlangt er die Neuorganisation der Parteien auf "nationalistischer Basis", welche sogar ihre Mitgliederlieten verzuweisen hätten, und "Jahlen "ohne Finmischung" durch ausländische Beobachter.

In seinem politischen Kalkül muß Pereda in den nächsten Wochen mit Kolgenden schwer wügbaren Faktoren rechnen:

Banzer arbeitet an einem Comeback und dabei läßt er sich öfter demostrativ in La Paz , Santa Cruz und Trinidad blicken und gibt öfter politische Erklärungen ab.

Ein andere: Baktor ist der anscheinend starke Drang in der Armee, sich

Der gewichtigste Faktor ist aber das zunehmende politische Gewicht der UDP in Bolivien, was sich unter anderem in einem überwältigenden Wahlsieg (56 %) der UDP an der Universität zeigte. Nach letzte Meldungen aus Bolivien sollen die Wahlen deswegen doch noch vorverlegt werden.

Voraussetzung dafür wäre aber in den Augen der Regierung die Schaffung eines vereinten und starken Rechtsblocks, um der UDP das Gewinnen der Wahlen streitig zu machen.

Die Konfrontationen stehen noch aus

Die Zinnpreise haben in den letzten Wochen alle Rækorde gebrochen und sind auf 6,0 Dollar pro Pfund gestiegen. Entsprechend forderten die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung, die die Regierung aber mit der Bitte weiterzuverhandeln zurückwies. Die Gewerkschaft, der Bergarbeiter hat auf diese Zurückweisung noch keine Antwort gegeben. Der bereits fällige Kongreß des Dachgewerkschaftsverbandes COB hat immer noch nicht stattgefunden. Die verschobene Versammlung der Oberkommandierenden der Armeeeinheiten läßt auch auf sich warten.

Dies sind Beispiele für die jetzige Situation in Bolivien, wo alle sich auf etwas vorbereiten, ohne schon zum großen Schlag auszuholen.

Bisher hat die Linke mit ihren erfolgreichen Bemühungen um Geschlossenheit die besseren Lehren aus der bolivianischen, und **besonders aus** ihrer eigenen Geschichte gezogen. Sollte es der Rechten nicht gelingen, ein starkes Wahlbündnis zu schließen, werden die derzeit herrschenden Militärs kaum grünes Licht für Neuwahlen geben.

So ist die politische Situation in Bolivien im Augenblick sehr offen, - die nicht auszuschlicßende Alternative zu baldigen Neuwahlen wäre eine erneute Repressionswelle der harten Militärs, zu denen ja gewiß Pereda und Rico Toro zu zählen sind.

ECUADOR

Manipulation der Wahlen

Nach Bekanntwerden des spektakulaeren Wahlbetruges in Bolivien beeilten sich die ecuatorianischen Militaers zu versichern, dass sie in Ecuador fuer rechtmaessig ablaufende Wahlen garantieren wuerden. Zwar kann man in Ecuador nicht von einem offenen Wahlbetrug à la Bolivien sprechen, wo Urnen mit 99% der Stimmen zugunsten des Banzer-Kandidaten Pereda vorbereitet wurden, da in Ecuador die Wahlmanipulation ex-post durch das "legale" Mittel der Ueberpruefung aller abgegebenen Stimmzettel durch das Oberste Wahltribunal (Tribunal Supremo Electoral) erfolgt, und die Stimmzettel zum Teil ganzer Distrikte oder z.B. der Provinz Cotopaxi ungueltig gemacht werden, um damit die Wahlergebnisse zugunsten der Bourgeoisie-Kandidaten zu ändern.

Die Praesidentschaftskandidaten Ecuadors waren folgende: Sixto Durán Ballén fuer die Konstitutionalistische Front, (FC) in der die Konservative Partei u.a. koaliert; Raúl Clemente Huerta der Nationalen Demokratischen Union, (UNC) mit Einschluss der Liberalen Partei; Jaime Roldós Aguilera von der populistischen Konzentration, (CFP) René Mauge der Breiten Linksfront unter Einschluss der KP; (FADI) Rodrigo Borja von der Demokratischen Linken, von der deutschen SPD unterstuetzt, (ID) und Abdón Calderón von der Radikalen Alfaristischen Front. (FRA) Von diesen sechs Kandidaten schienen nach in den Massenmedien veroeffentlichten Umfragen nur zwei ein Chance zu haben, in den zweiten Wahlgang zu kommen; naemlich die beiden Kandidaten der Bourgeoisie, Durán und Huerta. Die Umfragen machten deutlich, dass ein zweiter Wahlgang unerlaesslich sein werde, da beide Kandidaten nur wenig ueber 20% der Stimmen jeweils auf sich vereinen konnten. Kurz vor den Wahlen stieg jedoch allmaehlich der Stimmenanteil des Populismus-Kandidaten Roldós an, ueberfluegelte aber noch nicht den Anteil der beiden anderen. Roldős, der mit einer Nichte des wegen seiner libanesischen Abstammung von der Kandidatur ausgeschlossenen Asaad Bucarams verheiratet ist, trat erst Anfang des Jahres an die Stelle Bucarams und konnte trotz seiner vorherigen politischen Unbekanntheit in kurzer Zeit mehr Stimmen als Bucaram erzielen. Abgesehen davon, dass die in den Massenmedien veroeffentlichten Umfragen sich meist nur auf die beiden grossen Staedte Quito und Guayaquil beschraenkten und daher kein genaues Bild ueber den moeglichen Wahlausgang liefern konnten, ist auch an die Moeglichkeit zu denken, dass mittels dieser Prognosen, die eindeutig Durán und Huerta favorisierten, die Wahlen zu deren Gunsten beeinflusst werden sollten. Wie anders ist es z.B. zu erklaeren, dass von dem Gallup-Institut durchgefuehrte Umfragen, die im Auftrag der Regierung erfolgten, nicht veroeffentlicht wurden.

57

Auch wenn also sich kurz vor den Wahlen ein Stimmenzuwachs fuer den Populismus-Kandidaten Roldos abzeichnete, kam das Wahlresultat, das ihn mit einem Vorsprung von fast 10% gegenueber den vorher beiden favorisierten Kandidaten Huerta und Duran aus der ersten Wahlrunde hervorgehen liess, fuer alle ueberraschend. Die nach den Wahlen am 16.Juli veroeffentlichten inoffiziellen Wahlergebnisse (inoffiziell, da sie noch der Auszaehlung durch das Wahltribunal bedurften) zeigten folgendes Ergebnis: Roldós: 31%, Durán: 23%, Huerta: 22%, Borja: 11%, Calderón: 9% und Mauge: 5%. An einen Wahlsieg des von der deutschen Sozialdemokratie finanzierten Kandidaten Rodrigo Borja, wie ihn die Frankfurte Allgemeine Zeitung zwei Tage vor den Wahlen prophezeite, die ansonsten der Sozialistischen Internationale sicherlich nicht wohlgesonnen ist, war in Ecuador nicht zu denken. Die Unterstuetzung durch die FAZ fuer Borja macht vielmehr deutlich, dass er im ecuatorianischen Spektrum eine wesentlich rechtere Position einnimmt als die ecuatorianische Christdemokratie. Borja erhaelt ausschliesslich von den Mittelschichten der Hauptstadt ei-

ne Unterstuetzung, die ihn zumindest in der Provinz Pichincha

(Quito) an die erste Stelle gerueckt hat, ausserhalb dieser

Region und der Mittelschichten ist sein Einfluss fast Null.

Der Populismus bleibt weiter stark

Die Wahiprognosen hatten zu der Auffassung beigetragen, dass der in Ecuador stark verwurzelte Populismus, der insgesamt fuenf Regierungen Velascos hervorgebracht hatte, im Verschwinden begriffen sei, die Wahlen belehrten eines Besseren. Allerdings ist es richtig, dass zumindest im Augenblick der Velasquismus an Einfluss verloren hat, der stark an die Person des im Exil lebenden Velasco gebunden ist. Aber nicht nur die Tatsache, dass Velasco im Exil lebt, hat seinen Einfluss verringern lassen, sondern vielmehr die Spaltung innerhalb des Velasquismus. So gab Velasco von Buenos Aires aus die Empfehlungwie schon beim Referendum-die Wahlen zu annu Lieren, waehrend eine andere Fraktion zur Unterstuetzung des konservativen Kandidaten Durán aufrief, wodurch die Velasco-Anhaenger mehr als verwirrt waren und nicht zuletzt daher dem anderen Populismus-Kandidaten, der zumindest mit einem links-populistischen Programm antritt im Gegensatz zu dem Rechts-Populismus Velascos, ihre Stimme gaben.



Der Wahlsieg Roldós' kam ueberraschend, da er nicht nur in den traditionellen CFP-Provinzen der Costa - vor allem in den Elendsvierteln der Hafenstadt Guayaquil, wo fast die Haelfte der Guayaquiler Bevoelkerung lebt-, sondern auch in den Sierra-Provinzen erhebliche Stimmengewinne verzeichnen konnte. Sogar in der Provinz Pichincha lag Roldós an zweiter Stelle, weit vor dem ehemaligen, langjaehrigen Bürgermeister Quitos, Sixto Durán Ballén, der in der Sierra ueber die totale Unterstuetzung des Klerus und den Rueckhalt der Militaers verfuegt, und deshalb zumindest in dieser Provinz auf einen eindeutigen Wahlsieg gehofft hatte. Aber auch hier gelang es Roldós, grosse Unterstuetzung in kurzer Zeit zu erreichen, indem er in vielen Doerfern der Sierra Wahlpropaganda betrieb.

Diese unerwartete Staerkung des Populismus versucht nun das Hoechste Wahltribunal durch die Auszaehlung der Stimmen, d.h. die damit verbundene Anerkennung oder Anulierung der Stimmen, auf seine Weise zu'korrigieren', damit das Wahlergebnis den Wuenschen der Bourgeoisie entspricht. Roldos und die mit ihm verbuendeten Christdemokraten sind naemlich mit einem Regierungsprogramm angetreten, dass der ecuatorianischen Bourgeoisie wegen seiner Nationalisierungsabsichten und Kontrolle des Kapitals nicht angenehm sein wird.

Das Wahltribunal hat nun folgende 'legale' Vorgehensweise fuer seine Korrektur des Wahlergebnisses erlassen. Nachdem die Stimmzettel durch Hochrechnungen kurz nach der Wahl 'inoffiziell' ausgezaehlt wurden, behielt sich das Wahltribunal die Anerkennung jedes einzelnen Stimmzettels vor und damit die Festsetzung des endgueltigen Wahlergebnisses des ersten Wahlganges, wodurch die beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, fuer den zweiten Wahlgang festgesetzt werden.

Allgemein interpretierte man das Verfahren der Ueberpruefung aller Stimmzettel als Verzoegerungstaktik, um zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang mehr Zeit zu gewinnen, damit der von den Militaers favorisierte Kandidat Durán seine Wahlkampagne besser reorganisieren koenne.

Eine andere Interpretation nahm an, dass das Wahltribunal durch die Auszaehlung der Stimmen den Kandidaten fuer den zweiten Platz bestimmen wuerde, d.h. das Ergebnis in der Richtung zu manipulieren, dass der Kandidat der Liberalen, Clemente Huerta, der mit nur einem Prozentpunkt Abstand zum Kandidaten Durán auf dem 3.Platz lag, auf den zweiten gehievt werden sollte, da ihm mehr Chancen gegeben werden, gegen den Populismus-Kandidaten Roldós anzutreten und eventuell doch noch als erster aus der zweiten Wahlrunde hervorzugehen.

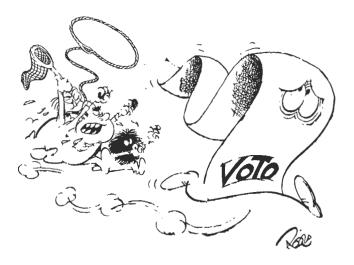
Die tatsaechliche Praktik des Hoechsten Wahltribunals uebertraf jeoch alle Erwartungen. Mit den fadenscheinigsten Begruendungen werden taeglich Stimmen ganzer Bezirke ungueltig gemacht, ohne an eine Wiederholung der Wahlen in diesen Bezirken zu denken. Obwohl das Wahlgesetz ausdruecklich die Normen fuer die Annulierung der Stimmzettel festlegt, bemueht sich das Tribunal staendig um neue Ausreden fuer die Anulierung. So seien z.B. die Stimmzettel nicht in von dem Praesidenten des Wahltisches unterschriebenen Umschlaegen ueberreicht worden oder der Regen habe die Stimmzettel beschaedigt. 'Merkwuerdigerweise' beeintraechtigte das Ungueltigmachen von bisher 100.000 Stimmen fast ausschliesslich den CFP-Kandidaten Roldós, so dass nach den jetzigen Auszaehlungen, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind, die Platzierung der Kandidaten folgende ist: hatte Huerta

59

bei den 'inoffiziellen' Ergebnissen Platz drei eingenommen, liegt er ploetzlich auf dem ersten, waehrend man den frueheren Sieger der ersten Wahlrunde Roldős auf den dritten Platz manoevriert hat, womit er eventuell aus der zweiten Wahlrunde ausgeschlossen wird.

Es scheint sich also in Ecuador ebenso wie in Bolivien um einen Wahlschwindel zu handeln, trotz aller vorher abgegebenen Beteuerungen ueber die "Respektierung des Volkswillens". Jedoch hatte
Ecuador nach den Vorgaengen in Bolivien, das aufgrund der Offensichtlichkeit des Wahlbetruges eine Annullierung der Wahlen anerkennen musste, sich zu einer 'vornehmeren' Methode der Manipulation entschlossen. Man vermied die allzu brutale Vorgehensweise, nur Stimmzettel des Favoriten auszulegen wie im Fall Peredas, nicht zuletzt weil in Ecuador die Fraqe des Favoriten
der Bourgeoisie nicht so eindeutig geklaert ist. Das ueberraschende Eintreten der CFP in den ersten Wahlgang versucht man jedoch soweit zu korrigieren, dass,wie beabsichtigt, sich im zweiten Wahlgang nur die beiden Kandidaten der Bourgeoisie gegenueberstehen werden.

Mit dieser Hoffnung beendete die Bourgeoisie auch vorlaeufig die sofort nach der Wahl einsetzende Kapitalflucht, wodurch auch der sonst relativ stabile Dollarkurs ploetzlich anstieg. Die Wahlen in Lateinamerika, auf die mit soviel Enthusiasmus gewartet wurde, so dass man schon von 'demokratischen Oeffnungen' sprach, haben bis jetzt gezeigt, dass in Zukunft keine grossen Aenderungen zu erwarten sein werden. Ecuador hat den Reigen in Bezug auf Wahlschwindel fortgesetzt, den die Dominikanische Republik eroeffnete, gefolgt von Peru und Bolivien.



— Ai considerar el Proyecto de resolución sobre nulidades, ajalá no anulen los pocos votos que quedamos vivos!

Stimmenplünderer

Hoffentlich werden sie bei den Überlegungen über die Stimmenannullierungen nicht auch uns, die wir noch übrig sind, ebenfalls für ungültig erklären!

PERU

10 Jahre Militärherrschaft in Peru: Zeit der Phasen und Phrasen

Am 3.0ktober 1978 begeht die "Peruanische Revolution" ihr zehnjähriges Jubiläum. Zum Jubeln allerdings besteht kaum Anlaß, denn die über die "Zweite Phase der Revolution" hinweggeretteten Restbestände der Reformen der Velasco-Ära werden kontinuierlich weiter demontiert; mit dem Gesetzesdekret Nr. 22229 vom 11.7.78 wurde die Industriegemeinschaft noch weiter verwässert; am 18.7. folgte das neue Pressegesetz (D.L.22244), das die Reprivatlsierung der Tagespresse vorschreibt. Weitere Reprivatisierungstendenzen deuten sich im Fischereisektor, in der Vermarktung der Bergbauproduktion u.a. Sektoren an, und es dürfte wohl nur eine Frage der Zeit sein, wann auch im Agrarsektor wieder in größerem Umfang Privatinvestitionen zugelassen werden.

Der ANDEAN REPORT - im öden, desinformativen peruanischen Elätterwald die aktuellste Informationsquelle - hat die Dinge bereits in seiner Juli-Ausgabe beim Namen genannt: Peru steckt heute bereits in der "Dritten Phase". Und in dieser Phase geht es kaum noch um semantische Spekulationen darüber, ob ein "weder kapitalistischer noch kommunistischer" Kurs verfolgt wird, sondern eher darum, wie sich die Militärs ohne allzu großen Gesichtsverlust aus der formalen Regierungsgewalt zurückziehen und den Übergangsprozeß bis zur Ausschreibung allgemeiner Wahlen ohne weitere Massenmobilisierungen einerseits und rechte Putschprovokationen andererseits überstehen können. Keine leichte Aufgabe in einer Situation, in der Peru völlig in die Abhängigkeit seiner internationalen Gläubiger geraten ist und die rein monetaristischen Sanierungsauflagen des IWF kaum Spielraum für soziale Zugeständnisse lassen. Die Kosten der wirtschaftlichen "Gesundurg" müssen die arbeitslosen und unterbeschäftigten Massen und auch die in zunehmendem Maße betroffenen Mittelschichten zahlen. Die Pläne und gesetzlichen Voraussetzungen für Massenentlassunger zur "Rationalisierung" der öffentlichen Verwaltung, von denen mindestens 30.000 Menschen betroffen sein werden, sind bereits gegeben, während andererseits nichts darauf deuten läßt, daß die Regierung bereit ist, ihre Austeritätsanstrengungen beim größten Ausgabenposten - den Rüstungsausgaben, die sich auf ca. 35 % der Staatsausgaben belaufen (s.LA-Nachr. Nr.61)- zu beginnen.

So müssen demn Phrasen über die Absicht der Militärregierung, das bisher Erreichte zu "konsolidieren", dazu herhalten, das peruanische Volk darüber zu täuschen, daß der Regierung keine autonomen Entscheidungsmöglichkeiten mehr verbleiben. Mit welchem Erfolg, hat sich gezeigt: in einer Situation, in der die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung unterbeschäftigt ist und die Realeinkommen – bei einer Inflationsrate, die 1978 etwa 80-90 % erreichen wird – in den letzten fünf Jahren um ca. 50 % gesunken sind, können solche Täuschungsmanöver keine Stillhalteabkommen mehr herbeizaubern. Der seit dem 4.8.anhaltende Streik der Bergarbeiter – von der Regierung mit harter Repression und der Verhängung des Ausnahmezustands in 5 Departements beantwortet – gibt dem Militärs eine deutliche Antwort und trifft sie an ihrer empfindlichsten Stelle: mit täglichen, auf ca. 2 Mio. Dollar



Cuaipro y Malprea el DP), Blanco (FGCFP), Aragon y 1 lino Mai (PSRI coordinando es el hemioselo del Concesso

bezifferten Verlusten verstopft er die Quelle, aus der mehr als 50% der Devisenerlöse des Landes fließen und gefährdet den vorwiegend auf Steigerung des Exportaufkommens abgestellten Plan zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Dieser und weitere Streiks - wie der Anfang September ausgerufene Streik der Bankangestellten - sowie Massenmobilisierungen und Koordinationsbestrebungen in anderen Sektoren, vor allem in der öffentlichen Verwaltung, deren Angehörige sich organisiert haben (CITE: Comité Intersectorial de Trabajadores Estatales) und am 6.September einen 24stündigen Warnstreik durchführten, haben wieder einmal intensiven Hetzkampagnen der Rechten und zahlreichen Putschgerüchten Auftrieb gegeben. Dies alles mit dem vordergründigen Ziel, die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung zu torpedieren und ein für allemal eine Friedhofsruhe chilenischen Stils herzustellen. Hierzu kommt ein - in diesem Umfang - neues Phänomen: faschistoide Terroranschläge gegen linke Oppositionspolitiker (z.B. Ricardo Diaz Chävez und R. Napurf.).

Und doch: entgegen schlimmeren Befürchtungen scheinen vorerst die Kräfte die Oberhand zu behalten, die den von Präsident Morales Bermudez als "Brucke der Demokratisierung" euphemisierten Weg zu allgemeinen Wahlen unterstützen. Allen Gerüchten entgegentretend, bekräftigte der Präsident Ende August in einer in Tacna - anläßlich des 49. Jahrestages der Wiedereingliederung dieser Stadt in peruanisches Gebiet - gehaltenen Rede ausdrücklich, daß die Streitkräfte voll die Politik der Institutionalisierung einer Zivilregierung und die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung unterstützen, und daß auch zeitlich vorgezogenen allgemeinen Wahlen nichts im Wege stehe. falls die Versammlung rascher als erwartet die neue Verfassung fertigstellen sollte. Dies war ein deutlicher Wink an die im rechten Block unter der Ägide der APRA zusammenarbeitenden Parteien (APRA/PPC/MDP/UNO),alles daranzusetzen, die Politik der "friedlichen Koexistenz" zwischen Exekutive und Verfassungsgebender Versammlung (so Haya de la Torre)weiter zu festigen und die von der Regierung beharrlich weiter als gefährliche, "Chaos und Subversion säende Agitatoren" bezeichneten linken Volksvertreter mundtot zu machen, Ein entscheidender Schritt dazu war der rechten Fraktion schon kurz zuvor gelungen, als sie am 25.8. ihre Version der Geschäftsordnung der Verfassungsgebenden Versammlung gegen die Stimmen der Linken durchsetzte und damit kurz und bündig allen Bestrebungen eines Teils der Linken, die Befugnisse der Versammlung auf gesetzgeberische Funktionen auszudehnen, einen Riegel vorschob.

Unter diesen Bedingungen hofft der rechte Parteienblock zu verhindern, daß Zeit mit "müßigen Reden" (der Linken natürlich, deren Vertreter sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und zu erkennen gegeben haben, daß sie ihr Mandat umfassender verstehen) verloren werde – so der Kommentar des Vizepräsidenten der Versammlung, Luis Alberto Sanchez (APRA) –, um die Verfassung bis Januar oder Februar 1979 fertigstellen und sich umso größere Wahlchancen ausrechnen zu können.

Die Mannschaft des IWF im Kabinett des Morales Bermudez

Am 8. August wurde die Mannschaft der Finanztechnokraten komplett gemacht. Wit der Ernennung alvaro Meneses zum neuen Fräsidenten der Banco de la Macion wird der wachsende Einfluß des Teams Silva/Moreyra (Wirtschafts- und Finanzminister/Zentralbankpräsident) erneut bestätigt. So gestärkt ging das Trio nun unverzüglich daran, die von der internationalen Finanz geforderten monetaristischen Sanierungsmaßnahmen durchzuziehen. Die "Empfehlungen"des Weltwäh-







Silva Ruete

Alvaro Meneses

Manuel Morevra

rungsfonds (s.LAN Nr.61 + 62) wurden schnell als vernünftig und zweckmäßig anerkannt und bei so gutem Einvernehmen war dann auch die nach Lima entsandte mision des IWF unter Leitung Walter Kobicheks bereit, noch kleinere mehr kosmetische Korrekturen an den strengen bedingungen hinzunehmen. Das neue Abkommen über den 210 mill. Dollar Stand-by Kredit wird mitte September unterzeichnet. Durch ihn wird reru im Ausland allgemein wieder kreditwürdig werden, die Nation scheint vor dem pankrott gerettet.

Doch dabei blieben zwei auf der Strecke, die Peruanische Bevölkerung und die nationale Industrie. Die weitere Zusammenstreichung des Staatshaushalts auf 380 mill. Dollar (1977 noch 740 mill) wird nicht nur eine weitere Reprivatisierung von Staatsbetrieben (im Fischerei-, Presse-, Stahl-, Erdöl- und Bergbau?-sektor) zur Folge haben sondern auch noch einmal harte Preiserhöhungen und vor allem ca. 30.000 arbeitslose -zu entlassende angehöhrige des öffentlichen Dienstes-.

Noch sitzt der Bevölkerung der Schock des Maipakets (LAN Nr.61) in den Knochen schon berichten Reisende von den Ausmaßen der Armut

63

und des Hungers, die nirgends so schlimm seien wie in reru, da redet Herr Morgyra schon von negen Opfern, die gebracht werdeh müßten, damit die alten nicht sinnlos würden.

Entwicklung der Reallöhne seit 1973 (Quelle: Actualidad Economica Nr.7, 78)

Index: 1973 = 100

		Real-		gesetzlicher	
	E	ehälter	löhne	Minimallohn	
ل 1978 ل ل	Okt. Sept.	150(15.3388) 91 88 76 69 65 52 50	100(5.150) 95 106 96 83 94 81 69 66	1 56 96 88 84 76 71 54 52	
	3		39	49	

Ernährungslage in den wichtigsten Städten <u>1977</u>

(Quelle: s.o.)

Minimal- I	Kalorien	Proteine	(gr)
Empfehlung der Fao	2.400	75	
Städete:	Ψ.4 0 0	7.5	
Lima	1,701	53	
Arequipa	1,615	42	
Ayscucho	1.856	53	
Chiclayo	2.078	49	
Chimbote	1.655	52	
Cuzco	1.394	62	
Huancayo	1.800	57	
Huancavelica	1,656	45	
lca	1.675	52	
lquitos	1,585	4.4	
Fiura	2,388	62	
Puno	1.856	74	
Trujillo	1.300	55	
Tumbes	2,496	59	
Tarapoto	1698	66	
Tingo Maria	2401	70	
Tacna	1600	55	

Frankfurter Rundschau am 18.8. 78

Bericht über Hungersnot in Peru

Lima (ddp). Alle acht Minuten stirbt in Peru ein Kind den Hungertod, erklärt die in Lima erscheinende liberale Zeitschrift "Oiga" in ihrer jüngsten Ausgabe. In Peru herrsche eine derartige Hungersnot, daß "auf den Müllhalden der Märkte die Hungrigen mit den Hunden und den Raubvögeln um die Abfälle kämpfen und Mütter mit ihrem Kind auf dem Rücken den Hühnern verdorbene Früchte oder Fischeingeweide streitig machen". "Zum Frühstück essen Tausende von Peruanern eine Schüssel Haferflocken, die ihre einzige Nahrung für den ganzen Tag darstellt", und im Durchschnitt nimmt ein Landesbewohner kaum mehr als 1500 Kalorien pro Tag zu sich. In den Krankenhäusern leiden, wie die Zeitschrift weiter berichtet, 50 Prozent der Patienten an Tuberkulose. 45 Prozent der Kinder des Landes werden sich laut einem von "Oiga" zitierten Arzt auf Grund Unterernährung niemals normal entwickeln. Die Kindersterblichkeit liegt offiziell bei hundert pro Tausend Geburten. Diese Zahl habe sich jedoch in den letzten Jahren auf 140 pro Tausend erhöht.

Aber auch die nationale Industrie steht kurz vor dem Exitus. Der Kaufkraftverlust der Bevölkerung hat schwere Absatzeinbußen gebracht und die jetzt ausgehandelte Erhöhung des Zinssatzes (auf 32%) durch den die Feruaner angeregt werden sollen einen größeren Anteil ihres Einkommens, das kaum zum Uberleben reicht, auf die Bank zu

bringen, wird eine Liquiditätsverknappung bringen, die nicht nur vielen kleineren und mittleren , sondern auch einigen Großunternehmen den Rest geben wird. Die Industriellen warnen seit Monaten, daß die so geschwächte peruanische ındustrie in kürze ("a precio huevo") ein gefundenes rressen für die großen internationalen Konzerne werden wird. Nachdem ihr vertreter im Kabinett, der brave verfechter der Privatinvestition industrieminister Lanata sich auch nur noch mit kücktrittsdrohungen ("Ich dachte ein Land läßt sich regieren wie ein industrieunternehmen") gegen das moreyra/Silva/ Meneses - Trio weart, sucnten sie sugar schon in den Kreisen der Constituyente (verfassungsgebendes versammlung) nach mückendeckung. Hier wird jedoch selbst noch über die Lösung der wirtschaftlichen rrise des mandes heiß debattiert: Während Diez Canseco (UDF) den Zahlungsaufschub (Moratorium) vorschlägt, und aus FOCEF -Kreisen zu hören ist, die schuldenzahlungen seien generell einzustellen, reru schulde dem Ausland keinen sol, das Verhältnis sei eher umgekehrt, hört man von der anderen Seite(Felipe Ortiz), daß reru schon durch seine hohen wahrungsmittelimporte so stark mit dem Ausland verflochten sei, daß Zahlungseinstellung das Land direkt in den nungertod führen würde. Wieder um wäre also die Bevölkerung der Leidtragende.

Die Feruaner haben jedoch gerade in den letzten 10 Jahren der Militärregierung gelernt sich zu wehren. Der Streik der Lehrer ist erfolgreich zu Ende geführt worden, schon sind die Bergbauarbeiter und mankangestellten in den Ausstand getreten und die Staatsangestellten - jeder 10. ist mit Entlassung beiroht - beginnen sich zu organisieren.

SUTEP: Sieg der Lehrergewerkschaft

Der längste Lehrerstreik in der Geschichte Perus ist am 27.Juli nach mehr als 80-tägiger Dauer mit dem Sieg der weit über 100.000 streikenden Lehrer zu Ende gegangen. Trotz Einschüchterungsversuchen, Verfolgung, blutiger Repression, trotz verleumderischer - vom Regierungspresseamt gesteuerter - Medienkampagnen, trotz finanzieller und beruflicher Sanktionen, wie dem Nichtauszahlen von Gehältern und Entlassungen (vgl.LA-N., Nr. 62), haben die Lehrer in beispiellosem Einsatz ihren Streik durchgehalten und in ihrem Kampf eine noch nie dagewesene Solidarität von allen Teilen der Bevölkerung erfahren.

Einen Tag vor der offiziellen Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung konnte die SUTEP-Führung nach langen Nachtsitzungen mit dem Premier und drei weiteren Ministern (Erziehung, Inneres, Arbeit), Elternvertretern u.a. ihren Sieg verkünden:

- sofortige Gehaltserhöhung in Höhe von 2000 Soles monatl. (ca. 20%) und eine weitere Gehaltserhöhung von 1500 Soles ab Januar 1979
- volle Lohnnachzahlung für die Streiktage
- Rückkehr aller wegen gewerkschaftlicher Betätigung entlassenen oder strafversetzten Lehrer an ihre alten Stellen
- Freilassung aller wegen des Streiks verhafteten Lehrer
- Einstellung von im Zusammenhang mit dem Streik eingeleiteten Gerichtsverfahren

Zweifellos von größter Bedeutung für die Zukunft ist die Anerkennung der SUTEP als legale Vertretung der Lehrer. Damit wurde endlich eine sechsjährige Periode der "Illegalität" beendet. Schon zu Velascos Zeiten war die SUTEP ein rotes Tuch im wahrsten Sinne des Wortes (Velasco während des Lehrerstreiks von 1973: "Wenn sie Blut sehen wollen, wird es Blut geben...").Rigoros und hartnäckig hatte die Regierung seit Jahren sämtliche SUTEP-Forderungen abgelehnt.





Als am 8.Mai der Streik begann, war die SUTEP noch geprägt von der Isolierung ihrer Führungsspitze zu ihren Basisorganisationen und den nicht immer erfolgreichen Aktionen der letzten Jahre. Nun jedoch hatte sich die wirtschaftliche Lage der Lehrerund die gesamte Wirtschaftslage des Landes extrem verschlechtert. Daher schlossen sich immer mehr Lehrer dem Streik an und kämpften mit vollem Einsatz für ihre überwiegend auf materielle Verbesserungen ausgerichteten Forderungen.

Was keiner mehr erwartet hätte: nach fast drei Monaten sahen die Lehrer fast sämtliche Forderungen erfüllt. Der große Verlierer in diesem Gewerkschaftskampf ist die Regierung, vor allem der bornierte Erziehungsminister Otto Eléspuru, der alles daran gesetzt hatte, mit Spaltungsund Verleumdungsversuchen den Streikwillen der Lehrer zu brechen.

Die politische Bedeutung des Lehrerstreiks liegt vor allem darin, daß erstmalig auch die übrige gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihre Solidarität mit dieser Berufsgruppe zum Ausdruck brachte (Großkundgebung der CGTP. Solidaritätsaufrufe in linken Zeitschriften wie MARKA u.a.). Damit deutete sich erstmals die Möglichkeit an, die Lehrer aus ihrem traditionellen Mittelschichtdenken herauszulösen und in die Einigungsbestrebungen der breiten Gewerkschafts- und Oppositionsbewegung einzubeziehen. Daneben war die konkrete Erfahrung von Einheit und Einigkeit im Kampf um gemeinsame Forderungen ein wichtiges Element. Die Vielfalt der Kampfformen - Kirchenbesetzungen, Hungerstreiks, Schweigemärsche, Kundgebungen, Gemeinschaftsküchen - hatte eine einschneidende Bedeutung für die Bewußtseinsbildung bei einem großen, sonst eher passiven Teil der Lehrerschaft. Zum anderen ergab sich hieraus auch eine positive Rückwirkung auf das sonst oft abgehobene Verhalten der SUTEP-Führung.

Unbefristeter Streik der Bergarbeiter

Kurz nach der erfolgreichen Beendigung des nationalen Lehrerstreiks traten am 4.8. rd. 45 000 Bergarbeiter in einen unbefristeten Generalstreik, Ihre Forderungen lauten:

- Wiedereinstellung von 315 Kollegen, die im Gefolge des nationalen Generalstreiks vom Juli 1977 aufgrund verschiedener das Recht auf Streik diskriminierender Dekrete entlassen worden waren;

 die Aufhebung verschiedener arbeiterfeindlicher Dekrete, die v.a. die Arbeitsplatzstabilität gefährdeten, sowie im Falle von Streiks und anderen Arbeitskonflikten die Verhängung des Ausnahmezustands über die Bergbaugebiete ermöglichten;

- eine 25%ige Erhöhung der Löhne, um wenigstens teilwelse einen Ausgleich für den durch die galoppierende Inflation verursachten Kaufkraftschwund zu erhalten: derzeit müssen die meisten Bergleute mit einem Lohn von umgerechnet weniger als DM 200, im Monat, und viele sogar mit dem gesetzlichen Mindestlohn von umgerechn. DM 70, monatlich auskommen. (s. Frankf. Rundschau vom 8.9.78)

Seine nationale Bedeutung erreicht der Bergbaustreik insbesondere durch die Tatsache, daß er von der mächtigen FNTMMP(Gewerkschaft der Minen- und Metallarbeiter) - unter Führung von Victor Cuadros, der auch als UDP-Abgeordneter in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt wurde - ausgerufen und organisiert wurde. Gestreikt wird in allen wichtigen Minen des sog. "Großen Bergbaus"(Kupfer, Eisen, Blei, Silber, Zinn): Toquepala, Marcona, Cerro de Pasco, La Oroya usw. Die Bedeutung des Bergbaus wird daraus ersichtlich, daß ca. 50 % der peruanischen Exporterlöse auf mineralische Rohstoffe entfallen, und daß z.B. die für 1978 veranschlagten Devisenerlöse des Bergbaus - rd. 900 Mio. US-Dollar - gerade ausreichen würden, um den Laufenden Schuldendienst auszugleichen.



Die Mobilisierung der Bergarbeiter verstärkte sich weiter als sie mit ihren Forderungen auf taube Ohren beim Arbeits- und Bergbauminister stießen und der Streik als illegal erklärt wurde. Am 11.8. brachen 15 000 Mineros mit ihren Familien von La Oroya (im mittleren Andengebiet) zu einem Protestmarsch nach Lima auf. Der eindrucksvolle Marsch dauerto 4 Tage und stieß auf mannigfaltige Solidaritätsbekundungen der Bevölkerung der am Wege liegenden Orte, während andererseits Polizei und Militär erfolglos versuchten, mit Repressalien den Zug der Männer, Frauen und Kinder aufzuhalten. Am 14.8. kamen die 15 000 in Lima an, wo ibnen mit großen Sympathiekundgebungen ein begeisterter Empfang zuteil wurde. Im Botanischen Garten der Univ. San Marcos schlugen sie ein gro-Ses Lager auf.in dem sie sich mit selbst organisierten Gemeinschaftsküchen ("ollas comunes")u.a. Einrichtungen selbst versorgten. Rasch bildeten sich Solidaritätskomitees, und es wurden zahlreiche,auf ein breites Echo stoßende Kundgebungen, Demonstrationen usw. veranstaltet. Währenddessen versuchte die Regierung, die berechtigten Forderungen der Mineros mit gezielter Pressepropaganda, und später mit halbherzigen Kompromißangeboten abzublocken. So wurde u.a. in der nationalen und internationalen Presse verbreitet, daß der Streik tägliche Verluste in Höhe von 2 Mio. Dollar verursache. Als sich diese Manöver als fruchtlos erwiesen, machte die Regierung den inzw. als Verhandlungspartnern akzeptierten Gewerkschaftsführern am 26.8. einen Lösungsvorschlag, in dem ultimativ die sofortige Arbeitsaufnahme gefordert wurde und darüber hinaus nur unzureichende, hinhaltende (bes. hinsichtle der Wiedereinstellung der Entlassenen) Angebote enthalten waren. Nach Konsultation der Basisorganisationen lehnte die Gewerkschaftsführung dieses "Kompromißangebot" ab. Darauf reagierte das Regime in altbekannter Manier: am 29.8. wurde über die 5 Bergbaudepartements Junin, Pasco, Huanuco, Ayacuho und Huancavelica der Ausnahmezustand verhängt, die verfassungsmäßigen Grundrechte ausgesetzt und ein Ultimatum gesetzt: Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 1.9. (später auf den 5.9. verlängert) oder sof ortige Entlassung. Als jedoch immer neue Gruppen von Mineros nach Lima aufbrachen, schlug die Regierung brutal zu: am 6.9. wurde der Lagerplatz in der Univ. San Marcos gewaltsam geräumt und die Streikenden mit ihren Familien in Lastwagen und Eisenbahmwaggons getrieben und in die Bergbaugebiete zurückverschleppt. Es gab zahlreiche Verletzte und wahrscheinlich auch Tote. Nach letzten Meldungen (Anfang-Mitte Sept.) versucht die Regierung, den Streikwillen der 45 000 Mineros zu brechen, indem sie sie mitsamt ihren Familien faktisch auszuhungern versucht, d.h. die Zufuhr von Nahrungsmitteln blockiert.



Turbay Ayala, Vertreter der Liberalen Partei Kolumbiens, der mit knappem Stimmenvorsprung gewählt wurde, übernahm am 7. August 1978 das Amt des Präsidenten und stellte sein Kabinett aus Vertretern beider traditioneller Parteien zusammen. Zur Aufbesserung des internationalen Images Kolumbiens will er den Ausnahmezustand aufheben. Mit dem Erlaß eines Sicherheitsstatuts am 6. September schreibt er ihn aber de facto fort. Er will sich gegen den Volksprotest gegen Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit, mangelnde öffentliche Dienstleistungen wehren ,der zum Jahrestag des Nationalen Zivilen Streiks – dem 14. September – zu erwarten war. Ein zur Zeit laufender Militärprozeß gegen Regimegegner bietet ein Beispiel dafür, wie rechtsstaatliche Gerrichtsbarkeit über Bord geworfen wird.

EIN JAHR NACH DEM NATIONALEN ZIVILEN STREIK: ZUSPITZUNG DER KLASSENKÄMPFE

Die Zahl der Arbeiter und Studenten, die von Militär und Polizei am 14. September 1977 (vgl. LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN Nr. 52 S.50) erschossen wurden, als das kolumbianische Volk seinen Protest gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, die niedrigen Löhne, den andauernden Ausnahmezustand, die Streichung von Gewerkschaftsrechten und die Besetzung der Nationalen Universität durch das Militär in einem Nationalen Zivilen Streik ausdrückte, wurde nie bekannt gegeben. Tausende von Kolumbianern wurden in Gefängnissen und Stadien festgehalten. Die Stadt war absolut lahmgelegt, Geschäfte, Schulen, Banken geschlosen, während die Regierung bekanntgab, alles sei normal wie immer, es gäbe keinen Zivilen Streik.

Jetzt, ein Jahr später, militarisiert sich Bogotá wieder. Seit Anfang des Monats sieht man hier in Bogotá immer öfter Trupps von bis an die Zähne bewaffneten Militärs. Rücken an Rücken stehen sie an den Kreuzungen mit der Maschinenpistole im Anschlag oder führen Personenkontrollen durch. Allein in der Nacht vom 11.-12. wurden ca. 300 Personen festgenommen, die sich nicht ausreichend ausweisen kommten.

NEUES SICHERHEITSSTATUT ZUR DURCHSETZUNG DER WIRTSCHAFTSPLÄNE

Am 6.9. erließ der frischgewählte Präsident Turbay Ayala als eine seiner ersten Amtshandlungen und unter Zustimmung seines Kabinetts ein neues Sicherheitsstatut, das Dekret 1923, das unter der Vorgabe, Leben, Ehre und Eigentum der Person zu schützen, quasi den Ausnahmezustand institutionalisiert und sich direkt gegen die sozialen Kämpfe des Volkes wendet. Die Unsicherheit, die das Sicherheitsstatut ausmerzen soll, bezieht sich aber nicht etwa auf die Arbeits- und Wohnsituation, die mangelnde Gesundheitsversorgung, die Verseuchung der Gewässer durch in- und ausländische Unternehmen, den Verkauf von vergifteter Milch, die steigenden Lebenshaltungskosten oder gar auf die Machenschaften von Angehörigen der Sicherheitskräfte, denen Folter, Mord und Zugehörigkeit zu den Todesschwadronen vorgeworfen wird. Das Statut, ausgearbeitet vom Präsidenten, seinen Ministern, hohen

Militärs und den Chefs der Geheimdienste, konzentriert seine Aufmerksamkeit auf politische Delikte, auf die sogenannte Subversion, deren Verhandlungen den Kriegsgerichten obliegen werden, wie auch das Militär die Definition dessen, was subversiv ist, übernimmt. Um den inneren Frieden der Nation zu garantieren und das Verbrechen, insbesondere das organisierte, an der Wurzel auszurotten und diejenigen Elemente zu eliminieren, die das verfassungsrechtliche Regime zerstören wollen, wird den Massenmedien die Verbreitung von Nachrichten über die öffentliche Ordnung, illegale Streiks, Entführungen und allen Delikten, die das Statut definiert, bei Strafe untersagt. Als illegale Streiks gelten z.B. Hochschulstreiks und Zivile Streiks. Die Regierung behält sich das Recht vor zu entscheiden, was von öffentlichem Interesse sein könnte, ohne den sozialen Frieden zu stören. Weiterhin ist vorgesehen, die Störung der öffentlichen Ordnung mit 20-25 Jahren Gefängnis zu ahnden und Land- und Straßenbesetzungen (häufig bei zivilen Streiks) mit 10-15 Jahren. Ungehorsam gegenüber den Autoritäten, Verschleierung der Identität, Mitsichtragen von Gegenständen wie Feuerwaffen, Messer, Steine, Benzinflaschen, chemischen Substanzen und Stöcken, Besetzung von privaten und öffentlichen Gebäuden mit den Ziel, Entscheidungen zu erzwingen oder dortselbst subversives Material zu verteilen und die Bevölkerung zur Rebellion aufzurufen, Druck, Lagerung, Verteilung und Transport von subversivem Material werden mit einem Jahr Gefängnis bestraft und jeder Kommandant einer Polizeistation ist berechtigt, diese Sanktion auszusprechen. Der Oberhürgermeister, die Gouverneure, die Kommisare und die Bürgermeister der Gemeinden haben das Recht, jederzeit Ausgangssperre und Ausschankverbot auszurufen und öffentliche Kundgebungen und Versammlungen zu untersagen.

Der Justizminister, Hugo Escobar Sierra gab bekannt, daß der Kampf gegen die Unsicherheit natürlich verlangt, daß die Kräfte von Militär und Polizei verstärkt werden, d.h. bis Ende des Monats wird die Anzahl der Waffen, Fahrzeuge und Kommunikationsausrüstungen erhöht werden. Genaue Zahlen ließen sich nicht auffinden, aber der Justizminister wies darauf hin, die Ausrüstung würde zur Erfüllung der neuen Aufgabe ausreichen.

Ein Führer der Konservativen Partei, Alvaro Gomez Hurtado, warnt in der "Republica" (Zeitung der Konservativen), sie (die Paragraphen des Sicherheitsstatuts) werden dazu dienen, uns als eine weitere Diktatur in Lateinamerika anzuschwärzen" und drängt gleichzeitig zur resoluten Durchführung weiterer drastischer Sicherheitsmaßnahmen.

Die fortschrittlichen Kräfte verurteilten das Statut als eine ernsthafte Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten, der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, der Rechte auf Versammlung, Meinungsäußerung und Protest.

Als Reaktion der verschiedenen Guerillagruppen auf das Statut wurde ein Lastwagen mit Lebensmitteln entführt und den streikenden Arbeitern von Uniroyal Croydon S.A. übergeben, diverse Banken überfallen und mehrere Bombenanschläge verübt. Am 9.9. wurde der Exgouverneur des Departments Caldas, Mejia Duque umgebracht.

Dieses Statut wurde vor dem Hintergrund einer zunehmenden Abwertung des Peso (Sept. 78: 7,3%) und von Preiserhöhungen für die grundlegenden Medikamente um 25-400% erlassen. Die Erhöhung der Strassengebühr der Strecke Bogotä-Girardot, einer der wichtigsten Verbindungen, um 33,3% wird zusammen mit der Erhöhung der Benzinpreise zu Preissteigerungen der Bustarife und der Nahrungsmittel führen. Eine Preiserhöhung der eh schon kanppen Brennstoffe – sowie aller Erdölderivate – ist ebenfalls vorgesehen. Laut Planungsbehörde stehen weitere Straßengebührerhöhungen an. In Anbetracht dieser steigenden Lebenshaltungskosten gestehen sich die Abgeordneten eine Erhöhung ihrer Diäten zu!

Neue Gesichter – alte Politik

Turbay vergab sechs zentrale Ministerien an die Konservativen. Der General Luis Camacho Leyva, ultrakonservativ aber "neutral" erhielt das Verteidigungsministerium. Man sagt ihm Putschneigungen nach. So habe er z.B. vor drei Jahren bei der Konferenz Amerikanischer Militärs in Uruguay proklamiert, es sei Aufgabe der Militärs, "die Demokratie stärker anzuführen", wie es dann auch einige seiner Kollegen in dem südlichen Teil Lateinamerikas taten. Dies ist auch der Grund für einen nicht geringen Widerstand im Militär gegen seine Ernennung. Nun kann Camacho "der autoritärste General der Armee" jedoch seine Leute auf führende Militärische Posten setzen. In verschiedenen Auseinandersetzungen mit der Universität, den Zivilen Streiks und mit den Gewerkschaften hat er bereits weidlich seine Überzeugung bewiesen, daß man die Probleme mit Pulver und Blei lösen muß. (vgl. Alternativa Nr. 175 S. 3 und LN 59/51)

Der Konservative Hugo Escobar Sierra erhielt das Justizministerium. Zuvor war er der Vizerektor der konservativen Tageszeitung "El Siglo", die seit langem die Militarisierung der ordentlichen Justiz fordert. So ist ihm die anstehende Justizreform mit dem Ziel der Institutionalisierung der Militärtribunale in der ordentlichen Justiz auf den Leib geschrieben.

Als Arbeitsminister wurde der Konservative Rodrigo Marin Bernal ernamnt, der ein Anhänger von Gewaltlösungen in Arbeitskonflikten und Autor eines Buches über Aktiongesellschaften in Kolumbien ist.

Erziehungsminister wurde Rodrigo Lloreda, der einer der beiden mächtigen Großgrundbesitzerfamilien im Department Valle de Cauca angehört und dort alle erdenklichen Posten inne hatte.

Der neue Minister für Bergbau und Energie ist ein Vertreter der langsamen Preissteigerungen für die Tarife der öffentlichen Dienste ganz so, wie sie von den nordamerikanischen Kreditgebern gefordert werden.

Der neue Finanzminister, Jaime Garcia Parra ist ein "neutraler" Konservativer, der seit langem mit der Gruppe der Kaffeeproduzenten verbunden ist.

Weitere sieben Ministerien vergab Turbay an die Liberalen, so unter anderem an den Liberalen, German Bula Hoyos, einen langjährigen Sprecher der Großgrundbesitzer seines Departments Cordoba. Als Gouverneur ordnete er massenweise Vertreibung von Landarbeitern und Kleinbauerm an, die nicht-bewirtschaftete Ländereien besetzt hatten. Jetzt wurde er zum Agrarminister ernannt.

Zum Direktor des Nationalen Planungsbüros ernennt Turbay Eduardo Wiesner, einen der bekanntesten Repräsentanten des Finanzkapitals, Expräsidenten der Vereinigung der Banken (Asociación Bancaria), Sprecher der mächtigen Wirtschaftsgruppe Bogotá.

Zum Wirtschaftsplan

Am Tage nach der Veröffentlichung des Statuts gab Turbay Ayala die Wirtschaftspläne seiner Regierungsperiode bekannt, die gemeinsam mit dem Industriellenverband ANDI ausgearbeitet wurden. Die Entwicklung des Landes, an der nach Turbays eigener Aussage 70% der Kolumbianer nicht teilhaben, soll mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Das Sinken der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr soll an der Ausweitung des "informellen" und des Tertiärsektors liegen, doch auf die Dauer

empfiehlt Turbay eine Ausweitung der Industrie und eine Förderung des Privaten Unternehmertums durch Stewervergünstigungen, günstige Kreditbedingungen und Infrastrukturmaßnahmen. Der Rhythmus der Abwertung des Peso soll beschleunigt werden mit dem Ziel, die nationalen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu machen. Die Exporte werden subventioniert. Die Agroindustrie soll ausgeweitet und die Produktivität in allen landwirtschaftlichen Sektoren gehoben werden. Anstrengungen sollen unternommen werden, um die Exportproduktion zu diversifizieren, wofür staatliche Hilfestellungen vorgesehen sind. Die Regierungspolitik entspricht fast Wort für Wort den Vorschlägen für eine Agrarpolitik, die der Verband der Landbesitzer (Sociedad de Agricultura de Colombia) dem Kongreß unterbreitete. Eine eventuelle Preiskontrolle wird sich auf die im Warenkorb enthaltenen Güter beschränken. Des Weiteren soll das Eindringen von Auslandskapital gefördert und Freihandelszonen eingerichtet werden. Finanzielle Leistungen an die Arbeiter werden als paternalistisch abgetan und gestrichen.

STAATLICHE REPRESSION UND VOLKSPROTEST - EINE ESKALATION

11.9.

Die Gewerkschaftszentralen lehnen sowohl das Sicherheitsstatut als auch die Wirtschaftspläne ab und kündigen Demonstrationen und Kundgebungen zum Jahrestag des zivilen Streiks an.

Die Vereinigung der demokratischen Juristen bezeichnet das Statut als im Widerspruch zu den Menschenrechten und der Verfassung stehend.

Der Direktor der Polizei, General Pablo Alfonso Rosas G., versichert Ruhe und Ordnung für den 14. September zu schaffen. Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, wird sofort von den Autoritäten unterbunden werden. Die gewerkschaftlichen Kundgebungen zum Jahrestag des Streiks werden, soweit sie sich im Rahmen der neufestgelegten Normen halten zugelassen.

Von nächtlichen Durchsuchungen sind in den letzten Tagen allein in Bogotá annähernd 1000 Personen betroffen.

12.9.

Am frühen Morgen wurde der Ex-Innenminister Rafael Pardo Buelva erschossen. Die Gruppe Arbeiterselbstverteidigung erklärt sich für die Tat verantwortlich. Bardo Buelvas galt als Verantwortlicher für das Blutbad am Tage des Zivilen Streiks vor einem Jahr. Den Radio-und Fernsehstationen wird jede Verbreitung von Nachrichten über das Attentat untersagt. Der Kommunikationsminister persönlich behält sich die Aufklärung vor.

Die gesamte Linke wies dieses Attentat scharf zurück, man könne es weder als eine Handlung von oder für Arbeiter bezeichnen noch als Selbstverteidigung. Und tatsächlich geschah es zu einem Zeitpunkt – kurz meh der Ankündigung des Sicherheitsstatuts am 7.9. und kurz vor dem Jahrestag des Nationalen Zivilen Streiks vom 14. September – an dem es zur Rechtfertigung des Sicherheitsstatuts angeführt werden konnte und als Grund für die Absage der Demonstrationen, die für den 14. September geplant waren. Die Auswirkungen dieser Tat sind ein Schlag gegen die Arbeiter- und Volksmassen und garantieren die schnelle Umsetzung des Sicherheitsstatuts in die Praxis. In der Öffentlichkeit erscheinen polizeiliche und militärische Übergriffe a priori legitimiert---

Um 10 Uhr wird die Universität Nacional vom Militär besetzt und bis voraussichtlich Montag, den 18. geschlossen. Ein paar unbeteiligte Zuschauer wurden festgenommen.

Die Regierung gibt abends bekannt, daß ab sofort im ganzen Land sämt-

liche öffentlichen Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen untersagt sind. Die Zahl der Straßenpatrullen wird ab sofrot erhöht.

Die Radiostation Voz de la Patria in Barranquilla wird zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie Nachrichten über das Attentat und die gegenwärtige Situation in Nicaragua verbreitete (vgl. Artikel in dieser Nummer der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN)

Eine Gruppe oppositioneller Senatoren unter Hugo Criales de la Rosa fordert den Innenminister auf, die Gründe für die Erlassung des Dekrets darzulegen. Driales de la Rosa gehört der Gruppe von Juristen an, die beim Obersten Gerichtshof Berufung gegen das Statut eingereicht haben: die fundamentaden Grundsätze der juristischen Ordnung werden verletzt und neue Delikte werden geschaffen, die nur durch ein Gesetz definiert werden können. Außerdem herrscht eine Disproportionalität zwischen Vergehen und Strafe und es bestehen Widersprüche zu anderen Gesetzen.

13.9. Verschiedene Guerillagruppen besetzen Radiostationen und geben Texte durch und Listen von weiteren 23 Parlamentariern, die zum Tode verurteilt sind.

Die Gewerkschaftszentralen nehmen die Aufrufe zur Kundgebung für den 14. zurück. Während die Regierung beschließt, ständige Straßenpatrullen in den wichtigsten Städten Kolumbiens einzusetzen.

14.9. Kurz nach Mittermacht gab es das erste Todesopfer der Militarisierung Bogotás. Ein 20-jähriger wurde erschossen, weil er dem Befehl eines Soldaten, stehenzubleiben, nicht folge leistete, sondern ruhig weiterging.



DAS SICHERHEITSSTATUT IN DIE PRAXIS UMGESETZT: MILITARISIERTUNG Enrique Romero Penaloza von den Sicherheitskräften erschossen Die Regierung sieht weitere Maßnahmen zur Unterdrückung der Rechteund Freiheiten der Bevölkerung vor. Das Ausschankverbot ist für 48 Stunden angeordnet und jeder, der dem Gesetz zuwider handelt, kann von jedem Kommandanten einer Polizeistation für 48 Stunden arrestiert werden. Des Weiteren hat die Regierung den Artikel 28 der Verfassung angeordnet, nach dem jeder, der der eventuellen Störung der öffent-

lichen Ordnung verdächtigt wird, bis zu 10 Tagen ohne ordentliches Urteil festgenommen werden kann. Bis zum Mittag wurden 200 Personen wegen fehlender Dokumente, Waffentragen oder aufgrund des Artikel 28 festgenommen. Der Artikel besagt quasi den Belagerungszustand.

Der Geheimdienst richtet seine Hauptkraft jetzt auf die Elendsviertel mit dem Ziel, dort die sogenannten subversiven Gruppen ausfindig zu machen. Für die Viertel im Südosten der Stadt wurden besondere Sicherheitsmaßnahmen ausgearbeitet und eine intensive Suche nach Waffen angeordnet.

Der Finanzsektor des Landes wird einen "Fond für Sicherheit" schaffen, der direkt dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellt wird und das Statut finanziell stützen soll. Er dient der Koordination der Repressionskräfte.

Von den Mitgliedern des Tennisklubs, dem auch der Ex-Innenminister Pardo Buelvas angehörte, wurde uns mitgeteilt, daß sie eine Sammlung durchgeführt hätten mit dem Ergebnis vom einer Millionen Pesos – circa 56 Tausend Mark –. Mit dieser Summe soll eine Gruppe von "Detektiven" finanziert werden, die die Attentäter Pardos "abknallen sollen wie tollwütige Hunde".

Carlos Reyes Nino

ist einer von vielen politischen Gefangenen in Kolumbien, die gefoltert werden. Hier reicht der Platz nicht aus, um sie alle zu nennen. Das kolumbianische Komitee für die Solidarität mit politischen Gefangenen bittet die Weltöffentlichkeit darum, an die kolumbianische Regierung zu appellieren, um zu erreichen, daß Carlos sofort ärztliche Hilfe erhält.

Er wurde nach seiner Gefangennahme 2 Monate in einem Verließ gefangengehalten und von der Außenwelt abgeschnitten. Sodann wurde er neum Monate ohne ärztliche Hilfe gelassen. Seine beiden Hände wurden nach Folterungen unbrauchbar gemacht und sind ebenso wie sein linkes Bein entzündet. Nationale und Internationale Institutionen zur Verteidigung der Menschenrecht erreichten seine Einweisung in ein Krankenhaus. Bevor er dort jedoch medizinisch versorgt werden konnte zwangen ihn Sicherheitsbeamte in das Gefängnis – Carcel Nacional Modelo/Bogotá – zurückzukehren.

Wenn seine physische Integrität erhalten bleiben soll, ist die medizinische Betreuung und die Einweisung ins Krankenhaus unmittelbar erforderlich. Viele Diktatoren – unter anderen auch Hitler – brachten ihre politischen Gegner auch durch Verweigerung medizinischer Versorgung um. Es stimmt nachdenklich was für eine parlamentarische Demokratie Kolumbien noch besitzt: es ist verpflichtet, sich an internationale Vereinbarungen über staatliche Pflichten gegenüber politischen Gefangenen zu halten und kann ihnen nicht die elementarsten Menschrechte verweigern.

Briefe sind zu richten an:

Señor Turbay Ayala Presidente de la República de Colombia Bogotá, Colombia

Kopien an das Comité de Solidaridad con los Presos Politicos p.A. Alternativa, Apartado Aereo 25496, Bogota, Kolumbien

KRIEGSGERICHT IN BOGOTA GEGEN 21 REGIMEGEGNER

Während in Kolumbien illegaler Drogenhandel und riesenhafte Schmuggelgeschäfte von Senatoren, öffentlichen Angestellten, Ministern und Militärs ungeahndet bleiben, geht das Regime unter Verkennung rechtstatlicher Rechtsprechungsprinzipien gegen seine Gegner vor und versucht – ganz nach dem Vorbild der Diktatoren im südlichen Teil Lateinamerikas-politische Gegner als Kriminelle zu diffamieren.

21 Personen, von denen nur 10 anwesend sind, werden angeklagt, zur Nationalen Befreiungsfront (ELN) zu gehören und man will sie wegen der "Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" aburteilen, während die Angeklagten Julia Elena Suarez, Maria Tila Uribe de Trujillo, Mauricio Trunillo, Francisco Trujillo, José German Camelo etc. als politische Gefangene anerkannt werden müssen und daher nach kolumbianischem Recht auf Grund von "Rebellion" und nicht wegen "kriminellen Handlungen" vor Gericht stehen. (Zur Festnahme und Folter von Mauricio Trujillo vgl. LN54/61)

Man wirft ihnen u.a. den Mord an dem General Arturo Rincon Quiñiones, der vor 2 Jahren stattfand, vor. Diese Anklagen übergab man der ordentlichen Strafjustiz, wo entsprechende Untersuchungen angestellt werden, sie sind nicht Gegenstand des Kriegsgerichts, dessen Anklage sich lediglich auf die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung bezieht. Die Verteidigung legte beim obersten Kriegsgericht Berufung ein, die Angaben, auf die sich die Anklage des Kriegsgerichts stützten sei en unklar, vielmehr müsse die Anklage wegen "Rebellion" nicht jedoch wegen "Vereinigung für kriminelle Handlungen" geführt werden (vgl Espectador 7.9.78). Der in der Berufung geforderten Neueinsetzung des Kriegsgerichts wurde nach Mitteilungen an die Gefangenen am 5.9. stattgegeben (vgl. Alternativa No. 179 S. 6)

Die von den Rechtsanwälten beantragte Fortsetzung von Vernehmungen von einigen Angeklagten sowie ihre medizinische Untersuchung zur Feststellung von Narben, die ihnen während der Folter zugefügt wurden, sowie die Forderung der richterlichen Durchsuchung der beschlagnahmten Materials trafen auf Ablehnung. Gleichfalls ließ man nicht die richterliche Inspektion der 100 Meter vom Verhandlungssaal enffernt gelegenen Folterkammern zu; die in der Krankengeschichte im Militärkrankenhaus dokumentierte mutwillig herbeigeführte Fehlgeburt der bei ihrer Festnahme schwangeren Julia Helena Suarez wurde ebehsowenig wie das Verschwinden von Omaira Montoya bekannt gegeben.

Die Liste der Vergehen nicht nur gegen die Gefangenen, sondern auch gegen die Rechtsanwälte ist lang. Man versuchte sie einzuschüchtern dadurch, daß nur wenige der Zuschauer zugelassen wurden, daß sie weder Essen bekamen noch die Toilette während der Verhandlungszeiten aufsuchen durften.

Die Verteidiger traten auf Grund ungenügender Sicherheit für Rechtsanwälte und Angeklagte von der Verteidigung zurück. Letztere bekamen Pflichtverteidiger. Julia Elena Suarez und Mauricio Trujillo kündigten an, daß sie ihre Verteidigung selbst übernehmen würden.

Dieser Prozeß hat eine große Bedeutung, weil in ihm vorexerziert wird, wie der kolumbianische Staat in Zukunft massiv vorzugehen gedenkt, wenn die Kriegsgerichte erst einmal institutionalisiert sind.

Darum ist es erforderlich, sich dem Protest des Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen CSPP und den Gewerkschaften FENASINTRAP, SITTIECOM, SINTRAUNAL, SINTRAPOPULAR, der Lehrergewerkschaft (FECODE), dem Komitee von Priestern und Nonnen für die Verteidigung der Menschenrechte, der nationalen Vereinigung von freiberuflich Tätigen (ASONALPO) und dem Sindicato de Trabajadores de la U. Distrital



anzuschließen und ein Protestschreiben zu richten an: Sr. Presidente del Consejo Verbal de Guerra Puente Aranda Bogota, Batallon P.M. Colombia

Kopien an das Comité de Solidaridad con los Presos Politicos p.A. Alternativa, Apartado Aereo 25496, Bogota, Kolumbien

ANERKENNUNG DER ANGEKLAGTEN ALS POLITISCHE GEFANGENE !! ZURÜCKWEISUNG IHRER VERURTEILUNG ALS GEWÖHNLICHE VERBRECHER!! DIE ANKLAGE GEGEN SIE KANN NUR AUF "REBELLION" LAUTEN!!



Die Angeklagten sind keine Kriminellen

Vorbemerkung: Die Redaktion der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN hat bisher von ihren Lesern außerordentlich wenige Briefe erhalten. die sich mit dem konkreten Inhalt unserer Zeitung auseinandersetzen. Möglicherweise liegt das auch daran, daß wir die Leser niemals dazu angeregt oder aufgefordert haben und daß wegen des Fehlens einer Leserbriefecke niemand auf den Gedanken kam, seine Meinung oder Kritik auf unseren Seiten loswerden zu können. Nun haben wir einen Brief erhalten, in dem wir sehr grundsätzlich kritisiert werden und der uns daher Anlaß ist, auch in Zukunft Platz für Leserbriefe einzuräumen. Wir möchten jedoch mögliche Briefeschreiber um zweierlei bitten: erstens, daß sie sich nach Möglichkeit auf Kritik an Inhalt und Stil der Zeitschrift konzentrieren wir haben weder Platz für allgemeine Abhandlungen noch Interesse an der Veröffentlichung von gutgemeinten Lobsprüchen für unsere Arbeit -, und zweitens, daß sie sich so kurz wie möglich fassen. Hier nun der erste, leider etwas lange Leserbrief:

Ich nehme so aktiv und tatkräftig, wie ich kann, an der Solidaritätskampagne für die Verschwundenen und den Kampf ihrer Angehörigen teil, ebenso wie Ihr, wie die Parteien der Linken. Ich sehe es so, daß die größte Kraft dieser Kampagne auf der konkreten Möglichkeit des Überlebens unserer Genossen beruht. Daß der beste Sinn dieser Kampagne die Notwendigkeit ist, unsere Genossen lebend zu befreien. In diesem Kontext betrachte ich es als unangemessen. die "Sterbeurkunden", die ein ehemaliger Funktionär der Repression ausgibt, zu akzeptieren oder, wie es von Zeit zu Zeit geschieht, daß linke Veröffentlichungen berichten, daß irgendein verschwundener Genosse von diesem oder jenem Folterer getötet worden sei. Das, was man mit Kaltblütigkeit vermuten oder annehmen kann, hat in keinem der 618 Fälle, die die Liste des Vikariats umfaßt, bewiesen werden können.

Werte Genossen.

Das heißt, wir können nicht versichern, daß die Verschwundenen leben, aber wir können auch nicht bestätigen, daß sie tot sind, in keinem der Fälle. Ich ziehe es vor, zu unterstellen, daß alle leben, denn das ist die positivste, schönste, kämpferischste Alternative. Mit dieser Überzeugung haben wir mehr und mehr deutsche Genossen zusammenbringen können im Hinblick auf die Notwendigkeit. den Kampf der Angehörigen der verschwundenen gefangenen Genossen zu unterstützen. Wenn die Angehörigen zum Beispiel glauben würden, daß die Verschwundenen gestorben sind, würden sie keine Hungerstreiks durchführen. Die Völker im Kampf, wie das unsere, brauchen keine Rechtfertigungen für ihren Kampf.

es gibt Prinzipienfragen, deren Unterordnung nicht akzeptiert werden kann.

> Unsere Argumente sind die besten, und es wäre letztendlich unnötig, eine Kampagne für alle Verschwundenen zu unternehmen, wenn wir glauben, daß die Mehrheit von ihnen schon nicht mehr lebt. Sie werden leben, bis uns die Angehörigen informieren, daß sie ihren Tod festgestellt haben oder bis wir ihre Befreiung aus den unterirdischen Kerkern der Diktatur erreichen.

Weder der virtuoseste Pragmatismus, noch die intelligenteste Konjunkturanalyse und noch viel weniger sensationalistische Techniken rechtfertigen die Abkehr von unseren grundsätzlichen Positionen.

> Die Kampagne für unsere Genossen muß weitergehen, trotz posthumer Geständnisse von Funktionären letzter Sorte aus den Repressionsdiensten.

Mit dieser Eröffnung möchte ich einen der Titel auf dem Deckblatt

ehemaligen DINA-Agenten analysiert. Vielleicht mag das helfen, einige Leben zu retten und die Solidaritätskampagne lebendig zu halten, die heute eins der schwersten Probleme ist, denen sich die Diktatur konfrontiert sieht.

Ich denke, es wäre angebracht, daß Ihr die so unglückliche Über-

schrift berichtigt und vielleicht noch einmal die Erklärung des

der Nummer 61 der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN kritisieren: + "Schicksal der Verschwundenen geklärt" +

> Brüderlich gez. L

In dieser Ausgabe wurde das Schicksal unserer verschwundenen gefangenen Genossen "geklärt", indem man auf eine konfuse und widersprüchliche Erklärung eines Ex-Agenten der DINA zurückgriff. Die Herkunft dieser Erklärung ist übrigens unbestimmt; es zirkulieren nicht eine, sondern mehrere Versionen, und natürlich geben alle vor, die authentische Version zu besitzen. Sogar der "Mercurio". der sie auch veröffentlicht hat.

Antwort der Redaktion:

Die Prinzipienfrage, die nach meinem Urteil hier im Spiel ist, ist folgende: Die Probleme und Fragestellungen der Völker werden gelöst und "geklärt" von den Kämpfern für die Sache des Volkes, von ihren Führern oder von denen, denen das Volk vertraut.

> Wir verstehen voll und ganz den Schmerz und die Sorge des chilenischen Genossen, der uns diesen Brief geschrieben hat. Wir unterstützen auch voll seine Intention, den Kampf um die Aufklärung des Schicksals der verschwundenen politischen Gefangenen in Chile nach Kräften zu fördern und sie, wenn immer möglich, lebend aus den Klauen der Diktatur zu befreien. Wir geben schließlich offen zu. daß die Überschrift "+ Schicksal der "Verschwundenen" geklärt +"

In diesem Fall hat die Diktatur unzählige Antworten und "Klärungen" gegeben. Die Verwandten, die Parteien, die Kirche, internationale Organisationen haben diese Klärungen als lügnerisch oder einfach dumm zurückgewiesen. Warum soll man jetzt die Geständnisse eines reuigen Folterers als wahr akzeptieren?

höhere moralische Qualität besitzen als der besagte Folterer und Denunziant oder daß sie uns mehr Glaubwürdigkeit bieten. Ich behaupte einfach, daß mir das Schicksal der Verschwundenen viel besser geklärt wird durch Hunderte von Genossen, die erklärt haben, daß sie die Verschwundenen viele Monate und sogar Jahre nach

Ich behaupte nicht, daß offizielle Sprecher der Diktatur eine

ihrer Verhaftung noch als Überlebende gesehen und erkannt haben und daß sie eidesstattliche Erklärungen in diesem Sinne abgegeben

Ich betrachte es als Prinzipienfrage, die Information des Folterers aufzunehmen, den Ekel zu überwinden und ihren Inhalt zu anazumindest übertrieben, wenn nicht inhaltlich falsch war und daß sie aus Gründen der Sensation gewählt wurde. Trotzdem halten wir eine Reihe von Einschätzungen unseres Lesers nicht für richtig und möchten das auch erklären.

Das Geständnis des später ermordeten ehemaligen DINA-Agenten Juan René Muñoz Alarcón stellt in der Tat eine Sensation dar. Die Herkunft des Dokuments ist im Gegensatz zur Meinung unseres Lesers keineswegs ungeklärt. Die Erklärung des Folterers wurde im Beisein eines Vertreters der katholischen Kirche auf Kassette gesprochen, und diese Kassette kam später in den Besitz des Solidaritätsvikariats der katholischen Kirche in Santiago. Die Existenz verschiedener Fassungen erklärt sich dadurch, daß bei der schriftlichen Veröffentlichung zunächst einige kürzere Passagen fortgelassen wurden, um bestimmte Personen nicht zu gefährden, was angesichts der politischen Situation in Chile nur zu verständlich ist.

Der Inhalt der Erklärung von Mufloz Alarcón mag in einigen wenigen Punkten konfus sein, er ist aber - leider - in keiner Weise in sich widersprüchlich, wie unser Leser meint. Er gewinnt im Gegenteil dadurch an Glaubwürdigkeit, daß er in schreiendem Gegensatz zu allen Erklärungen und Beteuerungen der chilenischen Behörden steht, die ständig zu leugnen versuchen, daß es das Problem der verschwundenen politischen Gefangenen überhaupt gibt. Und er gewinnt weiterhin dadurch an Glaubwürdigkeit, daß er in keinerlei Widerspruch zu den Behauptungen des Solidaritätsvikariats, der Angehörigen oder auch jener ehemaligen politischen Gefangenen steht, die einzelne der Verschwundenen noch Monate oder Jahre nach deren Verhaftung gesehen oder erkannt haben. Im Gegenteil: der ehemalige DINA-Agent hat ja gerade behauptet, daß mindestens im Juni 1977 viele der Verschwundenen noch am Leben waren.

Es gibt noch einen weiteren Anhaltspunkt für die Glaubwürdigkeit des Geständnisses von Muñoz Alarcón, einen Anhaltspunkt, der in jeder Weise dazu führen sollte, die Kampagne für die Verschwundenen noch zu verstärken: Der DINA-Agent hat in seinem Geständnis hervorgehoben, daß die von Deutschen angelegte und bewohnte Siedlung Colonia Dignidad eins der wichtigsten Folterzentren der DINA gewesen sei und daß sich dort viele der im Juni 1977 noch lebenden Verschwundenen befänden. Seit der Veröffentlichung dieses Berichts ist es keinem neutralen Laobachter gelungen, die Colonia Dignidad zu besuchen, um diese Behauptungen nachzuprüfen. Sowohl eine Abordnung von Bundestagsabgeordneten der SPD als auch das von der chilenischen Regierung eingeladene Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen fanden sich plötzlich vor unüberwindlichen Hindernissen, als sie versuchten, die Colonia Dignidad zu besuchen oder überhaupt nur bis zu ihren Toren vorzustoßen. Die deutsche Sektion von Amnesty International hatte schon im März 1977 Zeugnisse dafür vorgelegt. daß diese Siedlung ein Folterzentrum der DINA sei. Ein von der Colonia Dignidad gegen Amnesty angestrengter Prozeß kommt Mitte Oktober vor die nächste Instanz, vor der Amnesty mit neuen zusätzlichen Zeugen auftreten wird.

Wenn es wirklich um die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen geht, dann müßte die Kampagne für die Verschwundenen welt-weit alle Hebel in Bewegung setzen, um zu erreichen, daß die Behauptungen des ermordeten Folterers Muñoz Alarcón genauestens überprüft werden, auch um vielleicht noch das Leben manches Verschwundenen zu retten. Deshalb haben wir das Dokument abgedruckt, kommentiert und mit einem vielleicht etwas übertriebenen Titel angekündigt.

Und noch eins: Wir glauben nicht, daß die Angehörigen eines Verschwundenen die Hände in den Schoß legen, wenn sie zu der Überzeugung kommen, daß er ermordet worden ist. Dann geht es darum, die Mörder aufzuspüren, von ihnen Rechenschaft zu verlangen, ihnen das Handwerk zu legen und ihre Auftraggeber und Komplizen an der Spitze des chilenischen Staates zu vertreiben. Und ebensowenig glauben wir, daß die Deutschen, die an der Kampagne für die Verschwundenen mitarbeiten, nur dann bei der Stange gehalten werden können, wenn sie den festen Glauben haben, daß alle Verschwundenen noch leben.

Niemand kann beweisen, daß das Geständnis des ehemaligen Folterers der Wahrheit entspricht. Aber es ist glaubwürdig. Es stammt aus dem Inneren des Repressionsapparats und bringt die Junta und die DINA-Agenten erneut auf die Anklagebank. Wenn jemand zu beweisen hat, daß das Geständnis von Muĥoz Alarcón nicht der Wahrheit entspricht, dann sind das nicht wir und auch nicht die Solidaritätsbewegung und auch nicht die Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen, sondern Pinochet und seine Helfer.

Information

Anfang September 1978 wurde in Genf von einem Unterausschuß der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eine detaillierte Studie über die Auswirkungen der ausländischen Wirtschaftshilfe auf die Lage der Menschenrechte in Chile veröffentlicht. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß die seit dem Militärputsch von 1973 wesentlich verstärkte internationale Wirtschaftshilfe nicht nur zu keiner Verbesserung der Lage der Menschenrechte in Chile geführt hat, sondern im Gegenteil "ein Instrument zur Konsolidierung und Verewigung der Unterdrückung dieser Rechte darstellt". Der nordamerikanische Delegierte im Unterausschuß der Menschenrechtskommission hat die Studie scharf kritisiert, weil man durch sie zu der Ansicht gelangen könnte, "es bestehe eine notwendige Parallele zwischen freier Marktwirtschaft und dem Abbau der Menschenrechte".

Wesentliche Vorarbeiten zu der Studie wurden unter anderem im Stockholmer Lateinamerika-Institut geleistet. Dort erschien jetzt auch eine Forschungsarbeit mit dem Titel "Asistencia Financiera Externa a la Junta Militar de Chile 1973-1977" (Ausländische Finanzhilfe für die chilenische Militärjunta 1973-1977) von Mauricio Dias David und Victor Millán. Wie uns das Lateinamerika-Institut in Stockholm mitteilt, können die Leser der Lateinamerika-Nachrichten diese Arbeit kostenlos erhalten, wenn sie per Brief um eine Kopie bitten. Die Briefe sind zu richten an: The Director, Institute of Latin American Studies, Fack, S - 102 30 Stockholm 6.

Errata

In der letzten Nummer(62) entstanden gleich mehrere Lay-out-Fehler im Artikel zu BRASILIEN (Seite 48-52)und ein inhaltlicher Fehler, für die wir uns nachträglich entschuldigen wollen.

So heißt der Titel des Brasilienartikels richtigerweise: EINE REDEMOKRATISIERUNGSFRONT DER MILITARS ?.

- Vertauscht sind die Bildzeilen auf Seite 49: Euler Bentes ist unter Figueiredo abgebildet und umgekehrt,
- vertauscht sind auch die Bildzeilen auf Seite 50: Magalhaes Pinto ist unter General Hugo Abreu abgebildet und ungekehrt und - da verschlägts aber dem fussballfreund die Sprache! war die Fussballweltmeisterschaft 1974 in der Bundesrepublik. Mexiko war bekanntlich 1975.